

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

CODE

Bonn:
Kein Ende der Asylanten-Schwemme in Sicht

Viel Geld, üppige Pensionen
Lukrative Nebengeschäfte
Das Leben Bonner Politiker
Zum Wohle des Volkes!

Bilderberger:
Die Gästeliste ist ein »Who is Who« der Insider

Deutschland:
Die »Deutsche Karte« im »Spiel der Mächte«

Zionismus:
Das Wort »Antisemit« kann töten

Moskau:
Gorbatschow will wieder an die Macht

Neue Weltordnung:
Bush's Politik aus Haß und Ehrgeiz ist weltweit gescheitert



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

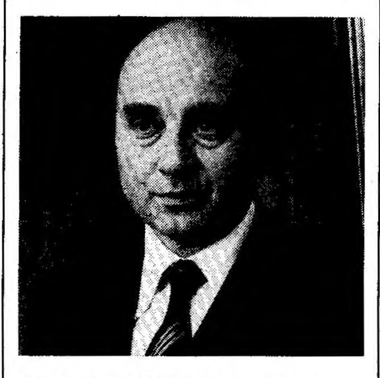
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

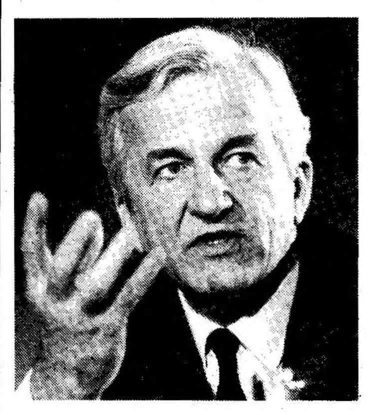
Postleitzahl/Stadt/Land



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin



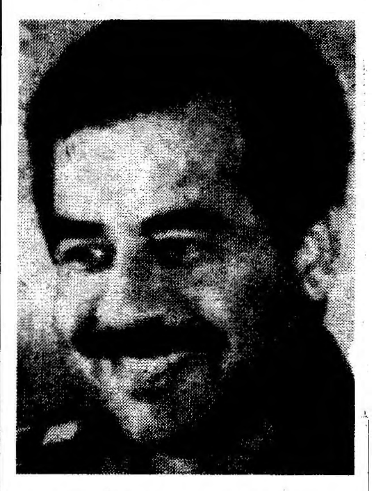
FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff hat neben seiner Tätigkeit als Partei- und Fraktionschef nicht weniger als zwölf Aufsichtsratsposten wahrzunehmen.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat eine Zusatzabgabe auf westdeutsche Vermögenserträge und Vermögensbestände vorgeschlagen, das heißt eine zusätzliche Kapitalertragssteuer.



David Rockefeller, der Mitbegründer der Bilderberger, war mit dem Ergebnis des Treffens zufrieden, da es wieder einmal um riesige Profite ging.



Am Beispiel Saddam Hussein zeigt es sich, mit welcher Erbarmungslosigkeit und welchem Haß Washington seinen politischen Ehrgeiz befriedigen kann.

6. Jahrgang Nr. 9 September 1992

Internationales



Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher war über das Ergebnis der dänischen Abstimmung sehr erfreut.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Zum Tode von Heinz Galinski

Aufschlußreich waren die Reden auf der Beerdigung des langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski. Dieser war am 19. Juli im Alter von 79 Jahren gestorben, nachdem er sich von einer schweren Operation nicht wieder richtig erholt hatte.

Besonders die deutschen Festredner waren des Lobes voll, scheuten sich aber unbequeme Wahrheiten auszusprechen. So sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: »Er war (damit) Vorbild für Juden und Deutsche zugleich. Im Zentralrat der Juden in Deutschland hat er an führender Stelle Verantwortung getragen und jederzeit unerschrocken und klarsichtig seine Stimme gegen Fremdenhaß und Radikalismus, für Toleranz und Humanität erhoben.«

Nicht sehr viel anders hieß es bei Bundeskanzler Helmut Kohl: »Unser Land verliert mit ihm einen vorbildlichen Demokraten, einen unermüdlichen Streiter für Humanität, Gerechtigkeit und Verständigung.«

SPD-Chef und designierter Kanzlerkandidat Björn Engholm gab folgendes von sich: »Unser Land verliert mit Heinz Galinski einen unermüdlichen Kämpfer für Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und Demokratie.«

Nicht zu vergessen Rita Süßmuth: »Unsere Gesellschaft hat mit dem Tod von Heinz Galinski eine Persönlichkeit verloren, die durch entschiedenes Engagement für den demokratischen Neuanfang nach den Jahren der Nazi-Diktatur und durch beharrliches Erinnern an die Verbrechen, die von Deutschen an Juden begangen wurde, stets zu den Mahnern und den Besorgten gehört... Sein nachdrückliches Einfordern einer Solidarität mit dem Staat Israel, der vielen Überlebenden zur Heimat geworden ist, wurde und wird von vielen Deutschen geteilt, wobei Heinz Galinski sich stets öffentlich deutlich zu Wort meldete, wenn er Gefahren für das deutsch-israelische und das deutsch-jüdische Verhältnis sah. Wir alle haben einen engagierten Demokraten verloren, dem wir über seinen Tod hinaus zu Dank verpflichtet sind.«

In Wirklichkeit war Galinski an allem anderen, nur nicht an einer Aussöhnung der Juden mit den Deutschen interessiert. Auch war er nur dann »demokratisch«, wenn es in sein Weltbild paßte. Alle Redner und Todesanzeigen verwiesen auf die zahlreichen Auszeichnungen, die Galinski im Laufe der Jahre sich erworben hat. Keiner sagte aber, daß eben dieser Galinski im November 1988 von der DDR mit dem »Stern der Völkerfreundschaft« ausgezeichnet wurde, der ihm von dem Stalinisten Erich Honecker persönlich überreicht wurde. Lauthals hatte er aber nur wenige Jahre zuvor den Rücktritt des seinerzeitigen nordrhein-westfälischen Kultusministers Girgensohn (SPD) gefordert. Dessen »Verbrechen« hatte darin bestanden, während des Zweiten Weltkriegs als einfacher Soldat in der Waffen-SS gedient zu haben.

Galinski, der »unermüdliche Kämpfer für Freiheit, Toleranz und Demokratie« (Engholm) nahm diesen Orden dann auch mit einem dankbaren Kommentar an. Ungeachtet der Tatsache, daß 17 Millionen Deutsche in einem Riesen-Konzentrationslager eingepfercht waren, hunderte Menschen beim Versuch, nach Westdeutschland zu flüchten, erschossen wurden und in diesem Staat fast alle Freiheitsrechte weitestgehend eingeschränkt waren, ja, wo man sogar wegen des Empfangs westdeutschen Fernsehens bestraft werden konnte. Auch die Schreiberlinge in den deutschen Zeitungen und die Moderatoren in den Rundfunk- und Fernsehanstalten verschwiegen, mit ganz wenigen Ausnahmen, Galinskis Solidarisierung mit der DDR – denn etwas anderes ist es nicht, wenn man einen hohen Orden eines Staates annimmt –.

Waren Galinskis lautstärkste Proteste über eine Wiedererstarkung des Nationalismus und der hiervon ausgehenden Gefahr für die deutschen Juden im ganzen Deutschland bereits dann zu hören, wenn irgendwo jemand ein Hakenkreuz auf einen jüdischen Grabstein schmierte, war kein Wort von ihm zu hören, wenn in Israel – mal wieder – die Menschenrechte der Araber verletzt wurden und die israelische Armee etwa die Häuser von Palästinenser zerstörte, weil diese im Verdacht standen, mit Terroristen paktiert zu haben. Wagte ein deutscher Politiker hieran einmal Kritik zu üben, war es sicher, daß nur wenig später Galinskis Reaktion folgte, in der dieser auf die seiner Ansicht nach immerwährende Verantwortung der Deutschen gegenüber Israel hinwies.

Von einem Demokraten muß verlangt werden, daß er sich auch zur argumentativen Auseinandersetzung bereit erklärt. CODE liegen aber mehrere Schreiben deutscher Jugendlicher an Galinski vor – zum Teil mit Einschreiben und Rückschein losgeschickt –, wo dieser es nicht für nötig erachtete, jungen Leuten, die ihn ganz sachlich um Klarstellung einiger ihnen nicht ganz verständlicher Dinge der Judenpolitik des Dritten Reichs mit Fakten des Revisionismus baten, zu antworten. Wahrscheinlich sind diese Briefe direkt an den Verfassungsschutz weitergeleitet worden.

Eines seiner Hauptanliegen war das Aufrechterhalten einer immerwährenden Schuld der Deutschen an den Juden. So mußte es in allererster Linie seinem massiven Druck zugerechnet werden, daß der Bundestag seinerzeit die Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen sowie die Verjährung von Mord nach 25 Jahren aufhob. Seitdem werden 80jährige, schwerkranke Greise wegen angeblicher Verbrechen vor fast 50 Jahren und aufgrund sich akribisch an alle Einzelheiten erinnernder Zeugen heute noch zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Auch weigerte er sich stets, Deutschland entlastendes Material anzuerkennen. So heißt es in einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 17. Juli 1990: »Heinz Galinski empört über polnische Historiker. ›Unzulässige Relativierung der Nazi-Verbrechen und eine Verhöhnung der Ermordeten‹. Empörung unter Repräsentanten der deutschen Juden haben jüngst Untersuchungen polnischer Historiker ausgelöst, wonach die Zahl der im NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau Ermordeten angeblich niedriger war als bisher angenommen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, sprach von einer ›Verhöhnung der Opfer‹ und von ›Zahlen-Spekulationen‹. So etwas diene nur einer unzulässigen Relativierung der Nazi-Verbrechen. Für ihn, fuhr Galinski fort – der selbst ein Überlebender von Auschwitz ist –, sei es historisch erwiesen, daß dort vier Millionen Menschen umgebracht worden sind.

Heinz Galinski bezog sich auf einen Bericht der Warschauer Solidarnosc-Zeitung »Gazeta Wyborcza«, demzufolge polnische Geschichtsforscher aufgrund jüngster Untersuchungen von einer bis 1,5 Millionen Ermordeter ausgehen. Im Konzentrationslager sei inzwischen die Tafel mit der Zahl von vier Millionen Opfern entfernt worden, meldete das Blatt weiter, dessen Chefredakteur, der frühere Dissident Adam Michnik, jüdischer Herkunft ist.« So weit dpa.

Sicherlich kann nicht erwartet werden und es ist auch nicht der richtige Platz, auf einer Totenfeier den Verstorbenen zu kritisieren. Nur sollte doch die Wahrheit zumindest in Ansätzen angesprochen werden, besonders auch unter dem Gesichtspunkt, da die Totenfeier live im Deutschen Fernsehen übertragen wurde. Auch sollten sich die »Repräsentanten« des deutschen Volkes doch einmal daran erinnern, daß sie für das ganze deutsche Volk sprechen sollen und nicht nur für einen kleinen Teil desselben. □

Russische Spione in Deutschland höchst aktiv

Auch nach dem »Sturz der kommunistischen Regierung« in Moskau sind die Spione dieses Landes in Deutschland weiterhin sehr aktiv. Getarnt werden diese als Botschaftsangehörige Rußlands, sind aber in Wirklichkeit für den russischen Auslandsnach-

richtendienst SWR tätig. Hauptansprechziel dieser Agenten sind die Rußlanddeutschen, die in den vergangenen Monaten nach Deutschland kamen. Die Ausreiseerlaubnis erhielten sehr viele nur unter der Bedingung, dem SWR ihre Erkenntnisse und Beobachtungen in Deutschland laufend mitzuteilen.

Die ergiebigsten Zuträger der russischen Spione sind nach Erkenntnis politischer Beobachter vor allem frühere deutsche Mitarbeiter des ehemaligen sowjetischen Geheimdienstes KGB und ehemalige Stasi-Leute. Das Interesse gelte dabei vor allem den außenpolitischen Absichten Deutschlands, besonders im Hinblick auf die Beziehungen zu den einzelnen GUS-Republiken. Ferner interessieren sich die Agenten offenbar für die innenpolitische Entwicklung, etwa im Hinblick auf sogenannte rechtsradikale Strömungen. Ferner würden sich die russischen Nachrichtendienstler intensiv um die Beschaffung von Informationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technik bemühen. □

Ausländischer Heroinhändler darf in Deutschland bleiben

Daß die Justiz oftmals seltsame Wege geht – in Deutschland in den vergangenen Jahren sogar besonders seltsame –, ist ein altbekanntes Sprichwort. Daß ein Gericht aber jetzt sogar für die innere Destabilisierung eines Landes votiert, ist auch hierzulande nicht alltäglich.

So hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof mit Aktenzeichen 12 TBH 99/92 die Ausweisung eines asylberechtigten Türken abgelehnt, der vor zwei Jahren wegen Heroinhandels zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Damit machte das Gericht einen Ausweisungs- und Abschiebebeschluß der Stadt Rüsselsheim rückgängig.

Nach Ansicht des Senats dürfen asylberechtigte Ausländer nur aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden. Ein Rauschgifthändler fällt nach Ansicht der Richter aber nicht unter diesen Begriff. Für den Angeklagten müsse auch gewertet werden, daß seine Frau ein Kind erwarte und eine Ausweisung von daher einen zu großen Schaden darstellen würde. Daß der Türke aber unsäglichen Schaden über deutsche Kinder und Jugendliche bringt, scheint den Hessischen Verwaltungsgerichtshof nicht zu interessieren. □

Kommunisten wollen in Ostdeutschland vielleicht eigene Gewerkschaft gründen

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) droht Ungemach. Aus Verärgerung über die »zu lasche Einstellung des DGB« droht der Gesamtbetriebsrat der Deutschen Seereederei Rostock, Eberhard Wagner, mit der Gründung einer »Ost-Gewerkschaft«.

Auf Distanz zu Wagner geht überraschenderweise vor allem die IG Metall. Informationen zufolge soll die heftige Kampagne dieser Gewerkschaft gegen die Bundesregierung bei den Stahl-Tarifverhandlungen besonders Kommunisten angesprochen haben, die sich nun wieder in der IG Metall engagieren wollen.

Wagner kommt nun aber unter anderem mit der Idee, die Treuhand solle die in ihren Betrieben überflüssig gewordenen Stahlkocher alle weiter »löhnen«. Diese unsinnige Forderung hatte seinerzeit selbst die IG Metall als »hirnrissig« bezeichnet, weil sie zur Erleichterung der unbedingt notwendigen Rationalisierung der mitteldeutschen Stahlbetriebe vollkommen ungeeignet war.

Bezeichnend: Die meisten der rund 250 Betriebsrats-Sprecher, die Wagner Mitte September herum zu einer Demonstration nach Bonn holen will, gehörten in der alten DDR nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen den Betriebsgewerkschaftsleitungen des kommunistischen FDGB an. □

Heym-Attacke wird für Anti-Deutschland-Propaganda genutzt

Die Attacke eines ehemaligen DDR-Häftlings auf den Links-Literaten Stefan Heym, der sich selbst zu den »Freunden der DDR« rechnet, wird von seinen linken Bundesgenossen zunehmend für eine immer gehässiger werdende Anti-Deutschland-Propaganda genutzt.

Zur Erinnerung: Mitte Juli war es in einem Kölner Restaurant zu einem Wortgefecht Heyms mit einem ehemaligen DDR-Häftling gekommen. Dieser hatte dem Literaten dessen Sympathie zu dem stalinistischen Staat vorgeworfen. Daraufhin hatte Heym geantwortet: »Hätte ich Ihrem Vater im Zweiten Weltkrieg die Eier abgeschossen, müßte ich mich jetzt mit Ihnen nicht herumplagen.« Die – vom emotionellen Standpunkt her durchaus nicht unverständliche – Reaktion des jetzt in den USA lebenden Geschäftsmannes war, daß er Heym ein blauen Auge schlug.

Einer der ersten und lautstärksten Protestierer war der Vorsitzende der SED-Nachfolgepartei PDS, Gregor Gysi: »In Westdeutschland werden jetzt die Schriftsteller erschlagen«, verdummte er sich nicht, wahrheitswidrig zu erklären. Das »Neue Deutschland« legte sogar noch einen drauf: »Wenn wird der Reichstag wieder brennen?« Heym selbst fühlt sich an seine Verfolgung im Dritten Reich erinnert und möchte »Deutschland am liebsten verlassen«. □

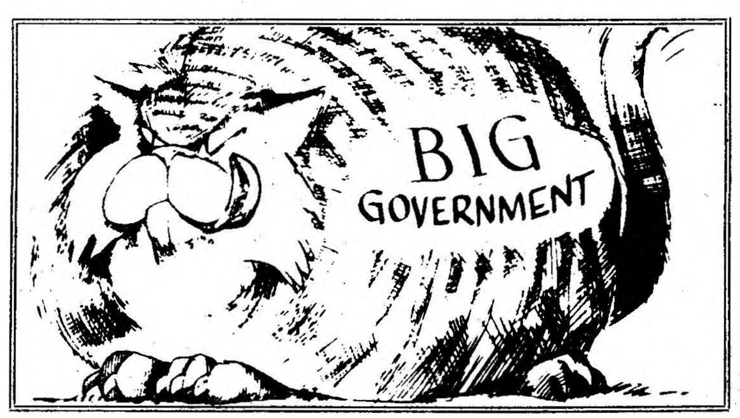
Ehemaliger ungarischer Außenminister wegen Freimaurer-Verbindungen kritisiert

Der ehemalige ungarische Außenminister Gyula Horn wurde in einem von der Wochenzeitung »Magyar Forum« veröffentlichten Leitartikel wegen seiner freimaurerischen Verbindungen angegriffen.

Horn hatte in Frankfurt vom Deutschen Freimaurerverband die jährlich vergebene Auszeichnung erhalten. Der Herausgeber des »Magyar Forum«, Istvan Czurka, bezeichnete dies als Beispiel dafür, wie die internationale Freimauerer-»Mafia« Osteuropa durchdringt.

Czurka, der auch Vizevorsitzender der regierenden ungarischen Partei Demokratisches Forum ist, warnte vor den brüderlichen Verbindungen zwischen Liberalismus und Bolschewismus, die sich in mehr als einem Falle in lukrative Geschäftsbeziehungen verwandelt hätten.

Der Fall der ehemaligen kommunistischen Tageszeitung »Nepszabadsag«, die heute dem deutschen Verlagshaus Bertelsmann mehrheitlich gehört, sei ein weiterer Beweis für die Bestrebungen der Freimaurer, die Macht über die Medien zu gewinnen. Das Ziel sei, national-christliche Werte aus der ungarischen Gesellschaft zu verbannen, schrieb Czurka. □



Bonn

Die Geschäfte der Abgeordneten

Martin Jenke

»In Stundenlohn umgerechnet bleibt für Minister und Abgeordnete ein nur mäßiges Einkommen«, bejammerte Fraktionschef Hans-Ulrich Klose (SPD) die Existenzsorgen der Bonner Schwerstarbeiter.

Nur die Bundestagspräsidentin, die arme Frau Professor Rita Süssmuth, kennt die wirklichen Einkommen der offenbar bemitleidenswerten, aber auch bewundernswürdigen Vielarbeiter: Zusätzlich zu den vielen Stunden, die sie für das »Wohl des Volkes« aufwenden, sind sie in Aufsichtsräten, Verbänden, Vorständen, Firmen und in ihren Berufen tätig – die reinsten Supermänner!

Dienstwagen aus lauter Not privat genutzt

Wer von uns Normalbürgern, ob Arbeiter, Angestellter oder Freiberufler, könnte noch soviel nebenher arbeiten, wenn er nach einem anstrengenden Acht-bis-zwölf-Stunden-Tag erschöpft nach Hause kommt?

Zur Erinnerung: Frau Süssmuth, das ist die Frau, die so arm ist, daß ihr Ehemann aus lauter Not privat ihren Dienstwagen benutzen mußte.

Dieser Frau Süssmuth also müssen die Bundestagsabgeordneten angeben, an welchen Firmen sie offen oder als stille Teilhaber beteiligt sind, welche Beraterverträge sie haben, welche Vergütungen oder Spenden und sonstige Einkünfte ihnen zufließen.

Im Abgeordnetengesetz über »Verhaltensregeln« heißt es:

»Die Verhaltensregeln müssen Bestimmungen enthalten über die Pflicht der Mitglieder des Bundestages zur Anzeige ihres Berufs sowie ihrer wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach der Übernahme des Mandats einschließlich ihrer Änderungen während der Ausübung des Mandats.«

Doch die Öffentlichkeit erfährt darüber kaum etwas.

Grundlage sind die 1987 verabschiedeten Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete. Den Anstoß für diese Offenbarungspflicht hatten die Flick-Affäre und der Rücktritt von Bundestagspräsident Rainer Barzel geliefert. Die Abgeordneten verpflichteten sich, über ihre Tätigkeiten für Unternehmen, Verbände und Interessenorganisationen Rechenschaft abzugeben.

Die Angaben, die auf dem rosafarbenen Teil eines Fragebogens bei den 662 Bonner Parlamentariern eingeholt wurden, sind im allgemeinen geheim.

Trotzdem zierte sich eine Reihe Abgeordneter lange, ihrer Meldepflicht in Sachen Nebentätigkeiten nachzukommen. Statt der vorgeschriebenen drei Monate dauerte es fast ein Jahr, bis alle Mitglieder des 12. Bundestages Antwort gaben.

In dem im Oktober 1991 veröffentlichten Zusatzband zum Bundestagshandbuch wurde wenigstens ein Teil der häufig lukrativen Nebenbeschäftigungen aufgedeckt.

Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung werden vom Bürger immer negativer beurteilt.

Mehr als 150 Parlamentarier sitzen in einem Aufsichtsrat oder haben ein vergleichbares Amt, viele von ihnen gleich mehrere. Über 300 solcher Posten, die in Großunternehmen oft mit jährlichen Ausschüttungen von 20000 Mark verbunden sind, sind durch Abgeordnete besetzt.

Lambsdorff und die Spielautomaten

Klarer »Spitzenreiter« ist FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff. Nicht weniger als zwölf Aufsichtsräten gehört er an. Bei zwei Unternehmen, darunter einem der größten deutschen Hersteller von Spielautomaten, führt Lambsdorff den Vorsitz. Mit neun Aufsichtsratsposten gibt sich der IG-Bergbau-Vorsitzende und SPD-Abgeordnete Hans Berger zufrieden.

Zu den Multifunktionären, die im Bonner Parlament sonst kaum auffallen, gehört der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Siegfried Hornung. Auf nicht weniger als 18 Ämter – vom Aufsichtsrat in der badischen Raiffeisengenossenschaft bis zum Vorsitzenden des Verbandes landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen – bringt es der Landwirtschaftsmeister. Hornungs Berufs- und Fraktionskollege Günther Schartz aus Trier ist neben seinem Bonner Mandat mit 13 vergleichbaren Posten beschäftigt.

Für den rasanten Zuwachs an Aufsichtsräten im Bundestag – 1975 waren erst 75 registriert – sorgte auch die deutsche Einheit. Knapp zwei Dutzend – meist westdeutschte Abgeordnete – schauen in mitteldeutschen Firmen nach dem Rechten.

Beliebt sind auch Verbandsämter

So etwa Wolfgang Mischnick (Grödlitzer Stahlwerke), Rupert Scholz (SKET Magdeburg), Rudolf Dreßler und Karl-Hans Laermann (»Schwarze Pumpe«). Der Unions-Verteidigungsexperte Bernd Wilz ist Vorsitzender der Neubrandenburger Maschinenbau GmbH, sein Fraktionskollege Wolfgang von Geldern übt diese Funktion bei der Rostocker Fischfangreederei aus. Von den mitteldeutschen Abgeordneten hat es bislang der säch-

sische CDU-Politiker Klaus Reichenbach zu drei Aufsichtsratsposten gebracht.

Noch häufiger als in Unternehmen sind Abgeordnete in Körperschaften des öffentlichen Rechts vertreten.

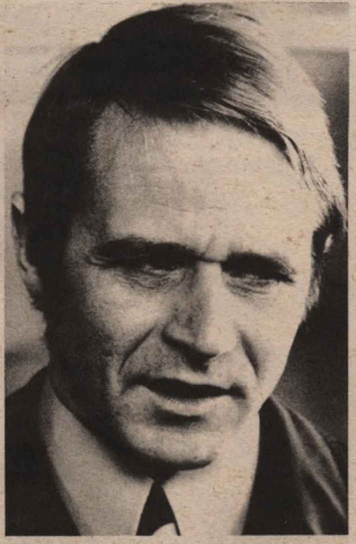
Mehr als 350 solcher Ämter, vom Ratsmitglied und dem Bürgermeister bis zum Sparkassenvorstand oder Rundfunk- und Fernsehratsmitglied mit zum Teil fünfstelliger Aufwandsentschädigung pro Jahr, werden von »Bonnern« besetzt.

Beliebt, weil einflußreich, sind auch Verbandsämter: Etwa jeder sechste Abgeordnete gibt zu erkennen, daß er einer Interessenorganisation verbunden ist.

Über ein Dutzend Parlamentarier steht sogar einer Lobbygruppe vor: So Peter Harry Carstensen (CDU) als Präsident des Deutschen Fischereiverbandes, Hans Bernrath (SPD) als Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Ruprecht Vondran (CDU) als Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Karl Fell (CDU) als Präsident des Familienbundes Deutscher Katholiken oder Friedrich-Adolf Jahn (CDU) als Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundstückseigentümer. Jahn hält es trotzdem für vertretbar, gleichzeitig den Wohnungsbau-Ausschuß des Bundestages zu leiten.


Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes, hat mit der Diskussion um sein Einkommen eine längst fällige Untersuchung ausgelöst.


Otto Graf Lambsdorff ist Spitzenreiter unter den Abgeordneten in puncto Nebenverdienste: Er sitzt in 12 Aufsichtsräten.


SPD-Fraktionschef Klose: »In Studenlohn umgerechnet bleibt für Minister und Abgeordnete ein nur mäßiges Einkommen.«

Knapp 200 Parlamentarier geben an, sie übten neben ihrem Mandat in Bonn teilweise oder in vollem Umfang einen Beruf aus.

40 SPD-Politiker an der Saar haben Aufsichtsratsposten

Mehr als 40 Minister und Staatssekretäre der SPD-Landesregierung im Saarland nehmen Verwaltungs- und Aufsichtsratsposten wahr. Dies geht aus der Antwort der Saar-Regierung auf eine parlamentarische Anfrage der CDU-Opposition hervor (Stand 15. September 1991):
Im Saarland sitzt Innenminister Friedel Läpple, SPD, im Aufsichtsrat der Saarbrücker Zeitung Verlag und Druckerei GmbH, an der das Land keinerlei Beteiligung hat. Der Chef der Saarbrücker Staatskanzlei, Staatssekretär Kurt Bohr, SPD, hat unter anderem Aufsichtsratsmandate bei der Telefilm Saar GmbH, der Werbefunk Saar GmbH und der Rundfunk-Kasino GmbH. Auch an diesen Gesellschaften hat das Land keinerlei Beteiligungen.

Gleiches gilt für den Aufsichtsratsposten von Umwelt-Staatssekretär Burghard Schneider, SPD, bei der Talsperre Nonnweiler Betriebsführungsgesellschaft mbH.

CSU-Ministerin ist gut versorgt

Bonn: Eine üppige Pension und ansehnliche Übergangsgelder kassiert Gerda Hasselfeldt, die zurückgetretene Bundesgesundheitsministerin. Sie gehörte dem Kabinett knapp drei Jahre lang an. Für drei Monate bekommt sie noch ihr volles Ministergehalt – nach Angaben der »Bild-Zeitung« 21.648 Mark, anschließend noch 33 Monate lang die Hälfte dieser Summe. Diese Übergangsgelder summieren sich zu rund 427000 Mark. Wird die CSU-Politikerin mit 55 Jahren pensionsberechtigt, bekommt sie als Rente 20 Prozent des Ministergehaltes, das wären immerhin noch 4329 Mark pro Monat. Hinzuzurechnen ist die Abgeordnetenrente. Gesamtkosten für den Steuerzahler, eine 20jährige Pensionszeit vorausgesetzt: 1,2 Millionen Mark.

Ein fast unlösbares Rätsel

Wie kann ein geistig normaler Deutscher heutzutage seine Wahlstimme noch einer der völlig indiskutablen Bonner Parteien geben?

Es ist dies ein fast unlösbares Rätsel. Jeder weiß doch, daß beispielsweise an der Überflutung mit Wirtschafts-Asylanten und Kriminellen aus aller Welt einzig und allein die Bonner Parteien, und zwar alle ohne Unterschied, schuldig sind.

Und jeder, der nur etwas von deutscher Geschichte weiß, muß damit wissen, daß Mitteldeutschland nicht »Ostdeutschland« ist – dennoch läßt er sich diese plumpe Geschichtsfälschung täglich von den Bonner Parteien und ihren Sprachrohren in Fernsehen, Rundfunk und Presse bieten.

Um irgendein Beispiel aus der Wirtschaft zu nehmen: Jeder Deutsche kennt die große Wohnungsnot im Lande – dennoch nimmt er es hin, daß die Bonner Geldverschwender immer neue

Bonn

Die Geschäfte der Abgeordneten

Milliarden in alle Welt verschenken, statt für die eigenen deutschen Familien genügend Wohnungen zu bauen.

Man fände kein Ende, allein den verantwortungslosen Umgang mit den deutschen Steuergeldern aufzuzählen. Dabei haben die freigiebigen Bonner Finanzkünstler in den letzten zwanzig Jahren einen riesigen Schuldenberg aufgebaut, von dem niemand weiß, wie er je ohne Inflation abgebaut werden kann. Von den weiteren politischen Glanztaten, beispielsweise der Resignation vor Mafia- und Drogenbanden, massenhafter Abtreibung und Sittenverwilderung besonders in dem von den Bonner Parteien gesteuerten Fernsehen, ganz zu schweigen.



Als Ministerpräsident mußte Lothar Späth zurücktreten, weil er sich mehrmals von der Industrie einladen ließ.

Unglaublich und doch wahr

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller wollte es nicht glauben, daß Bundeskanzler Kohl und drei Bundesminister voriges Jahr in vier verschiedenen Flugzeugen zum Londoner »G-7«-Gipfel geflogen sind. Er fragte nach und bekam folgende offizielle Auskunft:

»Es ist richtig, daß am Sonntag, dem 14. Juli 1991, der Bundeskanzler aus Frankfurt/M. und der Bundesminister für Wirtschaft aus Münster/Osnabrück, und am Montag, dem 15. Juli 1991, der Bundesminister der Finanzen aus Memmingen und der Bundesminister des Auswärtigen aus Köln/Bonn jeweils mit einem eigenen Flugzeug nach London anreisten.«

Die Grundentschädigungen der Abgeordneten des Thüringer Landtags sollen von derzeit 3500 auf 4900 DM angehoben werden. Dazu legten die Fraktionen von CDU, SPD und FDP (wen wundert's?) einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor. Die derzeitige Höhe sei gemessen an den heutigen Lebensverhältnissen unzulänglich, sagte Landtagspräsident Gottfried Müller zur Begründung.

Während Israel gegen alles Völkerrecht die Araber unterdrückt, bebombt und tötet, ermutigte Nordrhein-Westfalens-Ministerpräsident Rau Israel, »den Weg zum Frieden konsequent und mutig« weiterzugehen.

Diesen »Freibrief« erteilte er Israel im März 1992 bei einer Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Uni Haifa an den Direktor der (deutschen) Landesrundfunkanstalt, Klaus Schütz.

Rau weihte dabei einen Stiftungslehrstuhl für Friedensforschung an der Uni Haifa ein, der vom Land Nordrhein-Westfalen mit 100000 DM pro Jahr gefördert wird. Wir haben's ja!

Ein Silberstreifen am Horizont

Daß die Massen-Verdummungsmedien mitsamt den Bonner Parteien allerdings an die Grenzen ihrer Umerziehung gestoßen sind, haben die Wahlen 1992 in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin endgültig bewiesen.

Schon bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Juni 1991 und bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen im Oktober letzten Jahres ging ein Drittel der Wähler nicht mehr zu den Urnen, weil sie den Bonner Parteien (welche die öffentliche Propaganda monopolartig beherrschen) nicht mehr glaubten und vertrauten.

Diese Abwendung von den sogenannten und selbsternannten »Großen Volksparteien«, hat sich, was von der Bonner Parteien und Medien möglichst vertuscht wird, 1992 verstärkt und muß noch stärker werden.

Hier einmal die genauen Zahlen über die Wahlbeteiligung und den Stimmenanteil der einzelnen Parteien, immer – was selbstverständlich sein sollte, aber selten veröffentlicht wird! – berechnet auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten:

Die Nichtwähler wurden in Baden-Württemberg mit 30 Prozent zur stärksten »Partei«. Die gestutzte CDU wählten nur noch 27,4 Prozent der Wahlberechtigten, die SPD 20,4 Prozent, die FDP 4,1 Prozent, die Grünen 6,6 Prozent und die Republikaner 7,7 Prozent.

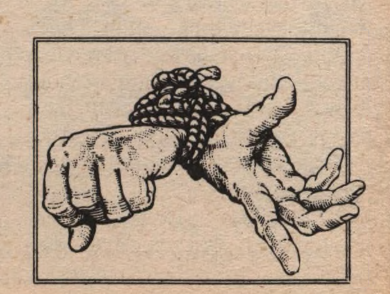
In Schleswig-Holstein wurden die Nichtwähler mit 28,2 Prozent zur zweitstärksten »Partei«.

Übertroffen nur noch von der gebeutelten SPD unter Engholm, die 33,6 Prozent erhielt. Die CDU 24,7 Prozent, die FDP 4,0 Prozent und die DVU 4,6 Prozent.

Gefragt ist eine Partei ohne ideologische Scheuklappen

In Berlin wurden die Nichtwähler mit 39 Prozent die mit Abstand stärkste »Partei«. Die CDU erhielt nur 16,5 Prozent und die SPD 19 Prozent, Oppositionsparteien links (Alternative Liste, Bündnis 90, PDS) und rechts (Republikaner) zusammen 20 Prozent.

Daß immer mehr Wahlberechtigte sich der Stimme enthalten, heißt nicht, daß sie unpolitisch, sondern im Gegenteil, daß sie politisch mündig sind. Daß sie nur zum Teil Parteien wählen, die eindeutig deutsche Interessen vertreten, ist teils mit der Hetze der Bonner Parteien und aller Massenmedien begründet (die paradoxerweise für sich allein die »Demokratie« in Anspruch nehmen und jeden aufrechten nationalen Deutschen als »Rechtsradikalen« verleumden), teils aber auch begründet in der schwer verständlichen Selbst-Etikettierung von Republikanern, DVU und NPD mit der veralteten Klassenkampfparole »rechts«. Gäbe es eine Partei in Deutschland, die ohne ideologische Scheuklappen nach »links« und »rechts« in nationalen und sozialen Fragen klar und eindeutig deutsche Interessen und das Wohl des Volkes vertritt, wären die Bonner Parteien in kurzer Zeit abgewählt. □



Gefahr für Republikaner durch frühere SED-Mitglieder

Heinrich Markert

Mehr noch als die DVU des Münchener Großverlegers Frey haben von den sogenannten Rechts-Parteien die Republikaner bei den vergangenen Landtags- und Senatswahlen auf sich aufmerksam gemacht. Mit zum Teil zweistelligen Stimmenanteilen zogen sie etwa in den baden-württembergischen Landtag und den Berliner Bezirksparlamenten ein. Während ein großer Teil dieser Stimmen sicherlich von Protestwählern stammt, von denen es höchst unsicher ist, ob sie sich bei einer Bundestagswahl erneut für die Republikaner entscheiden oder dann nicht doch lieber weider zu »ihrer« Ursprungspartei zurückkehren werden, so sind diese Wahlergebnisse sicherlich aber auch ein Teil des geänderten politischen Bewußtseins in Deutschland. Die rechte Seite, früher verschieen und verteufelt, fängt langsam, aber sicher an, sich auch hierzulande wieder ihre Berechtigung zurückzuholen. Umso schlimmer ist dann aber die Entscheidung der Republikaner-Führung zu werten, sich jetzt auch den ehemaligen SED-Mitgliedern zu öffnen.

Sicherlich müssen diese differenziert betrachtet werden. Es sind nicht alle überzeugte Kommunisten oder Sozialisten gewesen. Viele sind aus rein opportunistischen Gründen in die SED eingetreten, um sich und/oder Familienmitgliedern ein leichteres Leben zu machen und sich Vorteile auf dieser oder jener Ebene zu sicherlich auch für rechte Kräfte interessant, da in ihr großer Wert auf Disziplin gelegt, ein starkes militärischens Bewußtsein aufrechterhalten und eine insgesamt doch recht große Abschottung gegenüber Ausländern betrieben wurde. Die Unterdrückung des Volkes insgesamt und die Ausrichtung nach Moskau wurde dabei von einigen Privilegierten »übersehen«. Insgesamt muß aber gesagt werden, war der größte Teil der SED-Mitglieder sicherlich links eingestellt oder hat nach entsprechender Indoktrination in der Jugend dann auch im Erwachsenenalter linke Positionen eingenommen.

Die Stasi ist immer noch aktiv

Deswegen muß die recht undifferenzierte Aussage des Republikaner-Vorsitzenden Schönhuber auf dem Bundesparteitag Mitte Juni im bayerischen Deggendorf »Diese Menschen wollen wir nicht ausschließen« mit gewisser Besorgnis betrachtet werden. Daß die Landesvorsitzenden von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt diese Ansicht voll teilten, macht die hiervon ausgehende Gefahr nicht geringer.

Es ist kein Geheimnis, daß die Stasi im Untergrund noch sehr aktiv ist. Dies belegen alleine jüngst veröffentlichte Zahlen, wonach in den alten Bundesländern noch etwa 300 alte Stasi-Agenten jetzt für die GUS tätig sind. Folglich muß das Untergrundnetz noch zumindest einigermaßen funktionieren. Obwohl die PDS in einigen Stadtteilen Ostberlins mit rund 30 Prozent fast unglaubliche Stimmenanteile erhielt, ist die Bedeutung dieser kommunistischen Partei in den neuen Bundesländern insgesamt aber doch eher unbedeutend. Was liegt also näher, als sich dann bei einer aufstrebenden rechten Partei zu engagieren? Dies fällt jetzt umso leichter, als auch frühere SED-Mitglieder recht unproblematisch aufgenommen werden, da eine Überprüfung ihrer wahren Gesinnung wohl nur oberflächlich möglich sein dürfte.

Als Warnung soll die Entwicklung der FPÖ in Österreich dienen, wobei die dortige Entwicklung für das nationale Lager natürlich äußerst positiv war, aber im Falle der Republikaner auch andersrum passieren könnte. Daß sich nämlich unter dem Deckmantel einer nationalen oder zumindest sehr konservativen Einstellung eine Führungsschicht etabliert, die das Ruder dann wieder nach links zieht, was in einigen Teilbereichen – wie bereits oben erwähnt: Militär, Fortführung einiger alter Traditionen, Disziplin und Ausländerabschottung – gar nicht einmal widersprüchlich zu gewissen linken Kreisen ist!

Eine weitere Gefahr geht für die Republikaner auch davon aus, daß Schönhuber die Partei selber als Partner für die CSU darstellt. Wenn er erklärt, die CSU müsse sich überlegen, »mit den Süßmuths, Geißlers und Blüms unterzugehen oder mit uns zu überleben«, dann klingt dies doch etwas blauäugig.

Zumindest derzeit besteht für die CSU keine Möglichkeit, in Bayern eine Koalition einzugehen. Auch nach der nächsten Landtagswahl wäre maximal eine von den Republikanern unterstützte CSU-Minderheitsregierung vorstellbar, aber kaum eine Koalition. Dies würde nämlich mit größter Wahrscheinlichkeit die CDU veranlassen, das Bündnis mit der CSU zu lösen und sich bundesweit auszudehnen. Warum sollte die CSU sich dann auf eine »Ehe« mit den Republikanern einlassen? Dann wäre doch eine späte Bestätigung des damaligen Kreuther Beschlusses sich bundesweit auszudehnen, logischer, als eine von der CDU ausgehende Zwangstrennung und die Beschränkung auf eine kleine bayerische Partei hinzunehmen. Den einzigen Sinn würde eine Koalition CSU/Republikaner ergeben, wenn die CSU bereit wäre, nach einer Zwangstrennung von der CDU bundesweit als 6-7-Prozent-Partei dahinzuvegetieren und sich das konservative Klientel auch noch mit den Republikanern teilen zu müssen. Statt sich jetzt also den Christsozialen anzubiedern, sollten die Republikaner lieber versuchen, ein eigenständiges Programm aufzubauen und sich eine eigene Stammwählerschaft heranzuziehen. Denn nur mit einer gewissen Prozentzahl von Stammwählern über oder zumindest in der Nähe von fünf Prozent kann eine nicht an allzu opportunistischen Punkten ausgerichtete Politik gemacht werden, selbst wenn die FDP hierfür das Gegenteil zeigt.

Ein Bündnis mit Frey

Wenn man dem »Spiegel« glauben darf, dann kommt es derzeit aber zu einer Annäherung zwischen Republikanern und DVU. So soll es im Mai in München Sondierungsgespräche zwischen Frey und Anhängern der Republikanern gegeben haben, bei denen der frühere Strauß-Berater und jetzige Schönhuber Freund Armin Mohler die Rolle des Mittlers übernommen haben soll. Ein Bündnis beider Parteien wird von Teilen der Basis und einigen rechten Zeitungen gefordert. Mohler bestreitet die Gespräche, ebenso wie Schönhuber sagt, niemanden für Gespräche dieser Art autorisiert zu haben. Es könne jedoch »keinen Garantieschein für jeden einzelnen Republikaner ausstellen.« »Offizielle Linie der Partei« sei nach wie vor die Abgrenzung gegenüber der DVU.

Sollte es wirklich zu einem Bündnis beider Parteien kommen, könnte es interessant werden. Während Frey Schönhuber nämlich früher umgarnte und ihn sogar mit dem mit 10000 Mark dotierten »Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung« auszeichnete, kam es dann später zur recht schmutzigen Trennung beider. □

Bonn

Bundestag stimmt dem Holocaust an Babys zu

Alfred König

Der 26. Juni 1992, kurz nach Mitternacht, wird als einer der unrühmlischsten Daten in die deutsche Geschichte eingehen – nämlich als der Tag, an dem eine Mehrheit des Deutschen Bundestags dem Holocaust am ungeborenen Leben zustimmte. 355 Abgeordnete – hauptsächlich von SPD und FDP – stimmten dem Antrag zu, daß ab 1993 in ganz Deutschland Abtreibungen in den ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft straffrei bleiben, wenn sich die Frau in einer Konflikt- oder Notlage befindet und sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen. 283 Abgeordnete stimmten dagegen, und 16 enthielten sich der Stimme. Besonders skandalös ist dabei, daß sich die von der CDU stammende Bundesfamilienministerin Angela Merkel bei dieser Abstimmung der Stimme enthielt, also noch nicht einmal in der Lage war, bei einem Votum mit derart weitreichenden Folgen sich eine klare Meinung zu bilden. Und so eine Frau soll dann als Ministerin Verantwortung für ihre Politik tragen!

Besonders beschämend ist auch, daß 32 Abgeordnete von Parteien, die sich selber als »christlich« bezeichnen, dem Mord am ungeborenen Leben zustimmten, darunter auch die Kirchentagspräsidentin Rita Süßmuth. Als herausragender Repräsentant der Evangelischen Kirche stimmte auch der SPD-Abgeordnete Jürgen Schmude der Fristenlösung zu. Auffällig ist, daß viele der Politiker, die den Holocaust an den Babys befürworten, gleichzeitig diejenigen sind, die am lautesten gegen eine Verharmlosung des Holocausts an den Juden schimpfen und gegen jeden angehen, der behauptet, es habe diesen gar nicht gegeben.

Es ging um »Schwangerschaftsprodukte«

Viele bezeichnen die Bundestagsdebatte hierzu als eine »Sternstunde deutscher Politik«, da weitgehend sachlich über die Abtreibungsfrage geredet worden wäre. In Wirklichkeit stellt aber nicht nur die Debatte, sondern vor allem auch die Diskussionen im Vorfeld der Bundestagssitzung einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der deutschen Kultur und Moral dar.

Was kann man denn von einem Verein wie »Pro Familia« halten, deren Repräsentantin in einer »Sat 1«-Talkschow statt vom Embryo oder vom Fötus von einem »Schwangerschaftsprodukt« sprach. Rita Süßmuth, die an dieser Talkshow auch teilnahm, versuchte nicht mit einer einzigen Silbe, diese Entgleisung richtigzustellen. Daß diesem Verein dann von den deutschen Behörden auch noch die Gemeinnützigkeit zugestanden wird, ist unverständlich. In der Debatte selber wurde dann von den Linken stets auf den angeblichen Unterschied zwischen geborenem und ungeborenem Leben hingewiesen. Als ob dies einen Unterschied machen würde: Leben bleibt Leben! Ein anderes »Argument« lautete, daß etwa auch bei der Indikationslösung die Tötung ungeborenen Lebens erlaubt wird und daß selbst das Gesetz in Ausnahmefällen die Tötung anderer Menschen, etwa in Notwehr, erlaubt.

Sehen wir uns diese »Argumente« der Befürworter einer Fristenlösung doch einmal etwas genauer an; dann wird man feststellen, daß sie im Gegenteil sogar ein Argument für die Indikationslösung sind.

Das Gesetz bestraft die Tötung eines Menschen nicht, wenn dies in Notwehr erfolgt. Gesetzlich zwar noch unter Strafe gestellt, ethisch aber verantwortbar ist die sogenannte »humane Sterbehilfe«. Der Notwehrparagraph ist in etwa mit einer Vergewaltigung gleichzusetzen, wo man es der Frau nun beim besten Willen nicht zumuten kann, das Kind auszutragen – besonders wenn man die neuesten Forschungsergebnisse der Vererbungslehre berücksichtigt, wo der Charakter eines Menschen eben doch in erster Linie von den Erbanlagen abhängig ist und nicht, wie die »Behavouristen« meinen, von der Erziehung –. Auch wenn das Leben der Frau durch die Schwangerschaft ernstlich bedroht ist, greift der Notwehrparagraph.

Was unterscheidet den Menschen vom Tier

Der Grundsatz der humanen Sterbehilfe greift dann, wenn der Arzt bei einer Untersuchung des ungeborenen Kindes feststellt, daß es etwa mit einem schweren Gebrechen – zum Beispiel keine Gliedmaßen – zur Welt kommen würde oder das Kind kein Gehirn hat. Auch in einem solchen Fall sollte man die Frau nicht zwingen, das Kind zur Welt bringen zu müssen.

Dies sind aber auch schon die beiden einzigen Punkte, die einen Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen. Geldnot, schon mehrere Kindern oder gar, keine Lust auf ein Baby zu haben, können doch nicht allen Ernstes Grund für einen Mord sein. Auch ist die Aussage vieler Frauen »Mein Bauch gehört mit« lächerlich. Leben ist Leben, auch wenn die Geburt eines Kindes einem schwer fallen würde.

Wenn man dann wieder »Pro Familie« hört, daß der Mensch schließlich auch von seinen Trieben und damit auch von seinem Sextrieb abhängig sei und man manchmal diesen Trieben nicht widerstehen könnte, muß doch die Gegenfrage lauten: Was unterscheidet den Menschen in so einem Fall denn eigentlich von einem Tier? Macht es nicht gerade die Intelligenz den Unterschied zwischen den meisten Tieren und dem Menschen aus, daß der Mensch seine Triebe auch unter Kontrolle halten kann. Selbst wenn der Sextrieb noch so entwickelt ist, ist es denn dann wirklich so schwer, zum Beispiel auf Petting oder andere Sexualpraktiken auszuweichen und auf den Geschlechtsverkehr zu verzichten? Jähzorn ist auch ein Urtrieb; aber dennoch schützt dieser Urtrieb nicht vor Strafe, wenn man etwa einen Menschen tötet oder verletzt. Warum soll dies beim Kindesmord anders sein?

Wie könnten denn etwa die Alternativen aussehen? Die Abtreibungsbefürworter »argumentieren« immer, wenn eine Frau ungewünschtes Leben austragen müßte, dann wäre die Kinderquälerei vorprogrammiert, diese Kinder könnten keine Liebe erwarten und würden früher oder später ins Kriminelle abgleiten. Stimmt dies aber wirklich? Erstens gibt es genügend Fälle, wo Frauen, bei denen es für eine Abtreibung zu spät war oder deren Gesundheit dies ausschloß, später überglücklich hierüber waren und sich zu den besten Müttern entwickelten.

Darüber hinaus gibt es in Deutschland tausende, wenn nicht gar zehntausende Paare, die sich ein Kind wünschen, dies aber aus gesundheitlichen Gründen nicht bekommen können und bei der derzeitigen Adoptionsregelung nie ein Kind bekommen, aber die besten Eltern wären. Was liegt also näher, als die schwangeren Frauen zu zwingen – jawohl, zu zwingen –, das Kind auszutragen, es dann aber direkt zur Adoption freizugeben? Alleine dadurch würde ein großer Teil der »ungeliebten« Kinder in beste Hände kommen.

Und selbst wenn Kinder keine Liebe erhalten, ist dies denn wirklich ein Grund für den Kindesmord? Würde die gleiche Begründung nicht auch dafür herhalten können, etwa Penner, die keinem Menschen mehr etwas bedeuten und dem Vater Staat

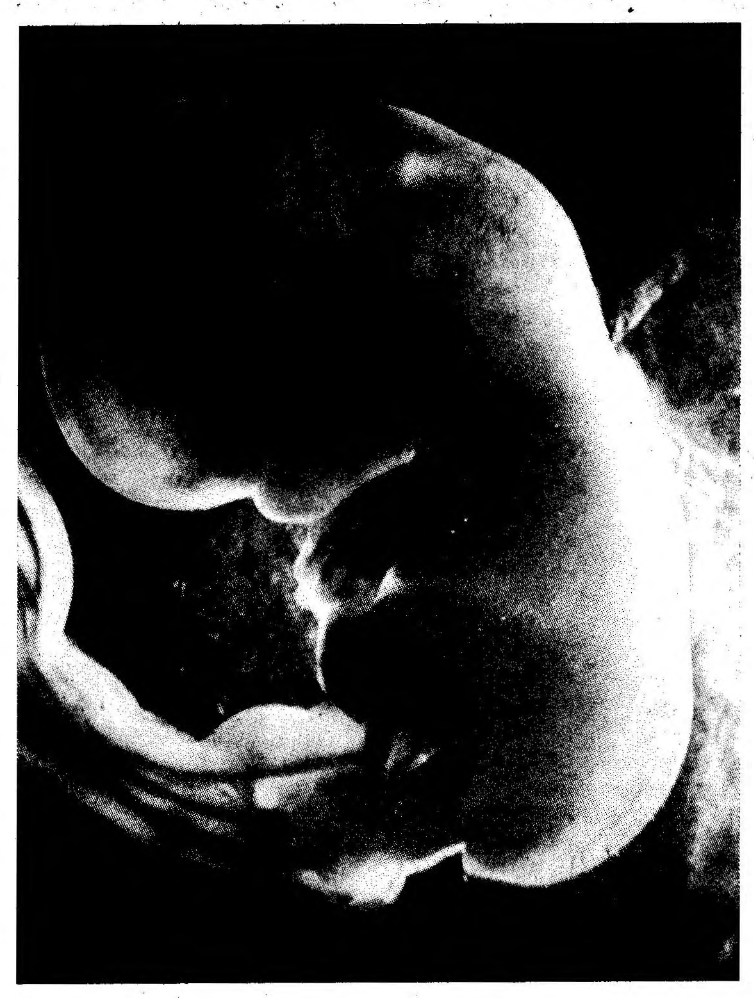
auf der Tasche liegen, zu töten? Ist in so einem Fall nicht vielmehr der Staat gefragt, durch kindesgemäße Heime den Jungen und Mädchen dennoch ein freudvolles Leben zu ermöglichen? Müssen diese Antsrengungen nicht höher anzusetzen sein, als etwa einen Wirtschaftsflüchtling aus dem tiefsten Afrika durchzufüttern?

Auch ist es doch ein schlechter Witz, wenn in einem der reichsten Länder der Welt »soziale« Gründe für eine Abtreibung geltend gemacht und auch noch anerkannt werden. Würde die Bundesregierung eine vernünftige Familienpolitik betreiben oder gar eine Neuregelung der vielen Mißstände beim Kindergeld veranlassen, dann würde sich auch dieser Punkt von ganz alleine ad acta legen.

Weniger Geburten – mehr Ausländer

Es gibt seriöse Schätzungen, daß in den vergangenen zehn Jahren mehr als zwölf Milliarden Mark Kindergeld alleine an Türken geflossen ist, also an Familien, die zum Teil schon zu siebt oder acht nach Deutschland kommen und hier vom ersten Tag kindergeldberechtigt sind – ohne vorher auch nur einen Pfennig in die deutsche Steuerkasse gezahlt zu haben –. Auch muß das Kindergeld in bestimmten Fällen für Kinder gezahlt werden, die im Heimatland der Gastarbeiter leben. Wenn man hier einiges ändern würde, etwa an Kinder von Ausländern nur dann Kindergeld zu zahlen, wenn diese in Deutschland geboren sind – und auch dann erst nach Ablauf einer bestimmten Zeit, beispielsweise drei oder fünf Jahre, wenn also der Ausländer durch entsprechende Zahlungen in die öffentlichen Kassen einen Anspruch hierauf erworben hat – und für Asylantenkinder grundsätzlich kein Kindergeld gezahlt wird, dann könnten alle eventuellen sozialen Härten mühelos ausgeglichen werden.

Genauso widersinnig ist es, wenn etwa der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heiner Geißler sich wegen der sinkenden deutschen Geburtenraten dafür ausspricht, diese durch den Zuzug von Ausländern auszugleichen, anstatt zu versuchen, über eine vernünftige



Ein Embryo in der sechsten Woche. Für Politiker ist es Zellgewebe, das man unbekümmert absaugen kann.

Familienpolitik die Bereitschaft auch der deutschen Paare zu wekken, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen. Dies könnte etwa durch eine Änderung beim Familiensplitting zugunsten von Kinern, der Verpflichtung von Vermietern zu mehr Kinderfreundlichkeit – zum Beispiel durch staatliche Zuschüsse oder Steuererleichterungen – und vor allem auch durch mehr Kindergärten und auch Kinderhorte für Schulkinder erreicht werden.

Heuchelei der Kirchentagspräsidentin

Falsch wäre es sicherlich, den Wunsch nach mehr Luxus durch die Geburt von einem oder mehrerer Kinder von vorneherein auszuschließen, vielmehr müßte eine Familie mit ein oder zwei Kindern genau die gleichen Einkommenschancen haben wie etwa ein arbeitendes kinderloses Ehepaar. Diese ganzen Probleme lassen sich auch relativ einfach lösen, und zwar dann, wenn man dem eigenen Volk mehr Aufmerksamkeit zuteil werden läßt als Ausländern!

Wie Heuchelei klingt doch, was Süßmuth, die die Debatte im Parlament als »beispielhaft« bezeichnete, der »Welt am Sonntag« sagte: »Deutlich wurde: Uns trennt nicht das Ziel, den Schutz ungeborenen Lebens zu verstärken.« Dies sagt eine Kirchenvertreterin, die sich eigentlich in besonders starkem Maße an das Gebot »Du sollst nicht töten« gebunden fühlen müßte. Beeindrukkend ist auch die Rechtfertigung der Bundestagspräsidentin zur Kritik der Katholischen Kirche: Es dürfe niemand ausgegrenzt werden, nur weil er kirchliche Grundsätze anders interpretiert.

So sehr die Kirche in vielen Dingen – zum Beispiel in Fragen der Asylpolitik – abzulehnen ist, so sehr hat sie doch in diesem Fall recht. Es kann auch keine »Interpretationen« geben, weil es sich hierbei um Tötung menschlichen Lebens handelt, selbst wenn dieses Leben noch nicht geboren ist. Wenn dann CDU-Politiker, wie etwa Geißler, die Kirchenkritik als anmaßend bezeichnen, dann muß man sich fragen, welch Geistes Kind sie sind.

Auffällig ist auch, daß kaum ist die Fristenlösung beschlossen, nunmehr auch die Rufe nach der Abtreibungspille »RU 486« immer lauter werden. Auch hier ist die CDU in Form des Sozialministers von Sachsen-Anhalt, Werner Schreiber, und der Abgeordneten Renate Hellwig vertreten, die »im Hinblick auf das Wohl der Frau« forderte, die Abtreibungspille auch in Deutschland anzuwenden. Wer denkt aber an das Wohl des Kindes?

Die Beugung des Grundgesetzes

In diesem Zusammenhang sollten auch die Worte der Bundestagsvizepräsidentin und bayerischen SPD-Chefin Renate Schmidt – die natürlich auch für die Fristenlösung stimmte und Anfang Juli mit knappen Hot Pants und halterlosen Strümpfen die Öffentlichkeit erschreckte – nicht vergessen werden. Sie hatte 1987 in einer Hörfunk-Diskussion des Bayerischen Rundfunks zum Thema »Sterben die Deutschen aus?« geantwortet: »...und ich sag Ihnen, dieses Wort da: Sterben die Deutschen aus? das ist für mich nicht das Problem... Die Frage, die Sie hier stellen, ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht«. Dieses erklärt vieles.

Angesichts der vielen unverständlichen Entscheidungen der vergangenen Monate sollte man besser nicht allzu viel Hoffnung in die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts setzen. So sagte zum Beispiel ein Verfassungsrechtler, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hätten sich gegenüber 1975 geändert, als das höchste deutsche Gericht die Fristenlösung verbat. Grundgesetz bleibt Grundgesetz, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich hieran auszurichten und nicht umgekehrt. Es ist aber leider stark anzuzweifeln, daß dieser Grundsatz in diesem Fall angewandt wird! □

Finanzierung der deutschen Einheit

Zum Thema Finanzierung der deutschen Einheit gibt es einen ganzen Katalog von Konzepten. Gemeinsames Merkmal der meisten Vorschläge: Sie sind ökonomisch fragwürdig, verfassungsrechtlich bedenklich – und sie stoßen jeweils auf den Widerstand mindestens einer großen Gesellschaftsgruppe.

Im Haushaltsjahr 1992 werden die westdeutschen Transferzahlungen für die neuen Bundesländer rund 160 bis 180 Milliarden DM betragen. Schon im Vorfeld der diesjährigen Tarifverhandlungen war ein heftiger Streit darüber entbrannt, wer die Kosten tragen soll. Im Zentrum der Diskussion stehen höhere Steuern und Sozialbeiträge.

Verlängerung des Solidaritätszuschlages

Dabei wird jedoch leicht übersehen, daß bislang nur ein geringer Teil der Transfers überhaupt durch Steuer- und Beitragserhöhungen finanziert wurde. Denn rund drei Viertel der Transfers, die 1991 von West- nach Mitteldeutschland flossen, wurden über öffentliche Kredite finanziert.

Weitere 10 Milliarden DM stammen aus Haushaltsumschichtungen der öffentlichen Kassen; nur 28,5 Milliarden oder knapp 18 Prozent der Transfersumme wurden über höhere Abgaben gedeckt – davon kamen gut 10 Milliarden DM aus dem Solidaritätszuschlag.

Am 30. Juni 1992 lief der seit Mitte vergangenen Jahres erhobene Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld aus. Bis dahin bringt der 7,5prozentige Solidaritätszuschlag dem Fiskus 1992 knapp 12 Milliarden DM. Etwa der gleiche Betrag käme noch einmal zusammen, wenn dieser Zuschlag unverändert bis Ende des Jahres 1992 weiterliefe.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat eine Zusatzabgabe auf westdeutsche Vermögenserträge und Vermögensbestände vorgeschlagen.

Rein fiskalisch gesehen ist der Solidaritätszuschlag sehr ergiebig. Seiner Fortschreibung stehen allerdings zwei Einwände gegenüber. Der erste ist psychologischer Natur: Bei einer Verlängerung des Zuschlags würde die Glaubwürdigkeit der Politik untergraben – zumal sich der Vorwurf der Steuerlüge ohnehin schon in den Köpfen der Bevölkerung eingenistet hat.

Der zweite Einwand betrifft grundsätzliche ökonomische Fragen: Die Solidaritätsabgabe schmälert nicht nur den Konsum der privaten Haushalte, sondern über die Gewinne auch die Investitionspotenz der Unternehmen. Weniger Wirtschaftswachstum und geringere Steuereinnahmen sind die Folgen. Der fiskalische Netto-Effekt der Abgabe ist daher keineswegs so groß, wie das Aufkommen suggeriert.

Hier werden unterschiedliche Modelle diskutiert. Zum einen könnte der Solidaritätszuschlag fortgesetzt werden – für Besserverdienende mit Jahreseinkommen über 60000 DM für Ledige und 120000 DM für Verheiratete. Übers volle Jahr gerechnet kämen so 10 Milliarden DM zusätzlicher Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen.

Eine andere Variante wurde jüngst vom SPD-Vorsitzenden Hans-Ulrich Klose und von der Arbeitnehmergruppe der Unions-Fraktion ins Gespräch gebracht. Danach sollen alle steuerpflichtigen Einkommen ab 60000 DM/120000 DM zusätzlich mit einer »Zukunftssteuer« von zehn Prozent belegt werden. Erwartete Mehreinnahmen pro Jahr: 20 Milliarden DM!

Ergänzungsabgabe für Höherverdienende

Klose will diese Zukunftssteuer außerdem an einen nicht näher definierten Bonus für Investitionen in den neuen Bundesländern koppeln.

Das grundsätzliche Problem aller Ergänzungsabgabemodelle liegt darin, daß sie ungewollt stets auch die Investitionen treffen.

Selbst wenn der Zuschlag auf die Einkommensteuer beschränkt würde und die Körperschaftssteuer außen vor bliebe, wäre das Problem nicht gelöst. In dieser Variante bleiben zwar die Investitionen der Kapitalgesellschaften ungeschoren. Aber die Personengesellschaften müßten volle Steuer-Opfer bringen – und möglicherweise ihre Projekte zusammenstreichen.

Unter poltischen Gesichtspunkten besitzt die Ergänzungsabgabe für viele einen gewissen Charme: Weite Kreise der Bevölkerung versprechen sich vom Schröpfen der höheren Einkommen eine gerechtere Verteilung der Einigungslasten.

Zwangsanleihe für Höherverdienende

Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff favorisiert eine Zwangsanleihe, bei der Besserverdienende eine niedrig verzinste Bundesanleihe zeichnen müssen. Auf diesem Weg bräuchte der Staat weniger Geld zu Kapitalmarktzinsen aufzunehmen.

Chancen hat dieser Vorschlag kaum. Schon im November 1984 erklärte das Bundesverfassungsgericht ein ähnliches Vorhaben für verfassungswidrig. Damals ging es um das Instrument der unverzinslichen Investitionshilfe-Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus. Die Verfassungsrichter sahen darin das Äquivalenzprinzip verletzt: Danach dürfen einzelne Personengruppen nur dann mit einer Sonderabgabe belastet werden, wenn ihnen aus der Verwendung dieser Abgabe auch ein spezieller Vorteil erwächst.

Deshalb käme wohl nur eine Anleihe auf freiwilliger Basis in Frage. Ob auf diesem Weg allerdings genügend Gelder zusammenkommen, steht zu bezweifeln. Mehr Aussicht auf Erfolg verspricht eine Anleihe mit Steuervorteilen, die erst in späteren Jahren wirksam werden. So könnte das Finanzierungsproblem zeitlich gestreckt werden.

Lastenausgleich – eine zusätzliche Kapitalertragsteuer

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat eine Zusatzabgabe auf westdeutsche Vermö-

genserträge und Vermögensbestände vorgeschlagen.

In puncto Vermögenserträge ist dieser Lastenausgleich nichts anderes als eine zusätzliche Kapitalertragssteuer. Die Risiken sind bekannt: Das Kapital flieht ins Ausland. In der Folge steigt das deutsche Zinsniveau – ein typischer Crowding-out-Effekt, bei dem der Fiskus kaum gewinnen kann und der Privatinvestor immer verliert.

In punkto Vermögensbestände trifft der Lastenausgleich vor allem die Betriebsvermögen, die gegenwärtig rund 75 Prozent des steuerpflichtigen Vermögens ausmachen. Auch hier würden Investitionen und Arbeitsplätze gefährdet.

Weit freundlicher – zumindest was die Institutionen betrifft – wäre dagegen ein Lastenausgleich, der auf das immobile private Grundvermögen abstellt. Damit käme sogar die Steuergerechtigkeit ein Stück voran. Denn Grundvermögen wird gegenüber Geldvermögen bevorzugt: Die aktuellen Einheitswerte liegen deutlich unter den Verkehrswerten. Zudem ist in dieser Variante keine Kapitalflucht wie beim mobilen Vermögen möglich.

Investitionshilfeabgabe vermehrt die Arbeit der Gerichte

Die Sozialausschüsse der CDU und die Bundesbauministerin Schwaetzer fordern eine zweckgebundene Abgabe für ertragsstarke Großunternehmen, die im Zuge der Wiedervereinigung Sondergewinne erzielt haben. Mit dem Geld sollen mittlere und kleinere Betriebe in Ostdeutschland gefördert werden.

Die Grundidee dieses Vorschlags ist einfach – zu einfach, denn sie basiert auf buchhalterischem und statischem Verteilungsdenken. Schon die Ermittlung der Sondergewinne stößt auf Schwierigkeiten: Weder der Jahresabschluß noch der Cash-flow eines Unternehmens geben Auskunft darüber, aus welchen Einzeltransaktionen die Gewinne resultieren. Zudem haben die Unternehmen je nach Branche ganz unterschiedlich vom Vereinigungs-Boom profitiert. Mangels praktikabler Bemessungsgrundlage bleibt diese Sonderabgabe im steuerrechtlichen Morast stecken. Zudem gelten die gleichen verfassungsrechtlichen Bedenken wie bei der Zwangsanleihe. Die Investitionshilfeabgabe würde wohl allenfalls die Arbeit der Gerichte mehren, nicht aber die Beschäftigung in Ostdeutschland.

Beschränkung des Lohnzuwachses

Der Ansatz von Bundesfinanzminister Theo Waigel umfaßt drei Punkte: Der Lohnzuwachs soll in Westdeutschland drei Jahre lang auf den Anstieg der Lebenshaltungspreise beschränkt werden.

Der Staat verzichtet auf weitere Steuererhöhungen.

Die Unternehmen müssen ihre Investitionen in den neuen Ländern bis 1995 um jährlich 25 Prozent steigern.

Waigels Vorschläge scheitern zum einen schon daran, daß die Unternehmen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht verpflichtet werden können, in Mitteldeutschland oder anderswo zu investieren – denn sie allein tragen das Investitionsrisiko.

Zum anderen hat die Rechnung einen mathematischen Haken: Jenen Betrieben, die bislang noch keine einzige Mark in Mitteldeutschland investiert haben, macht selbst eine jährliche Steigerung von 100 Prozent im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt nichts aus – die bereits Aktiven werden dagegen für ihre Initiative noch bestraft.
Zur Deckelung des Lohnzuwachses müßten die Gewerkschaften überzeugt werden – nach der diesjährigen Tarifrunde ein schwieriges Unterfangen. Wesentlich einfach hat es der Staat, bei den eigenen Ausgaben anzusetzen. Das Ziel, den Ausgabenzuwachs pro Jahr auf 2,5 Prozent zu begrenzen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. September 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Kein Ende der Asylanten-schwemme in Sicht

Alfred König

Genau ein Jahr ist es nun her, seitdem die Politiker versprachen, etwas gegen die überbordende Asylantenschwemme zu tun und sich hierfür in einem Allparteiengespräch zusammensetzen. Was CODE seinerzeit voraussagte, ist auch wirklich geschehen – geändert hat sich bis heute nämlich nichts. Ganz im Gegenteil: Die Zahl der Asylanten steigt unaufhörlich an. Alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bewarben sich mit 187 455 Personen mehr als doppelt so viel um Asyl wie in den ersten sechs Monaten 1991 (90 769 Personen). 1988 waren es sogar mit knapp 40 000 nur fast ein Fünftel gewesen.

Dennoch geschieht nichts. Das sogenannte Beschleunigungsgesetz, das am 1. Juli in Kraft trat und dafür sorgen sollte, daß alle Asylverfahren binnen sechs Wochen beendigt sein sollen, ist noch nicht einmal das Papier wert, auf das es gedrückt ist. So erklärte jetzt der nordrhein-westfälische Sozialminister Heinemann (SPD), aus organisatorischen Gründen werde das Gesetz erst ab dem 1. April des kommenden Jahres seine volle Wirkung entfalten! Nur wenig zuvor hatte Schleswig-Holsteins Sozialminister Jansen (SPD) noch den 1. Januar genannt. Man muß kein Hellseher sein, um vorauszusagen, daß der Termin 1. April, je näher man ihm kommt, ebenfalls wieder nach hinten geschoben wird.

Immer mehr Straftaten und Vergehen

Parallel mit den steigenden Asylantenzahlen steigt auch die Zahl der Straftaten und Vergehen immer stärker an. Die folgenden Beispiele zeigen beeindruckend, daß es sich nicht um Ausnahmefälle handelt, sondern daß der Mißbrauch des Asyls zur Methode geworden ist und von den verschiedensten Stellen sogar gefördert wird.

So gab der Leiter des Auslandsreferates der Caritas, Dr. Wolfgang Delitsch, in der »Welt am Sonntag« unumwunden zu: »Weder die Stadt München noch staatliche Stellen wie die Bundeswehr stellen Unterkünfte (für Flüchtlinge aus Bosnien) zur Verfügung... Wenn bei uns im Caritasverband alles ausgeschöpft ist, tja dann müssen wir den Bosniern sagen: ›In Gottes Namen, nennen sie das Zauberwort Asyl!‹ Dann setzt die übliche Maschinerie ein: Dann nämlich sind Staat und Kommunen gezwungen zu handeln – für Kleidung zu sorgen, für Verpflegung und für Unterkunft, und seien es Container.«

Die evangelische Kirche erdreistet sich in manchen Städten sogar, die Lebensmittelgutscheine, die einige Kommunen jetzt Asylanten anstatt Bargeld geben, im Verhältnis 1:1 abzukaufen und verstößt damit bewußt gegen geltendes deutsches Recht – und dies alles unter dem Deckmantel der Nächstenliebe, die zu den Ausländern anscheinend größer ist als zum eigenen Volk. Denn es muß sich doch die Frage stellen, was machen die Asylbewerber mit dem Geld, wenn sie sich keine Lebensmittel kaufen, und von was leben sie eigentlich? In vielen Fällen dürfte die Antwort wohl lauten: Alkohol und Drogen!

Schauen wir uns doch einmal kriminelle und gewalttätige Vorkommnisse sowie »seltsames« Gebaren mancher Asylanten quer durch die Republik an.

Knapp 30 Männer, Frauen und Kinder aus Sarajewo und anderen Städten und Dörfern aus dem Kriegsgebiet Bosniens waren im Xantener Sammellager untergebracht worden. Wegen Überfüllung sollte dies nur vorübergehend sein. Als sie dann aber mit Bussen nach Chemnitz gebracht werden sollten, traten sie in Hungerstreik und zwangen selbst ihre Kinder, ohne Trinken stundenlang in der brütendheißen Hitze zu stehen. Grund: Man habe gehört, daß sie in Chemnitz in riesigen Sammellagern untergebracht würden, und daß es dort des öfteren Übergriffe gegen Asylanten gebe. Ihr Protest hatte (vorübergehend) Erfolg: Es wurden Notbetten angekarrt, und die Bosnier durften bleiben. Später zeigte die Polizei dann ausnahmsweise doch einmal Härte und schaffte einen Teil der Bosnier mit Gewalt nach Chemnitz. Ein großer Teil hatte sich jedoch vorher bereits abgesetzt.

Verwöhnt und stellen Ansprüche

Man stelle sich einmal vor: Da sollten sich diese Personen doch eigentlich glücklich schätzen, daß sie mit dem Leben davongekommen sind, während tausende ihrer Landsleute dieses Glück nicht hatten. Da sollte man doch eigentlich davon ausgehen können, daß sie froh sind, überhaupt eine sichere Unterkunft zu haben. Und dann zeigen sie sich verwöhnt und wagen es, Ansprüche zu stellen. Deutsche, die nach Kriegsende aus dem Machtbereich der sowjetischen Soldateska fliehen konnten, waren sich nicht zu schade, auf freiem Feld in Erdlöchern zu übernachten, überglücklich, noch am Leben zu sein. Die einzige richtige Antwort auf solches Gebaren könnte eigentlich nur sein, diese Leute dort zurückzuschicken, wo sie hergekommen sind.

Im übrigen stellt sich überhaupt die Frage, warum die Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien überhaupt nach Deutschland kommen müssen? Noch heute machen viele Deutsche und Einwohner anderer westlicher Länder Urlaub in Istrien, das nur wenige hundert Kilometer vom Kriegsschauplatz entfernt ist und wo überhaupt nichts, von dem Grauen rund um Sarajewo mitzubekommen ist. Wäre es nicht eigentlich viel richtiger, dort Sammellager zu bauen, die Flüchtlinge in Turnhallen, Sporthallen und -stadien, Scheunen und anderen Möglichkeiten unterzubringen?

Die Polizei schaut nur zu

Es ist klar, daß dies ohne finanzielle Hilfe des Westens nicht geht. Doch dürfte diese bei noch besseren Ergebnissen niedriger sein, als was notwendig wird, wenn man diese Leute erst einmal im Land hat. Auch hier braucht man nicht im Besitz einer Kristallkugel zu sein, um vorherzusagen, daß der Großteil der jugoslawischen Flüchtlinge, die hier sind, auch hier bleiben werden und der Großteil nach Ende des Krieges nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren wird.

Ein Beispiel aus Düsseldorf (zitiert aus der »Rheinischen Post«): »Als Touristen eingereiste Polen, die allmorgendlich von Subunternehmern aufgelesen werden, schlafen mit ihren Frauen im Gebüsch des Kinderspiel-Geländes Lessingplatz; Fixer setzen sich ungeniert die Spritze, die Angst vor der Polizei haben sie verloren; Marokkaner und Iraner in Autos mit auswärtigen Kennzeichen erscheinen als Drogenhändler und schrecken dabei sogar vor minderjährigen Opfern nicht zurück. Daß eine öffentliche Toilette fehlt, merkt man am Geruch.

Eine Subkultur entsteht

Seit einem Jahr breitet sich die Subkultur so gut wie ungestört aus, seit einem Jahr ist das Rathaus darüber informiert. Die Polizei werde – so berichten Einwohner – zu Einsätzen gerufen, ohne daß sich etwas geändert hätte. Viele Eltern halten ihre

Kinder längst im Haus und schließen die Fenster, wenn es unten zur Sache geht.« Anfang Juli wehrten sich die Anwohner und gingen auf die Ausländer los, was zu einer Massenschlägerei mit dem Einsatz von Messern und Dachlatten führte. Die Selbstjustiz wurde damit gerechtfertigt, »weil ja sonst niemand etwas unternimmt«.

In Oelixdorf, Kreis Steinburg, leben 2200 Bürger und rund 500 Asylanten. Nachfolgend einige Erklärungen Oelixdorfer Bürger, was dort so geschieht: Direkt neben dem Heim hat das Ehepaar K. ein Reihenhaus, für das sie lange gearbeitet haben: »Wir können uns nicht mal mehr im Garten aufhalten. Die Asylanten, vor allem die Farbigen, pinkeln oder spucken durch den Zaun. Sogar, wenn ich als Frau daneben stehe. Die machen auch ihr großes Geschäft auf den Rasen.«

Ihre Nachbarin: »Als Frau traut man sich abends nicht mehr auf die Straße. Was meinen Sie, wie oft ich schon von den angeblich armen Asylanten gefragt worden bin, ob ich für 50 Dollar mit ihnen Sex machen würde.« Ihr Mann, der in einer Bürgerinitiative aktiv ist, meint hierzu: »Asylbewerber pöbeln auf offener Straße oder im Bus einfach Leute an: Ein Schwarzer hat sogar im Bus seine Hose aufgemacht und onaniert! Ausländische Frauen fragen vorbeikommende Männer, ob sie Sex wollen. Für zehn Mark. Zuhälter holen nachts in der Unterkunft Frauen ab, die angeblich in ihrer Heimat verfolgt wurden – und auf der Reeperbahn als Dirnen anschaffen.

Wachsende Gewalt und Massenschlägereien

Geschockte Kinder berichten, daß hinterm Gartenzaun Asylanten Geschlechtsverkehr machen. Mitten in der Nacht kommen die Autos oder Busse der Schlepper an. Sie laden Ausländer aus, zeigen aufs Heim, sagen: ›Hingehen, Asyl sagen.‹« Ein hierauf angesprochener Landrat antwortete den Bürgern nur: »Ziehen Sie doch einen großen Zaun um ihr Grundstück, damit keiner mehr reinmachen kann. Und wenn Sie Angst vor Seuchen haben, lassen Sie sich am besten impfen.« Auf den Supermarktbesitzer sind die angeblichen Asylanten sogar schon mit dem Messer losgegangen, als er sie beim Diebstahl ertappte.

Immer gewalttätiger werden auch türkische Extremisten: So gehören die Besetzungen von Rundfunk- und Fernsehanstalten durch Kurden aus Protest gegen die türkische Politik schon fast zum Alltag. Auch die Anschläge gegen türkische Banken und anderen Einrichtungen haben in den vergangenen Monaten sprunghaft zugenommen. Deutlich im Steigen begriffen sind auch die Auseinandersetzungen von Asylantengruppen untereinander. So lieferten sich kürzlich im zentralen Aufnahmelager Sachsen-Anhalts in Halberstadt kürzlich rund 160 Rumänen und Schwarzafrikaner eine Massenschlägerei mit allerlei Waffen. Grund soll die versuchte Vergewaltigung einer Rumänin bei einer Abschiedsfeier afrikanischer Asylbewerber gewesen sein. In Ravensburg »besuchten« sich Rollkommandos von jugoslawischen und afrikanischen Asylanten sogar gegenseitig.

85 Prozent Berliner haben Angst

Da kann man dann schon fast froh sein, wenn sich die anscheinend besonders große kriminelle Energie dieser Leute nicht in Gewalt gegen Unschuldige niederschlägt, sondern »nur« in Betrügereien. So mußte die schleswig-holsteinische Landesregierung kürzlich nach einer Kontrolle von Asylanten eingestehen, daß jeder fünfte von ihnen mehrfach Sozialhilfe kassierte. 90 Prozent dieser Leute waren Schwarzafrikaner. Dadurch, daß niemand in Deutschland einen Paß vorzuweisen braucht, wenn er das Zauberwort »Asyl« von sich gibt, verändern viele einfach ihr Äußeres und erscheinen erneut bei den Ausländerbehörden, zum Teil sogar in der gleichen Stadt. So hatte es etwa eine Afrikanerin alleine durch eine geänderte Frisur und Haarfarbe auf fünffache Sozialhilfe gebracht.



Durch das Versagen der Bonner Parteien ist Deutschland defacto zu einem Einwanderungsland geworden.

So ist es dann auch kein Wunder, daß nicht nur die Verbitterung deutscher Bürger gegen diese Wohlstandsschmarotzer immer größer wird, sondern auch die Angst vor der zunehmenden Gewalt, die von diesen Kreisen ausgeht. So erklärten etwa bei einer Umfrage 85 Prozent der befragten Berliner, Angst zu haben. Kein Wunder: Alleine im vergangenen Jahr nahm die Gewaltkriminalität um knapp zehn Prozent zu. Und die Ausländer haben heute einen Anteil an der Gesamtkriminalität von rund 27 Prozent. Beherrschend sind sie heute bereits auf dem Gebiet des Rauschgifthandels, wo auch sehr viele Asylanten mitwirken. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt dagegen in den alten Bundesländern nur bei 8,5 Prozent. Damit war also die Gewalt bei den Ausländern rund dreimal so hoch wie bei den Deutschen!

Gleichzeitig wird auch das Anspruchsdenken der Asylbewerber immer größer – was ein weiterer Beweis dafür ist, daß es sich bei diesen Leuten um keine echten politischen Flüchtlinge handelt; denn diese sind froh, ihr Leben behalten zu können und machen in der Regel die wenigsten Schwierigkeiten –.

In der Eifelstadt Kall demonstrierten 40 Asylanten bei Wasser und Tee vor dem Rathaus. Grund: Sie wollten eine eigene Putzfrau! Ihr Sprecher war der 25jährige Türke Behir Ceran, der klagte: »Überall sind Dreck und Wanzen. Deutsche machen hier nicht sauber. Auch kein Telefon.« Man kann nur dem CDU-Gemeindedirektor Laux zustimmen, der sagte: »Für 300000 Mark haben wir renoviert. Sollen wir jetzt auch noch putzen? Dafür haben diese Leute eigentlich Zeit genug.«

Im Asylantenheim Waldheide in Heilbronn mußten kürzlich 276

Bonn

Kein Ende der Asylanten-schwemme in Sicht

Portionen Rinderbraten mit Salzkartoffeln in den Müll geworfen werden. Grund: Den Damen und Herren Asylanten schmeckte das Essen nicht. Einer sagte: »Deutsch Essen schlecht – wir lieber Geld.« Wie sie sich selber versorgen wollen, sagen sie nicht. Es gibt auch gar keine Küche in Waldheide. Recht muß man dem Mitarbeiter der betreffenden Großküche geben: »Gerade diese Leute sollten doch wissen, daß in vielen Ländern Menschen verhungern.«

Die Frage nach der eigenen Putzfrau

In Berlin zerschlugen fünf Neger aus Ghana die Möbel ihrer Unterkunft und warfen diese aus dem Fenster. Grund: Die Auszahlung ihrer Sozialhilfe wird schärfer kontrolliert, damit Betrug verhindert wird.

Sehr bezeichnend, daß Ausländern hierzulande schon mehr Rechte als Deutschen eingeräumt werden, ist der Fall einer 64jährigen Rentnerin aus Freudenstadt. Sie hatte sich 1990 für 235000 Mark eine Wohnung ersteigert. Zwar war diese belegt, doch mit einer Kündigung wegen Eigenbedarf sollte dieses Problem eigentlich gelöst werden können. Würde man zumindest denken.

»Andere Wohnung, nix haben Balkon!«

Aber da war ja noch der Asylbewerber Ali El Madhoun, der sich mit seiner zehnköpfigen Familie an den Blick auf den Schwarzwald vom Balkon aus gewöhnt hatte. Obwohl Madhouns Asylantrag abgewiesen wurde, genießt er noch Bleiberecht; die 1000 Mark Monatsmiete zahlt das Sozialamt. Eine ihm angebotene Sieben-Zimmer-Wohnung behagte ihm nicht: »Andere Wohnung nix haben Balkon. Nix neue Wohnung.« Schließlich ging die alte Dame vor das Amtsgericht und bekam dort auch Recht. Das Landgericht entschied dann aber »im Namen des Volkes« (es fragt sich nur welches), daß der Libanese bis Ende 1994 in der Wohnung bleiben darf, »weil der Auszug für die Großfamilie bereits einen Härtefall darstellen kann«. Zudem sei die neue Wohnung 30 Quadratmeter kleiner und auch im Standard (Balkon) nicht zu vergleichen.

Der Härtefall für die (deutsche) Rentnerin kam aber nicht zur Sprache. Diese ist auch nur herzkrank, wohnt in einem alten Holzhaus acht Kilometer außerhalb von Freudenstadt, hat keinerlei Einkaufsmöglichkeiten und muß das Haus im Winter auch noch von einem halben Meter Schnee freischaufeln. Aber das ist mit dem Leiden der Tunesier nicht zu vergleichen.

»Klau einfach! Dir passiert nichts«

Angesichts des weltweit liberalsten Asylantenrechts, das sich mittlerweile bis in den hintersten Winkel Afrikas herumgesprochen hat, war auch nichts anderes zu erwarten. Interessant hierzu ist, was eine bei einem Ladendiebstahl erwischte rumänische Asylantin der Polizei zu Protokoll gab:

Nachdem die 27jährige für 500 Mark mit ihren Kindern von Schleppern nach Deutschland gebracht wurde, meldete sie sich ordnungsgemäß in Cottbus an. Ein Landsmann überredete sie mit nach Essen zu kommen; dort meldete er sie als seine Schwester an, woraufhin die Frau erneut Sozialhilfe bekam. Anschließend »verdiente« sie sich Geld durch Ladendiebstähle hinzu. Eine Bekannte hatte sie hierzu überredet: »Klau einfach. In Deutschland passiert dir nichts.«

Dies stimmt leider und war nicht einfach nur eine Floskel. Denn die Rumänin wurde gleich viermal hintereinander an einem Tag beim Diebstahl erwischt. Obwohl sie beim dritten Mal sogar auf der Wache durchsucht wurde, ging sie danach sofort zu Aldi und wurde wieder beim Ladendiebstahl erwischt! Und dies ist kein Einzelfall. Am gleichen Tag, als dieses Interview geführt wurde, wurden in Itzehoe 14 Asylbewerber wegen mehrfachen Ladendiebstahls festgenommen – und kurze Zeit später wieder entlassen!

Die gleichen Fehler wie in den USA

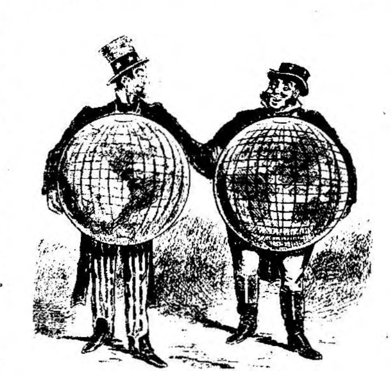
Alleine diese wenigen Zeilen reichen aus, um eindeutig zu beweisen, daß der Mißbrauch deutschen Rechts kein Einzelfall ist, sondern sich quer durch das ganze Bundesgebiet und alle Asylantenheime durchzieht. Wie sich in – glücklicherweise noch – Einzelfällen abzeichnet, vollzieht sich in Deutschland gerade die Entwicklung, die in den USA zu den Rassenkrawallen der vergangenen Monate geführt hat und allesamt interessanterweise nicht von den Weißen, sondern von den zugewanderten fremdrassigen Personen ausgelöst wurden. Statt hieraus zu lernen, macht die Bundesregierung aber die gleichen Fehler wie in den Staaten.

Praktisch sicher ist, daß das kommunale Wahlrecht für Ausländer spätestens Mitte dieses Jahrzehnts, wahrscheinlich aber sogar viel eher kommt. Dies wird damit begründet, daß Leute, die hier leben und Steuern zahlen – sofern sie dies dann auch wirklich tun –, zumindest auf kommunaler Ebene mitbestimmen müssen. Auch gelte dies dann EG-weit, so daß auch Deutsche, die im Ausland leben, dort mitwählen dürfen.
Sehen wir uns doch nur einmal eine Statistik des Institutes der deutschen Wirtschaft an, die zeigt, wieviele Deutsche im Ausland leben: In Frankreich 43900, Großbritannien 43000, Niederlande 39400, Spanien 39100, Italien 24500, Belgien 24300. Griechenland 10700, Dänemark 8300 und Portugal 4100. Für Irland und Luxemburg gibt es keine Angeben. Also, aufgerundet, knapp 250000 Deutsche in der ganzen EG. Dagegen leben etwa sechs bis sieben Millionen Ausländer in Deutschland, der Großteil hiervon aus EG-Ländern. Wo bleibt denn da der Ausgleich?
Die Deutschen, die im Ausland leben, haben praktisch keine Möglichkeit, ernsthaften politischen Einfluß auf die Kommunen, in denen sie leben, zu nehmen. Dazu ist ihre Anzahl einfach zu gering. In vielen deutschen Städten, so etwa in Berlin und dort im Stadtteil Kreuzberg, wäre es aber so, daß im Falle eines kommunalen Wahlrechts die Ausländer in manchen Stadtteilparlamenten die Mehrheit und deutsche Abgeordnete die Minderheit stellen würden.

Wenn in Kreuzberg türkische Politik gemacht wird

So würde dann etwa in Kreuzberg türkische Politik gemacht, und die Interessen der deutschen Bevölkerung würden – in ihrer Heimat! – hintenanstehen. Kann dies denn wirklich der ernsthafte Wille deutscher Politiker sein? Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Monate und Jahre muß man dies wohl leider bejahen.

Genauso schlimm und falsch wäre es aber, die Einbürgerung der Ausländer zu erleichtern oder gar, wie die Ausländerbeauftragte Schmalz-Jacobsen jetzt verlangt, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu akzeptieren. Deutscher ist man von der Geburt her, von der Rasse – selbst wenn dieses neutrale Wort in den vergangenen Jahren stets mit einem bitteren Beigeschmack versehen wurde –, aber nicht durch ein Stück Papier. Wenn überhaupt, dann sollte dies frühestens ab etwa der fünften Generation in Erwägung gezogen werden, nicht aber schon nach fünf oder sieben Jahren.
In einem hat Schmalz-Jacobsen jedoch recht, wenn sie nämlich sagt: »Angesichts von sechs Millionen Ausländern in Deutschland zu leugnen, daß hier defacto-Einwanderung stattgefunden hat, ist eine Lüge wieder den Augenschein.« Dies sollten sich mal die sogenannten konservativen Parteien hinter die Ohren schreiben – und die Wähler nicht vergessen! □



Die Deutschen in den letzten 50 Jahren

Emil Schlee

Arbeitsbürger – Steuerbürger – Sozialbürger – Wirtschaftsbürger – Konsumbürger – Europabürger – mündiger Bürger? Bei Rück-Sicht in die Vergangenheit und Über-Sicht in der Gegenwart kann man manche Einsicht gewinnen. Erinnern wir uns!

Nach 1945 wurden wir alle erst einmal freiwillig und zwangsläufig »Arbeitsbürger«, räumten die Trümmer weg, bauten uns das »Dach über den Kopf« und versuchten, als Heimatverbliebene und Heimatvertriebene uns miteinander einzurichten. Man mühte sich allseits um ein Einkommen, um ein Auskommen für die Familie zu haben.
Unvergessen die »Trümmerfrauen«, die meist als alleinstehende Mütter sich mühten, Über-Lebensmittel für die Kinder zu bekommen, und die Väter, die den Krieg überstanden hatten und oft über viele Jahre als Kriegsgefangene Arbeitssklaven im kommunistischen Osten oder deutschen-unfreundlichen Westen verbringen mußten.

Und trotz Trauer und Verzweiflung, Besatzung und Unrecht wurde bald tüchtig zugepackt, flogen die Späne, verschwand der Schutt, entstanden Häuser, Straßen und Fabriken, erwachte das Leben, kam Hoffnung auf und wurde für spärlichen Lohn hart gearbeitet.

Was damals geleistet wurde, übersteigt heute das Vorstellungsvermögen der jüngeren Generationen. Ehrliches Bemühen um die Wahrheit über jene Zeit, um das Verständnis für jene Großeltern- und Elterngeneration und mehr Achtung und Dankbarkeit gegenüber diesen leidgeprüften Altvorderen wären angebracht und angemessen.

1949 entstanden unter Aufsicht und Kontrolle der jeweiligen Besatzungsmächte in West- und Mitteldeutschland die provisorischen Staaten »Bundesrepublik Deutschland« und »Deutsche Demokratische Republik«, wurden wir allesamt »Steuerbürger«, versuchten, geregelte Verhältnisse herzustellen und ein festes Einkommen zu verdienen, schufen für das Leben im Alltag normalisierende Einrichtungen, die vor allem der Jugend die Zukunft sichern sollten.

Es wurde schwer gearbeitet, mehr verdient und nach der Währungsreform im Westen für Aufbau und Werden des jungen Staates mit neuem Geld für den neuen Teilstaat die notwendige Steuer aufgebracht.

In Mitteldeutschland hatte die östliche Besatzungsmacht keine Hemmungen, in den ersten Nachkriegsjahren durch größere Demontagen Reparationen und auf ihre Art »Steuern« einzutreiben. Die Bundesrepublik Deutschland wurde für viele Deutsche aus Mittel- und Ostdeutschland zur Fluchtburg und übernahm auch mit dem Grundgesetz einen »gesamtdeutschen Auftrag«.

Nach weiteren Jahren der Entwicklung im Westen wurden wir »Sozialbürger«, kümmerten uns um hilfsbedürftige, schwächere Mitbürger. »Sozial« bedeutete damals nicht, Faulenzern ein gemütliches Dasein zu ermöglichen, sondern unverschuldet in Not geratenen Menschen tatkräftig unter die Arme zu greifen, allen eine sozial gesicherte Existenz zu garantieren, diese durch entsprechende Gesetze abzustützen und damit eine auskömmliche Zukunft für alle Generationen durch gemeinsame Leistung und Verantwortung zu ermöglichen.

Das Lastenausgleichsgesetz mit allen seinen Novellen sowie weitere ähnliche Gesetzeswerke sind hervorragende Beispiele einer vorausschauenden Politik auf diesem Felde.

In Mitteldeutschland waren Enteignungen großen Maßstabes vorausgegangen, war mit Gründung des »Arbeiter- und Bauernstaates« nicht ein »Sozialstaat«, sondern ein menschenbeglückender »sozialistischer Staat« entstanden, der das »Proletariat« bevorzugte, andere entrechtete, keine sozialen Probleme zu haben hatte und sozialistisch gleichmachende Einheitseinrichtungen schuf, wohl aus der Erkenntnis Satre's abgeleitet, daß das Glück auf dieser Welt erst jenseits der Verzweiflung beginnt. Günter

Nach 1945 hieß es Trümmer wegräumen, das »Dach über den Kopf« bauen und sich als Heimatvertriebener neu einzurichten.



Die Deutschen in den letzten 50 Jahren

Gaus meinte ja, in »Nischen« hat sich noch einigermaßen leben lassen!

Auf der Grundlage dieser Rahmenentwicklung wurden wir im Westen Deutschlands im weiten Sinne des Wortes zu »Wirtschaftsbürgern«, ergriffen die Initiative zum Aufbau von Gewerbe, Industrie, Handel und Wirtschaft insgesamt, konsumierten, produzierten und exportierten Waren und Güter jeder Art, für jeden Zweck und jeden Bedarf, schufen damit das sogenannte »Wirtschaftswunder«, »Made in Germany« ein weltweit anerkanntes Gütesiegel! Der aus Trümmern begonnene völlige Neuaufbau von Industrie und Wirtschaft mit modernster Technologie brachte uns bald auf mehreren Gebieten in die Weltspitze.

Nicht weniger hart mußten auch unsere mitteldeutschen Landsleute arbeiten, wenn auch unter den völlig anderen Rahmenbedingungen des Sozialismus. Mit »Normen«, »Planerfüllungen«, »Wirtschaft-« und »Ernteschlachten«, mit »Hennecke-Methoden«, vielen »Sonderschichten« und trotz zentralistischer Planwirtschaftslenkung kamen unsere mitteldeutschen Landsleute ebenfalls in einigen Feldern unter die ersten Zehn der Weltbestenliste. Daß der »Rahm« dieser Leistung ständig von der Sowjetunion »abgeschöpft« wurde und kein »Wirtschaftswunder« für die Mitteldeutschen aufkommen ließ, ist nicht vergessen.

Der Konsumbürger

Und so kam es, daß der westdeutsche Bundesbürger im Laufe der Entwicklung zum Wohlstand nicht nur viel »leistete«, sondern auch begann, »sich etwas zu leisten«, nicht nur gab und nahm, sondern sich auch einiges »herausnahm«, nicht mehr in erster Linie im Sinne der turnerischen



»Verdienen« statt dienen. Churchill meinte, man müsse die Deutschen »fett-machen«, damit sie politisch »impotent« sind.



Die Schatten einer Europa-Bürokratie: Bergarbeiterdemonstration gegen die Energiepolitik und Zechenstillegungen der damaligen Adenauer-Regierung im August 1959.

vier kleinen »f« = frisch, fromm, froh und frei« lebte, sondern eher nach der Devise der vier großen »F« = Feierabend, Filzlatschen, Fernsehen und Flaschenbier!«. »Verdienen« galt langsam mehr als »dienen«, »Teneriffa« lag näher als »Sylt«, für die »Dreckarbeit« hatte man »Gastarbeiter« gefunden, mit »Maßhalten« meinte man bayerisch die »Maß halten«, Politik war etwas für die »Dummen« und »Jungen«, die dann auch meist zu früh, zu schnell in zu hohe Positionen gelangten!

Das war ganz im Sinne Churchills, der meinte, man müsse die Deutschen »fett-machen«, damit sie politisch »impotent« werden! Im mitteldeutschen SED-Sowjetstaat war aus bekannten Gründen eine solche Entwicklung nicht möglich, sondern genossen nur Genossen genußvolle Vorteile des Systems, redeten Spitzengenossen öffentlich »sozialistisch«, lebten privat hinter ihren Gardinen »kapitalistisch« und »versteckten« Kritiker einfach und lautlos hinter »Schwedischen Gardinen«. Daß nach der »neuen

»Unser Schicksal sind die Strahlen –
der Mensch und sein strahlender Lebensraum« ist ein Buch,
das über die bioenergetischen und bioplasmatischen
Funktionen des menschlichen Organismus, das energetische
Milieu als Ursache von Zellfunktionsstörungen
und Krankheiten berichtet.



Josef Oberbach »Unser Schicksal sind die Strahlen«
200 Seiten mit 25 Abbildungen. DM/Sfr 28,– ISBN 3-923864-03-5
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Deutschland

Die Deutschen in den letzten 50 Jahren

Einheit« von West- und Mitteldeutschland unsere mitteldeutschen Landsleute nun einen großen »Konsum-Nachholbedarf« haben, kann nicht verwundern, ist ihnen zu gönnen, wird sicherlich »in Maßen« bleiben!

Der Europabürger

Kaum haben sich West- und Mitteldeutschland 1991 grundgesetzgemäß wieder vereinen dürfen, wobei bisher zu wenig Zeit war, sich auch aneinander zu gewöhnen, nach den verabreichten Gehirnwäschen der letzten Jahrzehnte kann das auch noch Jahre dauern, sollen sie nun schon wieder, noch völlig unfertig mit ihren eigenen Problemen, in einen bis zum Jahr 2000 abgesteckten »politischen Fahrplan« eingespannt werden, der die »europäische Gemeinschaft« mit »Inter-City-Express«-Tempo »unumkehrbar« in die sogenannte »Europäische Union« einbringen soll. Daß bei dieser bewußt vorgegebenen Geschwindigkeit Identität, Souveränität, »Wirtschaftswunder« und »D(eutsch)-mark« verloren gehen können, ist Absicht!

Daß ablenkend dafür dem materiell erzogenen und verbogenen Europäer »großer Wohlstand«, »multikulturelles Leben« in »multikultureller Gesellschaft«, »grenzenloses« Glück und eine »weise« zentralbürokratische Regierung angeboten wird, ist Methode! Auch daß die bisher unterdrückten Völker Mittel-, Südost- und Osteuropas die ihnen im kommunistischen »Ostblock« umgelegten Ketten sprengen und neue Identität suchen, ist nur zu verständlich. Aber daß die freien Völker Westeuropas nun Glück und Zukunft in einem neuen »Westblock« finden wollen oder sollen, bleibt völlig unverständlich!

Oder sollten mit dem Darniederliegen aller europäischen Völker und Staaten am Ende des dritten »dreißigjährigen Krieges« – Churchill nannte die Zeit von 1914 bis 1945 so – und mit dem Durchgang aller europäischen Bürger vom »Arbeitsbürger« bis zum »Konsumbürger« in unseren Tagen planmäßig die Voraussetzungen geschaffen werden, einen dann materiell denkenden Europäer leichter zum »Einheitseuropabürger« machen zu können? Daß wir Deutschen in Europa hochgefragt sind, aber über solche einschneidenden Entscheidungen gar nicht mehr gefragt werden, fällt immer mehr auf!
Es ist an der Zeit, daran zu erinnern, endlich einmal »mündig« – unbesetzt, unkontrolliert, frei und souverän durch einen durch keinen anderen Vertrag ersetzbaren Friedensvertrag – und damit selbstbewußter »Staatsbürger« zu werden. Wir brauchen wieder einen freien Staat mit einer freien Regierung, ein freies Volk mit einem freien Parlament, das das möglich macht. Zwar ist der Staat nicht alles, aber was wäre alles ohne einen freien Staat?
Die Siegermächte haben zwar den Krieg gewonnen, jedoch den Frieden verloren. Wir haben zwar ein »Wirtschaftswunder« vollbracht, aber noch keinen freien Staat Deutschland geschaffen. Wir sollen deswegen unter Druck der noch gültigen Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen und unter Kontrolle der NATO möglichst schnell in die EG«, in die »Europäische Gefangenschaft« gebracht werden – zu aller Diensten und Nutzen.

Als »Eingreiftruppe«, »Sozialamt«, »Schein-Werfer«, »Asylanten-Auffangraum«, »Mafia-Tummelplatz«, »multikulturelles Gesellschaftsspielfeld«, »Hilfswilligen-Organisation« ohne politische Potenz und mit Hilfe von § 218 mit schwindender Geburtenrate! Ein »toller« Plan, dessen Verwirklichung Sie alle »live« miterleben!
Gefordert ist am Ende dieser letzten 50 Jahre dieses Jahrhunderts und Jahrtausends der »mündige Staatsbürger«, der alle Eigensucht zurückstellt, seine Besten auswählt und nach vorne stellt, seinem Volke dient und ein freies Europa mit aufbaut; hilft, den »teuflichen« Plan zu stoppen und undurchführbar zu machen – in freien, geheimen, demokratischen Wahlen. Letzter Termin: 1994! □



Endet eines Tages in den Palästen der Brüsseler Europa-Bürokratie die Souveränität und Identität der Völker Europas?



Der mündige Deutsche hat einen freien Staat mit einer freien Regierung verdient. Zwar ist der Staat nicht alles, aber was wäre alles ohne einen freien Staat?

Die »Deutsche Karte« im »Spiel der Mächte«

Emil Schlee

Im politischen Spiel der Mächte, Völker und Staaten in Europa und in der Welt gab es und wird es immer eine »Deutsche Karte«, ein »Deutsches Blatt«, ein »Deutsches Spiel« oder ein »Spiel um Deutschland« geben. Von schicksalhafter Bedeutung für diese historische Feststellung sind die kontinentale Mittellage Deutschlands in Europa und das große Volk der Deutschen inmitten der abendländisch-europäischen Völker dieses Kontinents. Deutsche Geschichte war stets auch europäische Geschichte und als solche meist auch Weltgeschichte.

Wer also die »Deutsche Karte« spielen will, ob nun als »Deutsches Spiel« oder als »Spiel um Deutschland«, der muß global, weltgeschichtlich und ganzheitlich denken können und über großen »Spielwitz« verfügen, da er sonst mit Sicherheit auf die Verliererbank kommt. Und da die »Deutsche Karte« aus vorgenannten Gründen besser im Kurs steht, als allgemein angenommen wird, auch verdeckt hoch gereizt wird, weiterhin »sticht« und für die Zukunft »spielentscheidend« sein kann, ist es für die Deutschen überlebensnotwendig, ihre eigenen Karten im »Spiel der Mächte« gut zu kennen, wenn sie schon selbst noch weitgehend von der Spielteilnahme ausgeschlossen sind.

Was ist also die »Deutsche Karte« und was ist das für ein »Spiel der Mächte« mit Deutschland, in dem wir als Betroffene noch nicht einmal über die Schulter sehen und schon gar nicht in die Karten schauen dürfen?! Wird »gemauert«, »gepokert« oder »falsch« gespielt? Ist es ein »Grand mit Vieren« (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich) zur Lösung der »Deutschen Frage« und damit auch zur Öffnung für die Entwicklung eines föderativen »Europa der Vaterländer« oder sind »Spitz-Buben« am Zug, die wirklich glauben, sie könnten ihre seit fast 50 Jahren sträflich vernachlässigte deutschlandpolitische Friedensvertrags-Hausaufgabe ohne die Deutschen lösen und einfach deren »Fell« verspielen?!

Es wird Zeit, daß wir als Deutsche erkennen, daß wir gute Karten und schlechte Politiker, fragwürdige »Karten« und Statthalter und einen großen Nachholbedarf an aktiver Deutschlandpolitik haben, daß wir unsere Chancen weder verspielen noch verspielen lassen dürfen. Die »Deutsche Karte« ist und bleibt eine »Trumpfkarte«. Wir müssen ihren Wert nur kennen und den Spielern auf die Finger schauen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es leider auch Falschspieler mit gezinkten »Deutschland- und Europakarten«. Setzen wir Kennen und Können dagegen!

Die weitreichende Erkenntnis, die der Historiker Theodor Schieder 1962 so formulierte: »Wie wir als Menschen nur aus der Zeit und in die Zeit, in der wir leben, handeln können, so können wir ebenso nur unter den räumlichen Bedingungen, in denen wir stehen, politische Entscheidungen treffen. Der Geist mag so frei sein, wie er will, oder wehen, wohin er will, sobald er konkrete Dinge gestalten will, steht er unter dem Gesetz des Raumes«, haben wir Deutschen in unserer Geschichte immer wieder als richtig und zwingend anerkennen müssen.

Unter allen Völkern Europas unterlag die Geschichte des deutschen Volkes in unübersehbarer Weise den Bedingungen des Raumes. Die Mittellage im abendländischen Kulturraum ließ Deutschland im Laufe seiner Geschichte zum Mittler zwischen Ost und West, Nord und Süd, zum Kraftfeld europäischer Geistesentwicklung und zum Spielfeld europäischer Politik werden. Schon Gottfried Wilhelm Leibniz sagte vor über 300 Jahren über die geopolitische Lage Deutschlands: »Deutschland ist der Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen. Es ist die Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird«.

Ähnlich der Publizist und Historiker Sebastian Haffner, wenn er 1983 über die Einmischung der anderen europäischen Staaten in die Angelegenheiten Deutschlands schrieb: »Denn wir dürfen zweierlei nicht übersehen. Erstens, die berühmte Mittellage, die immer Veranlassung gewesen ist, daß die deutsche Politik nicht ohne europäische Einmischung, man kann auch sagen nicht ohne



Clemenceau, Wilson und Lloyd George legten bei den Friedensverhandlungen von Versailles den Keim für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.



Josef Stalin schüttelte nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts dem deutschen Außenminister von Ribbentrop die Hand, plante aber hinterrücks einen Angriff auf das Deutsche Reich.

Deutschland

Die »Deutsche Karte« im »Spiel der Mächte«

ein Zusammenwirken mit europäischen Mächten und Strömungen möglich gewesen ist: Deutschland als das Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten ... Das zweite war die unglückliche Größe der deutschen Nation. Sie war zahlenmäßig größer und angesichts ihrer technischen und geistigen Intelligenz daher auch stärker als jede andere europäische Nation, als die englische, die französische, die spanische und die italienische. Nur Rußland war noch größer, aber Rußland war weit entfernt und durch besondere Umstände geschwächt...«

Dieses Deutschland wurde zum Kernland des abendländischen Reiches Karl des Großen, des »Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation«, der Reformation, des 30jährigen Krieges, der großen Geistesbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts sowie zum Schlachtfeld zweier Weltkriege, durch die es wieder zur Spielkarte der europäischen und der Weltpolitik wurde. Das ist für uns Deutsche eine Herausforderung, das »Blatt« selbst wieder in die Hand zu nehmen, um die »Deutsche Karte« selbst spielen zu können!

Das Volk der Deutschen inmitten europäischer Völker

Mittellagebedingt ist und bleibt das große Volk der Deutschen den anderen Völkern Europas schicksalhaft und untrennbar verbunden: Mit den Völkern des Nordens im Bewußtsein gemeinsamer Herkunft und Abstammung, mit den Völkern des Westens in alter und vielfältiger Stammverwandtschaft der Angeln, Sachsen und Franken, mit den Völkern des Südens noch im Banne der übernationalen Reichsidee und des damit verbundenen Kaisertums, des ausstrahlenden Christentums und der zentralen Bedeutung Roms sowie auch der Anziehungskraft der sonnenerfüllten Landschaften, und mit den Völkern des Ostens durch das das letzte Jahrtausend erfüllende Hin- und Zurückfluten von Siedlungsströmen, durch Rechtseinflüsse, Christianisierungsmaßnahmen, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen sowie durch geistig-politische Auseinandersetzungen, die in unserer Zeit am Ende des Zweiten Weltkrieges mit der völkerrechtswidrigen und unverjährbaren Menschenrechtsverletzung der Vertreibung der Deutschen ostwärts von Oder und Neiße und des Böhmerwaldes eine vorerst abrupte Beendigung erfuhren.

Dieses deutsche Volk ist keine natürlich, sondern eine geschichtlich gewordene Einheit, die durch das Zusammenführen der Stämme der Sachsen und Franken, der Schwaben, Lothringer und Bayern sowie der Thüringer und Friesen ihren Anfang nahm. Diese deutschen Stämme bestanden schon vor dem Zusammenschluß zum deutschen Volk und haben ihren Einfluß auf die Geschicke von Volk, Raum und Staat bis auf den heutigen Tag nicht verloren. Im Falle der Loslösung von Teilen vom Volksganzen wurden sie wiederum zu Trägern neuer europäischer Staaten, was auch die mannigfache Verbundenheit des deutschen Kernvolkes mit den anderen Völkern Europas unterstreicht.

Populistisch ausgedrückt, läßt sich die enge Verwobenheit der Deutschen mit den anderen europäischen Völkern auch so darstellen, daß es in Europa weder Kochbücher, Gesangbücher noch Fürstenhäuser gibt, in denen nicht auch deutsche Gerichte, Lieder oder Angehörige deutscher Fürstenhäuser anzutreffen sind und so ebenfalls umgekehrt. Die Vielfalt der Regionen und Stämme erklärt vielleicht auch, warum die Bezeichnung »Deutschland« für dieses Land in der Mitte die einzige in Europa ist, die nicht auf einen älteren Landesnamen oder Stammesnamen zurückgeht, sondern seit der Einigung der germanischen Stämme durch Karl den Großen von einer reinen Sprachbezeichnung zu einer Bezeichnung deutschsprechender Menschen und dann erst zu einer Bezeichnung der Lande wurde, in denen deutschsprechende Menschen leben: zu Deutschland!

Der besondere Charakter Deutschlands als Mittelland Eu-



Die »großen Drei« von Jalta, von links: Churchill, Roosevelt und Stalin, sind für die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen verantwortlich, von denen zwei Millionen auf der Flucht starben.



Vergeßliche und Unwissende verdrängen den entsetzlichen Holocaust an den Deutschen in Dresden.

Abendlandes und die Unfähigkeit, aus der Geschichte zu lernen, hat in Bruderkriegen dazu geführt, daß die stabile Mitte Europas gefährdet ist.

Das Herz Europas ist krank. Es muß im Interesse aller europäischen Völker liegen, daß ihr Herz Deutschland wieder gesund wird. Ohne ein gesundes Herz bleibt auch der Körper, bleibt auch Europa schwach, krank und anfällig. Nur Arroganz kann hierfür den Blick verstellen. Ohne die Einheit Deutschlands wird es keine Zukunft für Europa geben. Wann wird man das begreifen?



Am 7. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Jodl in einem Schulhaus in Reims die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation.

ropas zeigt sich auch darin, daß alle geographischen Gegebenheiten – ob Inseln, Halbinseln, Flußmündungen, Küstenformen und Landschaften der norddeutschen und zugleich nordeuropäischen Tiefebene, ob Formen und Ausgestaltungen der Mittelgebirgslandschaften oder Hochgebirgsregionen – in diesem mitteleuropäischen Raum vertreten sind.

Die Vielfalt europäischer Landschaftsformen war Grundlage für das bunte Bild kultureller Lebensformen und für die Gemeinsamkeit und Einheit in der Vielfalt des europäischen Abendlandes.

Dieses Kernland Europas war niemals Grenze, sondern immer Mitte mit großer Ausstrahlung nach allen Seiten und ebenso großer Anziehungskraft für alle angrenzenden Länder und Völker.

Durch die Mittellage hatte es immer viele Nachbarn und wechselseitige Beziehungen sowie Probleme in allen Richtungen und aus allen Richtungen. Es gab alle Formen sowohl der Auseinandersetzung als auch der guten Zusammenarbeit mit allen Nachbarn. Was in Deutschland geschah, betraf auch immer Europa, und was in Europa geschah, betraf und berührte auch stets Deutschland. Ob geographisch oder ethnographisch, ob kulturgeschichtlich oder geopolitisch, dieses Deutschland inmitten Europas ist und bleibt mit seinem wechselvollen Beziehungs- und Bindungsgeflecht zu den anderen europäischen Völkern das Herz Europas!



Die geschäftsführende Reichsregierung wurde am 23. Mai 1945 verhaftet und in einem Flugzeug nach Luxemburg in die Gefangenschaft der Alliierten gebracht.

Die besonderen Bedingungen der Mittellage und der Mittlerrolle Deutschlands und der Deutschen sind möglicherweise Grund dafür, daß im Vergleich mit den anderen europäischen Völkern die nationalstaatliche Entwicklung der Deutschen erst spät einsetzte und nur begrenzt möglich wurde. Deutschland als Herz Europas wurde immer wieder gehindert, seine staatliche Form zu finden. Die letzten drei Kriege finden hierin ihre eigentliche Erklärung. Mangelnde Sensibilität für die geschichtliche Entwicklung des europäischen

Deutschland – Objekt oder Subjekt in der Politik

Blickt man auf die mehr als 1200jährige Geschichte der Deutschen und ihre Bestrebungen zur Verwirklichung des Traumes vom Reich mit der Identität des geeinten deutschsprachigen Gesamtvolkes in einem alle umfassenden freiheitlichen Staatsgebilde als Reichsräson, dann fällt auf und wird erklärbar, warum die Geschichte Karl I. (2. 4. 742 – 28. 1. 814), Otto I. (23. 11. 912 – 7. 5. 973), Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (16. 11. 1620 – 9. 5. 1688) und Friedrich II. (24. 1. 1712 – 17. 8. 1786) mit dem Zusatztitel »der Große« besonders hervorgehoben hat.

Man kann auch den ersten Kanzler des Zweiten Deutschen Reiches, Otto von Bismarck, ihnen zurechnen. Sie alle dienten der Erfüllung des Traumes von der Einheit des deutschen Volkes in einem Reich in ihrer Zeit in jeweils besonderer Weise. Von diesen magischen Kräften des Traumes der Deutschen vom Reich sowie der Empörung der Deutschen über ihre Behandlung durch die Siegermächte am Ende des Ersten Weltkrieges wurde auch ein Adolf Hitler emporgetragen. Was diesen Traum der Deutschen vom Reich angeht, kann man mit Stalin sagen: »Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt bestehen.«

Mit diesem deutschen Volk bleibt auch der verständliche, begründete und sehnsüchtige Wunsch nach der Einheit des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Staat bestehen. Weder die pausenlosen Umerziehungsbemü-

Deutschland

Die »Deutsche Karte« im »Spiel der Mächte«

hungen der Siegermächte seit 1945 noch die unablässig veröffentlichte Anti-Deutschland-Meinung der Lizenzpresse und einiger politischer Parteien können bewirken, daß das deutsche Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und damit auf einen eigenen freiheitlichen Staat aufgeben wird.

Noch 1975 warnte Frau Professor Dr. E. Noelle-Neumann auf der Grundlage einer Jahresendumfrage Politiker vor deutschland- und europapolitischen Illusionen, indem sie feststellte: »Von den meisten wird die Schwerblütigkeit der Deutschen in diesem Fall unterschätzt. Die Bevölkerung hat ein ganz langes Gedächtnis. die großen historischen Bezüge sind ihr bewußt. Und aus diesem Bewußtsein heraus reagiert sie auch... Die Deutschen würden hellhörig werden, wenn sie den Eindruck bekämen, daß die Regierung in bezug auf den Osten irgend etwas rutschen läßt. Das würde sie alermieren.«

Man weiß, daß es kein einziges Stück Papier gibt, auf dem eine entgültige Entscheidung über die Zukunft Deutschlands festgeschrieben werden konnte. Auch die junge Generation nimmt dieses Wissen zunehmend und mit gewecktem Bewußtsein auf. Deutschland war im Laufe seiner Geschichte mehr Objekt als Subjekt in der Politik. Der Erfolg der großen historischen Leistungen seiner Einiger in den Reichsgründungs- und Reichsaufbauzeiten der ersten Jahrhunderte deutscher Geschichte konnte auf Dauer nicht gesichert werden. Deutschland wurde zunehmend Schachbrett und Schlachtfeld europäischer Interessen. Am Ende des 30jährigen Krieges, der die Bevölkerung in Deutschland von 24 Millionen auf acht Millionen zusammenschrumpfen ließ, wurde Deutschland 1648 durch den Frieden von Münster und Osnabrück, der letzten denkwürdigen Verfassungshandlung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, in einer auf Kosten der Deutschen gehenden europäischen Friedensordnung einem europäischen Regime unterstellt und zu völliger Ohnmacht verurteilt.



Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchill (von links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz 1945.



Eine Flüchtlingsfrau im zerstörten Berlin. Sie hat keine Schuhe an den Füßen, auf dem Rücken trägt sie ihre Habe.

Das war für die Deutschen in der Mitte Europas eine Herausforderung, die Brandenburg (der Große Kurfürst), Preußen (Friedrich der Große) und Deutschland (Otto von Bismarck) annahmen, um die zersprengte Mitte wieder zusammenzuführen. Die mächtigen Nachbarn Deutschlands waren nicht daran interessiert, eine staatlich organisierte Einheit in Europas Mitte zuzulassen. Der Historiker Heinrich von Treitschke beschreibt in seiner »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert« diesen Zustand vor dem Aufstieg Preußens mit den Worten: »Eine stille Verschwörung des gesamten Auslands hielt die Mitte des Festlands gebunden. Der politische Zustand aber, der dies schmähliche Sinken des deutschen Ansehens verschuldete, ward überall in der Welt als die feste Bürgschaft des europäischen Friedens gepriesen.«

Man kann ohne Bedenken feststellen, daß diese »stille Verschwörung« gegen die Einheitsbestrebungen Brandenburg-Preußen-Deutschlands in der Mitte Europas bis auf den heutigen Tag ohne Unterlaß anhält. Die Formel vom »Europäischen Gleichgewicht«, die man bei Lösungsversuchen der deutschen Frage berücksichtigen müsse und im Interesse des westlichen Bündnisses nicht gefährden dürfe, ist uns heute allzu bekannt.

Nach Churchills Memoiren ist dieses »europäische Gleichgewicht« seit 400 Jahren der Kern englischer Außenpolitik; und zynisch fügte er sein bekanntes Wort hinzu: »Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder potentiell dominierende Tyrann ist.« Am Tage der Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 sagte Churchill dann auch im englischen Rundfunk: »Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!«

Die Frage, ob Deutschland heute Objekt oder Subjekt der Politik ist oder ob die »Deutsche Karte« ein Blatt in einem »Deutschen Spiel« oder in einem »Spiel um Deutschland« ist, hat Professor Dr. M. Stürmer lapidar so beantwortet: »Die Deutsche Frage in der Geschichte war immer die Frage, wem Deutschland gehört, und wohin die Deutschen gehören. Weil aber Deutschland ein Mittelstück Europas ist, war die Deutsche Frage mit dem europäischen Interesse stets aufs engste verbunden. Sie war, durch die europäische Geographie und das Gewicht Deutschlands bedingt, immer europäische Zentralfrage. 1945 war sie in den Händen der Sieger, und in ihren Händen allein!« □

Ozonloch

Ist das Geschäft des Jahrhunderts in Gefahr?

Helga Luisa Hass

»Impulse« und »Wirtschaftswoche« haben auf ein Taschenbuch aufmerksam gemacht, das auch in den USA erschienen und bei uns unter dem Titel »Ozonloch – das mißbrauchte Naturwunder« auf den Markt gekommen ist. Die Autoren, ein amerikanischer Geologe sowie ein deutscher Physiker und Mathematiker, präsentieren – nach offenbar gründlichen Recherchen – nachfolgende Fakten.

Ozonloch-Grusel-Theorien über die angeblich immer dünner werdende Ozonschicht, die angeblich drohende Hautkrebsgefahr durch angeblich immer mehr UV-Strahlen, die wiederum angeblich immer mehr Tote fordern und dadurch Horror-Visionen unter den Menschen auslösen, werden laut den Autoren inszeniert, um in erster Linie das FCKW-Verbot weltweit durchzusetzen. Und das »nur«, weil führende FCKW-Hersteller bereits ihre neuen Patente für erheblich teurere Ersatzstoffe vorliegen haben. Die unnötigen Ersatzstoffe sollen jährlich laut Autoren zwischen drei und fünf Billionen Dollar an Kosten verursachen, die die Weltbevölkerung aufbringen muß. Und gerade das können nicht alle Regierungen und nicht alle Menschen. Laut Aussagen in Kapitel XI werden darum möglicherweise 20 bis 40 Millionen Menschen sterben müssen –.

Die Geschichte mit dem Chlor

FCKW-Gase schädigen weder irgendwelche Lebewesen noch deren Umwelt. Sie fressen auch nicht an der Ozonschicht herum, weil Chlorverbindungen nicht in deren Höhen gelangen können, da diese vier- bis achtmal so schwer seien wie Moleküle der Luft. Und obwohl angeblich Hunderte von Millionen Dollar an Forschungsgeldern dafür ausgegeben wurden, konnte in der Stratosphäre die Aufspaltung von FCKWs durch kurzwellige UV-Strahlung nicht nachgewiesen werden.

Die Jahresproduktion von FCKWs wird derzeit auf etwa 1,1 Millionen Tonnen geschätzt. Darin sind etwa 750000 Tonnen Chlor enthalten. Diese sollen die Ozonschicht zerstören und für eine angebliche Hautkrebszunahme verantwortlich zeichnen. Wenn das so wäre, stellen die Autoren die berechtigte Frage, würde dann die Erde in ihrer jetzigen Form überhaupt bestehen?

Die riesigen, aktiven Vulkane

Mehr als 600000 Tonnen Chlor werden jährlich durch die Meerwasserverdunstung der Ozeane an die Atmosphäre abgegeben. Zudem bringen die ständig aus Vulkanen aufsteigenden Gase jährlich mehr als 36000000 Tonnen Chlorgase in die Atmosphäre. Besonders starke Vulkanausbrüche schleudern diese Gase sogar direkt in die Stratosphäre hinauf.

An der Antarktis, wo sich das Naturwunder Ozonloch befindet, wird eine 50 bis 60 mal höhere Chlorkonzentration als in der restlichen Welt gemessen. Warum ist das so? Offenbar, weil die Meßstation im McMurdo-Sund – das ist der Ort, von dem aus die »berühmten« Messungen der Chlorkonzentration in der Antarktis vorgenommen werden – nur ungefähr 15 km entfernt ist von dem riesigen, aktiven Vulkan Mount Erebus, der seit mehr als 140 Jahren ununterbrochen aktiv ist und täglich mehr als 1000 Tonnen Chlor in die Atmosphäre schleudern soll. Berücksichtigt man alle weiteren Vulkanausbrüche und geht von der Hypothese aus, daß die Ozonzerstörung durch Chlor wahr wäre, würde wahrscheinlich Leben auf diesem Planeten schon immer unmöglich gewesen sein.

Statt Meßdaten Computermodelle

Zu der Frage, ob durch den herrschenden Vulkanismus eventuell andere Gase die Ozonschicht zerstören können, verweisen die Autoren auf Benjamin Franklin, der im Sommer 1783 eine Verminderung der Sonnenintensität beobachtet und die Hypothese aufgestellt hatte, daß durch den damaligen Ausbruch des Laki-Kraters in Island das Sonnenlicht blokkiert wurde, es im Sommer kalt und im darauffolgenden Winter noch kälter wurde als üblich.

Das Ozonloch seit 30 Jahren bekannt

Am 15. März 1988 behauptete Autor Robert Watson vom Ozone Trends Panel auf einer Pressekonferenz in Washington, ohne wissenschaftlichen Beweis, die Ozonschicht hätte im Zeitraum zwischen 1969 und 1985 im Bereich der nördlichen Breiten um drei Prozent abgenommen.

Am 12. Februar 1988 hingegen hat der Forscher Joseph Scotto vom Nationalen Krebsinstitut der USA im Magazin »Science« publiziert, daß nachgewiesen sei, daß in den USA die UVB-Strahlung zwischen 1974 und 1985 nicht zugenommen, sondern abgenommen habe. Berücksichtigt wurden die Daten von acht Meßstationen in unterschiedlichen geografischen Breiten. Auch die Meßstation von Hawai, die völlig frei von städtischer Luftverschmutzung sei, zeigte in der vorgenannten Zeitspanne keinen Anstieg.

Laut den Autoren stützen sich die Vertreter der Ozonthese nicht auf reale Meßdaten, sondern auf Computermodelle, die jedoch ohne exakte Datenbasis wissenschaftlich wertlos sind. Die wilden Schwankungen der offiziellen Modellrechnungen dokumentieren die Nuztlosigkeit ihrer daraus abgeleiteten Vorhersagen.

Die Existenz des Ozonloches ist seit dreißig Jahren bekannt. Entdeckt wurde es durch ein britisches Forscherteam – Koordinator war Gordon Dobson. Nach ihm wurden dann auch die Meßeinheiten benannt, die die Ozonschicht-Dicke bestimmen. Die Messungen von 1956 und 1988 liegen identisch bei 250 Dobson.

Respekt vor einem Naturphänom

Die Autoren stellen fest, daß seriöse Atmosphärenforscher das Ozonloch als ein Naturphänomen respektieren, das nicht durch Menschenhand entstand und auch die Menschheit nicht gefährdet. Die Autoren analysieren weiterhin, daß der offenbar in diesem Fall übertriebene Ökologismus der Wissenschaft großen Schaden zugefügt und die Menschheit in Angst und Schrekken versetzt hat und dies noch weiterhin tut. Und zwar so lange, bis der Öffentlichkeit offengelegt wird, ob nun FCKWs schädlich oder unschädlich sind, ob diese den Ozon-Schutzmantel der Erde gefährden oder nicht, und daß die daraus folgenden, möglichen Konsequenzen nicht befürchtet werden müssen.

Wenn Sie die Neuerscheinung »Ozonloch« lesen, werden Sie im Kapitel XI darüber informiert, daß das unnötige FCKW-Verbot jährlich zwischen drei und fünf Billionen Dollar an Kosten verursachen wird, wer an dem Ozonloch-Horror-Szenarium gewinnt und wer verliert. Sie werden lesen, daß 20 bis 40 Millionen Menschen dem FCKW-Verbot zum Opfer fallen sollen, daß wir alle – mit Hilfe der Medien – lediglich Mittel zum Zweck sind. Für ganz andere Interessen. Für ethisch und moralisch zutiefst bedenkliche.

Vor diesen Karren muß man sich nicht spannen lassen, ohne die wissenschaftlichen Gegenstimmen geprüft zu haben. □

Banker-Journal

Russische Kommentatoren greifen IWF-Politik an

Nach einer Abstimmung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Rußland und 13 andere ehemalige Sowjetrepubliken als Mitglieder aufzunehmen, brachte die Tageszeitung »Komsomolskaja Prawda« zwei Angriffe auf den IWF.

Der Kolumnenschreiber S. Brilew verglich Rußlands Situation mit Lateinamerika, wo Gehorsamkeit gegenüber den Diktaten des IWF den Kontinent in »eine große Weide«, versklavt durch Schwankungen des Weltpreises für ihre Exporte, verwandelt hätten... Mit der gleichen Logik wird unser Land von der Gefahr bedroht, ein großes Ölfeld zu werden.«

IWF-Darlehen gehen in die Exportindustrien, berichtete er. »Und was ist, wenn die Importe die Exporte überschreiten, wie es Ende der siebziger Jahre in Chile geschah und heute bei uns geschieht? Dann werden wir mit unseren Exporterlösen zuerst die Auslandsschulden bezahlen, und zweitens werden wir ein neues Darlehen aufnehmen, um lebenswichtige Importe zu decken. In dieser Lage wuchsen Chiles Auslandsschulden in sieben bis acht Jahren von fünf Milliarden Dollar auf 20 Milliarden Dollar. An dieser Stelle raten die internationalen Finanzorganisationen gewöhnlich zur totalen Privatisierung und Verringerung der Ausgaben für soziale Zwecke – wie bereits durch mehrere kürzlich getroffene Regierungsentscheidungen vorausgesehen wird –.«

Brilew kommt zu folgender Schlußfolgerung: »Um kleinere Nachgiebigkeiten zu erzielen, muß man... regelmäßig die Auslandsschulden und Zinsen bezahlen, und vom IWF vorgeschlagene Maßnahmen in die Tat umsetzen. Sind wir wirklich vor amerikanischen Berechnungen gefeit, daß Rußland in wenigen Jahren in der gleichen Lage wie die lateinamerikanischen Länder sein werden.«

In einem zweiten Artikel wies V. Prokhwatilow auf den in Osteuropa, einschließlich Polen und »Jugoslawien, wo Bürgerkrieg ausbrach, nachdem die Regierung Markovic den Dinar stabilisierte«, angerichteten Schaden hin.

Er zitierte Professor E. Yasin, der kommentierte: »Die Durchführung der vom IWF empfohlenen Pläne bedeutet, daß ein konvertierbarer Rubel eingeführt wird, daß Rußlands Grenzen für westliche Güter durchlässig und die Preise auf Weltniveaus ansteigen werden. Und wer wird schon unseren Stahl zu Weltpreisen kaufen?« Eine von Yasin angeführte Studiengruppe sieht voraus, daß verzweifelte Fabrikdirektoren Millionen von Menschen auf die Straße setzen werden. □

Gericht behauptet Greenpeace habe gelogen

Ein Gericht in Oslo sprach den Filmproduzenten Magnus Gudmundsson in der Anklage wegen seines Filmes »Survival in the North« (»Überleben im Norden«), der Greenpeaces Lügenfeldzug gegen die Robbenjagd entlarvt, frei, heißt es in dem Bulletin von »Putting People First«. Einer der Punkte, den das Gericht herausfand, war, daß Greenpeace einige Meter Film in einem Anti-Robbenjagd-Streifen gefälscht hatte.

Gudmundsson wurde in allen sieben Anklagepunkten der Verleumdung freigesprochen. Das Gericht erkannte jedoch vier in seinem Film aufgeworfene Punkte, darunter die Stellungsnahme des dänischen Journalisten Lief Blaedel, daß Greenpeace »Schwindel und Betrug betreibt« für null und nichtig. Gudmundsson hat gegen diese vier Punkte Berufung eingelegt.

Greenpeace gab bekannt, man sei mit dem Urteil voll zufrieden, ob wohl das Gericht bestätigt habe, daß die Organisation wesentlich die Falschaussage gemacht hat, daß Jäger die Robben lebend abhäuten. □

Kanada gibt eingefrorene irakische Gelder frei

Die Torontoer Zeitung »Globe and Mail« berichtete, daß die kanadische Regierung zugestimmt habe, daß der Irak ein Drittel seiner eingefrorenen Vermögenswerte in Kanada erstattet bekommt, damit Global Ed-Med Supplies, eine kanadische Hilfsorganisation, Lebensmittel und Medikamente zum Gebrauch im Irak einkaufen kann.
Dr. Eric Hoskins, ein kanadischer Arzt und Mitglied von Canadian Ed-Med Supplies sagte, »die freigegebenen irakischen Gelder werden es ermöglichen, genug Babynahrung für 50.000 Kinder für drei Monate herbeizuschaffen, um die Sterblichkeitsziffer unter irakischen Kindern zu lindern«.

Der Korrespondent Ross Howard berichtet auch über die Bemühungen des Torontoer liberalen Parlamentsmitglieds, Dennis Mills, dessen kürzlich privat gemachter Vorschlag, irakisches Öl gegen libysches Bargeld zu tauschen, damit es zum Einkauf von Lebensmitteln und Medikamenten von kanadischen Firmen verwendet werden kann, vom kanadischen Außenministerium abgelehnt wurde.

»Mr. Mills sagte, er treffe sich an diesem Wochenende mit einem amerikanischen Geschäftsmann, der behauptet, ein drittes Land an der Hand zu haben, das bereit sei, irakisches Öl zu akzeptieren und die Zahlung in einer kanadischen Bank zu deponieren, wo es zum Einkauf von kanadischen Lebensmitteln für die Nothilfe an den Irak verwendet werden könne. Mr. Mills sagte, er habe Zusicherungen aus dem Irak bekommen, daß der Irak bereit sei, Bezahlung für sein Öl in Form von kanadischen Lebensmitteln entgegenzunehmen. Er sagte nicht, wie der Verkauf von irakischem Öl mit dem Embargo der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen ist.« □

Streit über Eisenbahnverbindung Hanoi-Peking

Ein Streitfall hat die Wiedereröffnung der Eisenbahnverbindung zwischen Hanoi und Peking verzögert, berichteten vietnamesische Regierungsbeamte. Vietnam klagte China der Verletzung seiner Souveränität durch die Unterzeichnung eines Vertrages mit einer amerikanischen Ölgesellschaft zur Ausbeutung eines Teils der umstrittenen Halbinsel Spratelyim Südchinesischen Meer an.

Die Straßengrenze wurde am 1. April 1992 offiziell wieder geöffnet, nachdem die beiden Länder im vergangenen November ihre Beziehungen normalisiert hatten. Die Vietnamesen hatten gehofft, daß die alte Eisenbahnverbindung mit Peking am 1. Juni 1992 wieder eröffnet würde. Jetzt berichten vietnamesische Grenzbeamte, daß sogar kleine Händler von Chinesen gehindert werden, die Grenze zu überschreiten, es sei denn ihre chinesischen Pendants halten sich an die Vereinbarungen über Zollformalitäten. Hauptmann Tran Van Thong, stellvertretender Leiter der Grenzstation am Freundschafts-Paß, meinte, am 13. Mai 1992 hätten chinesische Arbeiter damit begonnen, 500 Meter innerhalb vietnamesischen Territoriums einen Eisenbahn-Signalkasten zu errichten, und am 27. Mai hätten sie damit begonnen, die Straßenverbindung 200 Meter über die Stelle, die Vietnam als Grenze erachtet, hinaus neu zu bauen. Er sagte, Vietnam habe China gegenüber Protest eingelegt. □

Guerillas beginnen totalen Krieg in Kolumbien

Während die kolumbianische Regierung ihre »Friedensgespräche« mit den Terroristen weiterführt, verschärft sich der Bodenkrieg zwischen den Guerillas und der Armee von Tag zu Tag. Der

Leiter der Guerillagruppe FARC befahl seiner Bewegung, einen totalen Krieg zu führen, um die Eroberung seines Hauptquartiers im Departement Meta zu verhindern. Inzwischen wurden Pläne zur Sprengung einer der größten Kasernen der Armee im Lande entdeckt. Guerillas sabotierten wirtschaftliche Ziele in fünf Departements. Die ELN-Gruppe ermordete fünf Menschen, darunter vier Polizisten, schütteten Benzin über ihre Leichen und verbrannten sie.

Der Kommandeur von Kolumbiens bewaffneten Streitkräften, General Roca, gelobte, daß er den bewaffneten Aufstand bekämpfen werde, bis es ihm gelungen sei, die Kampffähigkeit der Führungsstrukturen der Guerillas auszuschalten.

Aber Präsident César Gavira untergrub diesen Vorstoß, und erklärte, der Sieg über die Terroristen sei nicht sein Ziel. Im Kielwasser eines großen Vorstoßes der Armee, um das Gebiet Uruba in Nordwest-Kolumbien von der FARC zu säubern, flog Gavira dorthin und hielt mehrere Reden, in denen er die Armee lobte. Aber er erklärte auch, daß der Zweck der militärischen Offensive nicht darin bestehe, die Guerillas zu besiegen, sondern »sie davon zu überzeugen, daß der einzig mögliche Weg politischer Natur ist, das die Aufgabe der Waffen und das Anstreben der politischen Macht auf friedlichen Wege beinhaltet«.

Der kolumbianische Senat billigte die Entsendung des Senatspräsidenten Carlos Espinoza nach Mexiko, um dort mit Führern der beiden Guerilla-Gruppen zusammenzutreffen. Und der stellvertretende Innenminister Héctor Riveros Serrato sagte, das Land wünsche einen Frieden, »in dem alle gewinnen«, »nicht den Staat durch Waffengewalt mittels militärischer Aktivitäten der Armee«. □

Der Club of Rome tagte in Japan

Der Club of Rome weihte in Japans Präfektur Fukuoka mit einer Versammlung von 300 Personen, der ersten regionalen Zusammenkunft, die jemals in Asien zusammentrat, seine neue Asia Division ein. Sechsundzwanzig Mitglieder des Clubs of Rome sprachen vor einem großen Publikum japanischer Akademiker und Regierungsbeamter. Die malthusianische Gruppierung ist wegen ihrer 1972 herausgekommenen Studie »The Limits of Growth« (»Die Grenzen des Wachstums«), eine der Bibeln der Weltumweltschützer und der bevölkerungsfeindlichen Bewegung, berüchtigt.

Der regionale Vorsitzende für Asien, Richard Diaz Hochleitner, sagte vor der Versammlung, daß »die rapide Zerstörung des Planeten und kontrollierte menschliche Entwicklung zum Einhalt gebracht werden müssen«.

Der ehemalige japanische Außenminister Saburo Okita, Vorsitzender des neuen Japan Club of Rome, hob in seiner Ansprache hervor, daß Japan die Ergebnisse des »Erd-Gipfel« in Rio de Janeiro, Brasilien, unterstützen werde. Okita gehört zu der Stanford University nahestehenden Gruppe, die Mitsubishi berühmten Global Infrastructure Fund (GIF) von einen Weltentwicklungsprogramm zu einen Think-Tank (Beraterstab) der Umweltschützer verlagerte. Er wurde kürzlich Japan-Leiter für das Washingtoner Economic Strategy Institute, das neue Sparpläne für die Vereinigten Staaten ausarbeitet. □

Japan kommt an erster Stelle in der Produktion

Japan wird bis spätestens Mitte der neunziger Jahre als Hersteller Nummer eins der Welt an die Stelle der Vereinigten Staaten treten, sagte ein Wirtschaftswissenschaftler einer deutschen Bank vor dem Joint Economic Committee des amerikanischen Kongresses. »Sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, rechne ich damit, daß Japan bis spätestens Mitte der neunziger Jahre zur Macht Nummer eins in der Weltproduktion und die Vereinigten Staaten im kommenden Jahrzehnt als größte Wirtschaft der Welt überrunden wird«, äußerte Kenneth Courtis, ein erfahrener Wirtschaftswissenschaftler der asiatischen Abteilung für Kapitalmärkte der Deutschen Bank.

Japan baut seit 1980 seine wirtschaftliche Schneidkante durch höhere Investitionen als die Vereinigten Staaten in neue Anlagen und Ausrüstung, mit steigender Tendenz, aus, so Courtis. »Gemessen an einer Pro-Kopf-Grundlage, gewinnt die Investitionslücke ihre volle, kritische Bedeutung.« Japan investierte 1991 5320 Dollar pro Kopf, während Amerika 2 177 Dollar investierte, sagte er. »Gemessen auf der Grundlage der Gesamtbevölkerung bedeutet dies, daß die Investitionslücke 1991 den gewaltigen Betrag von 794 Milliarden Dollar ausmachte.«

Japans Gesamtinvestitionen in Anlagen und Ausrüstungen auf dem Privatsektor von 1986 bis Ende des vergangenen Jahres gingen über vier Billiarden Dollar hinaus, und weitere 500 Milliarden Dollar gingen in Forschung und Entwicklung, verkündete Courtis. □

Die US-Lohnskala bricht zusammen

Ein monatelang von amerikanischen Census Bureau zurückgehaltener Bericht zeigt, daß die Lohnskala der amerikanischen Bevölkerung gefallen ist, während die »Dienstleistungsindustrie« expandiert hat. 1979 bezogen etwa 12 Prozent der Ganztagsarbeiter des Landes das, was das Statistische Bundesamt als niedrige Jahreseinkommen charakterisierte. 1990 war diese Zahl auf 18 Prozent gestiegen, schreibt die »Washington Post«.

Aus der Studie geht auch hervor, daß in dem Jahrzehnt von 1964 bis 1974 niedrig bezahlte Ganztagsarbeiter einen kleiner werdenden Prozentsatz der Arbeitskräfte in den USA ausmachten und ihre Zahl sich von 1974 bis 1979 auf 12 Prozent stabilisierte. Sie ergab weiterhin, daß der Anteil der das ganze Jahr hindurch arbeitenden Ganztagsarbeiter, die das bezogen, was die Studie niedrige Löhne nannte, 1990 auf 18 Prozent gesprungen war.

Nach einer Studie des der AFL-CIO nahestehenden Economic Policy Institute fielen die Löhne der amerikanischen Arbeiter in den achtziger Jahren um 7,3 Prozent. Ein Arbeiter, der 1979, gemessen am Dollar des Jahres 1991, einen Stundenlohn von 10,23 Dollar hatte, verdiente 1991 nur 9,48 Dollar. 1989, vor der derzeitigen sogenannten Rezession, waren die Löhne bereits um fünf Prozent auf 9,73 Dollar gefallen, und sie gingen 1991 um weitere 2,5 Prozent zurück.

Die Studie bezieht sich offensichtlich auf einen Durchschnitt für die Gesamtzahl der Arbeitskräfte. Der Rückgang ist daher teilweise ein Maßstab für die Verlagerung von Arbeitsplätzen zu den niedriger bezahlten »Dienstleistungsindustrien« hin. □

Kritik an der Bevölkerungsregelung

Die Interessengruppe für Bevölkerungsregelung vertreten die Weltanschauung der Gnostiker und der Manichäer, schrieb Christopher Derrick in der Londoner »Times«. Derrick beantwortete damit einen früheren Brief an die »Times«, in dem festgestellt wurde: »Es herrscht eine erkennbare Spannung zwischen dem katholischen Glauben und dem ganzen Gedanken der Bevölkerungsregelung.«

Derrick schrieb: »Aber dies betrifft nicht nur die Empfängnisverhütung und die anderen spezifischen Begriffe der persönlichen Moral. Es geht viel tiefer als diese. Wozu sind die Menschen da? Hinter all dem Gerede über die Begrenzung der Anzahl der Menschen lauert ein unausgesprochenes Werturteil: ›Es ist irgendwie besser, überhaupt nicht geboren zu werden, als in eine Existenz unausweichlich geringer Qualität hineingeboren zu werden.‹ ›Geringe Qualität‹, das heißt nach den heutigen Maßstäben des wohlhabenden Westens gemessen.«

Bilderberg-Treffen

Die geheime Liste der Teilnehmer am Bilderberg-Treffen im französischen Evian 1992

James P. Tucker

Wie die offizielle Liste der Teilnehmer an der geheimen und exklusiven Bilderberg-Konferenz demonstriert, stellen diejenigen, die zu dieser mächtigen Versammlung eingeladen wurden, nichts weniger als die herrschende Schicht der Welt dar. Nicht nur bedeutende Persönlichkeiten aus der Finanzwelt, der Industrie, der Diplomatie, der Arbeitswelt und des Medien- und Kommunikationswesens, sondern auch eine Handvoll qualifizierter Vertreter der Monarchien befinden sich unter den Teilnehmern der Sitzung.

Interessanterweise enthält diese Liste nicht die Namen der annähernd 100 Gäste aus Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Es gehört zur Praxis der Bilderberger, heikle Namen aus den veröffentlichten Anwesenheitslisten herauszuhalten, die selbst streng geheimgehalten werden.

Prominente Politiker aus einer Reihe westlicher Länder wurden auch in den Klub eingeführt, darunter Carl Bildt, der Ministerpräsident von Schweden, Ruud F. M. Lubbers, Ministerpräsident der Niederlande und David Oddson, Ministerpräsident von Island.

Die Medien waren ebenfalls hervorragend vertreten: Deutschlands »Die Zeit«, Kanadas »Daily Telegraph« und »Globe and Mail«, die Zeitschrift »Canadian Business«, Dänemarks »Berlingske Tidende«, Italiens »La Stampa«, Frankreichs »Le Figaro« und »U.S. News & World Report« und Dow Jones, Herausgeber des »Wall Street Journal«.

FINAL LIST OF PARTICIPANTS
BILDERBERG MEETING
Evian-les-Bains, France
May 21-24, 1992

Chairman—Lord Peter Carrington—chairman of the board, Christie's International plc; former secretary-general, NATO.
Honorary Secretary-General for Europe and Canada—Victor Halberstadt—professor of public economics, Leiden University.
Honorary Secretary-General for U.S.A.—Theodore L. Eliot Jr.—dean emeritus, the Fletcher School of Law & Diplomacy; former U.S. ambassador.
(Listed alphabetically by country [abbr.] name and title or position.—Ed.)
I—Giovanni Agnelli—chairman, Fiat SpA.
USA—Paul A. Allaire—chairman, Xerox Corporation.
USA—Dwayne O. Andreas—chairman, Archer-Daniels-Midland Co., Inc.
F—Bernard Arnault—chairman of the management board, LVMH.
S—Anders Aslund—professor and director, Institute of East European Economics, Stockholm School of Economics.
USA—George W. Ball—former under secretary of state.
P—Francisco Pinto Balsemao—chairman, Sojornal sarl; former prime minister.
S—Percy Barnevik—president and CEO, ABB Asea Brown Boveri Ltd.
P—Antonio Barreto—professor of sociology, University of Lisbon; former minister of agriculture.
USA—Lloyd M. Bentsen—U.S. senator (D-Texas).
F—Pierre Beregovoy—prime minister.
D—Christoph Bertram—diplomatic correspondent, *Die Zeit*.
NL—Ernst H. van der Beugel—emeritus professor of international relations, Leiden University; former honorary secretary general of Bilderberg meetings for Europe and Canada.
TR—Selahattin Beyazit—director of companies.
D—Kurt Biedenkopf—prime minister of Saxony.
S—Carl Bildt—prime minister.
USA—James H. Billington—Librarian of Congress.
CDN—Conrad M. Black—chairman, the *Daily Telegraph* plc.
NL—Maarten C. Brands—professor of modern and theoretical history, University of Amsterdam.
D—Birgit Breuel—chairman of the board, Treuhandanstalt.
GB—Leon Brittan—vice president of the European Commission.
P—Roberto Carneiro—former minister of education; consultant to the World Bank.
GR—Costa Carras—director of companies.
E—Jaime Carvajal Urquijo—chairman and general manager, Iberfomento.
USA—John H. Chafee—U.S. senator (R-R.I.).
F—Bertrand Collomb—chairman and executive officer, Lafarge Coppee.
USA—Kenneth W. Dam—vice president, Law and External Relations, IBM Corp.; former deputy secretary of state.
B—Etienne Davignon—chairman, Societe Generale de Belgique; former vice chairman of the Commission of European Communities.
USA—Robert A. Day—chairman, Trust Company of the West.
DK—Aage Deleuran—editor-in-chief, *Berlingske Tidende*.
CDN—Marie-Josee Drouin—executive director, Hudson Institute of Canada.
INT—Arthur Dunkel—director general, General Agreement on Tariffs and Trade.
USA—William T. Esrey—chairman and CEO, Sprint.
F—Loik Le Floch-Prigent—chairman, Societe Nationale Elf—Aquitaine.
USA—Richard M. Furlaud—director, Bristol-Myers Squibb Co.
INT—John R. Galvin—Supreme Allied Commander Europe, SHAPE.
USA—David R. Gergen—editor-at-large, *U.S. News and World Report*.
TR—Emre Gonensay—chief adviser to the prime minister.
B—John J. Boossens—managing director, Alcatel Bell.
GB—Ronald H. Grierson—former vice chairman, General Electric Co.
GB—Lord Griffiths of Florestfach—adviser, Goldman Sachs International . former head of Prime Minister's Policy Unit.

Keines dieser Blätter hat auch nur ein Wort über die Vorgänge verlauten lassen.

Die Kontrolleure hinter den großen Medien – die mächtigen Finanzinteressen – waren wie üblich auf der jüngsten Bilderberg-Sitzung gut vertreten.

Anführer der Meute war David Rockefeller aus dem Chase-Manhattan-Imperium. Lord Roll of Ipsden von der S. G. Warburg Group war zur Stelle, zusammen mit Rockefellers ehemaligem Assistenten bei der Chase Manhattan Bank, Paul Volcker – leitete später das Federal Reserve Board in den Vereinigten Staaten –.

Königin Beatrix der Niederlande, eine der reichsten Frauen der Welt, nahm ebenso teil wie eine andere Königin, Sophia von Spanien. Ein weiteres Mitglied des weltweiten »Königtums« nahm auch an der Sitzung teil: Prinz Philippe von Belgien.

Weitgereiste amerikanische Diplomaten, wie der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, ein langjähriger regelmäßiger Teilnehmer an der Bilderberg-Sitzung und Rockefeller-Kriecher, tauchten wie üblich auf, ebenso wie der ehemalige Staatssekretär Phi Habib – der nach seiner Teilnahme an der Sitzung tot umfiel – und ein weiterer ehemaliger amerikanischer Staatsekretär, George W. Ball.

Das Großgeschäft hatte ebenfalls seine Vertreter dort. Darunter befanden sich: Xerox, IBM, Archer-Daniels-Midlans (das Getreidekartell), Sprint (das mächtige Haus für Fernverbindungen) und General Electric. Dwayne Andreas, Leiter des Getreidekartells, ist mit seiner Eigenschaft, die Preise festsetzen, um die Weltnahrungsmittelproduktion beeinflussen zu können, persönlich für den Tod vieler Familienfarmen in den USA verantwortlich.

Einige Arbeiterführer waren ebenfalls anwesend, aber sie konnten unmöglich die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, die sie vorgeblich vertraten, da einer der Hauptziele der Bilderberg-Gruppe darin besteht, weltweit den Freihandel einzuführen, die die Gewerkschaften ebenso sicher zerstört wie die Industrien der Entwicklungswelt im Wett-

S—Sten Gustafsson—chairman of the board of directors, AB Astra.
USA—Philip C. Habib—senior research fellow, Hoover Institution; former under secretary of state.
GB—Denis W. Healey—former defense secretary and finance minister.
N—Westye Hoegh—shipowner, Leif Hoegh & Co. AS.
USA—Karen Elliott House—vice president/international, Dow Jones & Co., Inc.
SF—Jaakko Iloniemi—managing director, Centre for Finnish Business and Policy Studies; former ambassador to the United States.
F—Phillippe Jaffre—chief executive officer, Credit Agricole.
A—Peter Jankowitsch—member of Parliament; former foreign minister.
USA—Vernon E. Jordan Jr., partner, Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld (attorneys at law), former president, National Urban League.
B—Paul de Keersmaeker—former minister of European affairs.
F—Claude de Kemoularia—senior adviser, Groupe Paribzas; former chief representative to the UN.
USA—Donald M. Kendall—former chairman and CEO, Pepsico, Inc.
USA—Henry A. Kissinger—former secretary of state; chairman, Kissinger Associates, Inc.
GB—Andrew Knight—executive chairman, News International Plc.
SF—Jarl Kohler—president, Central Association of Finnish Forest Industries.
INT—Max Kohnstamm—former secretary general, Action Committee for Europe; former president, European University Institute.
D—Hilmar Kopper—spokesman of the board of managing directors, Deutsche Bank A.G.
NL—Pieter Korteweg—president and CEO of the Robeco Group; honorary treasurer of Bilderberg meetings.
CH—Alex Kraur—chairman and managing director, Ciba-Geigy Ltd.
USA—Henry R. Kravis—founding partner, Kohlberg Kravis Roberts & Co.
F—Marc Ladreit de Lacharriere—chairman, FIMILAC.
F—Philippe Lagayette—first deputy governor, Banque de France.
INT—Alexandre Lamfalussy—general manager, Bank for International Settlements.
F—Andre Levy-Lang—chairman of the board of managers, Paribas.
NL—Ruud F.M. Lubbers—prime minister.
CDN—Roy MacLaren—president, CB Media Ltd.; publisher, *Canadian Business;* member of Parliament; former minister of state (finance).
I—Claudio Martelli—deputy prime minister and minister of justice.
USA—Philip L. Martin—professor of agricultural economics, University of California at Davis.
USA—Charles Mathias—partner, Jones, Day, Reavis & Pogue; former U.S. senator (R-Md.).
CH—Helmut O. Maucher—chairman and CEO, Nestle S.A.
IRL—Michael McDowell—chairman of the Progressive Democrat Party.
F—Thierry de Montbrial—director, French Institute of International Relations; professor of economics, Ecole Polytechnique.
I—Mario Monti—rector and professor of economics, Bocconi University, Milan.
F—Pierre Morel—diplomatic adviser, presidency of the republic.
A—Heinrich Neisser—chairman, Parliamentary Group of the Austrian People's Party (OVP) in the Austrian National Assembly.
NL—H.M. the queen of the Netherlands (Beatrix).
ICE—David Oddsson—prime minister.
CDN—James Pattison—chairman, president and CEO, Jim Pattison Group Inc.
USA—Claiborne Pell—U.S. senator (D-R.I.).
CH—David de Pury—chairman of the board of BBC Brown Boveri Ltd. and co-chairman of ABB Asea Brown Boveri Group.
E—Rodrigo de Rato Figaredo—parliamentary leader of the Minority Group (Partido Popular).
D—Wolfgang Reitzle—member of the board, BMW AG.
F—Antoine Riboud—chairman, Societe BSN, Gervais Danone.
USA—Rozanne L. Ridgway—president, the Atlantic Council of the U.S.
USA—David Rockefeller, chairman, Chase Manhattan Bank International Advisory Committee.

Bilderberg-Treffen

Die geheime Liste der Teilnehmer am Bilderberg-Treffen im französischen Evian 1992

streit mit Arbeitskräftequoten der Dritten Welt. Zu ihnen gehörten Lynn Williams, internationaler Präsident der United Steelworkers of Amerika und Jack Sheinkman, Präsident der Amalgamated Clothing and Textile Workers Union.

Es nahm auch zumindest eine Scheinminderheit an der Sitzung teil. Vernon Jordan, ehemaliger Präsident der National Urban League und langjährige bevorzugte »Hausminderheit« des internationalen Establishments.

Einige Witzbolde suggerierten sogar, daß Jordan tatsächlich als Kammerdiener von Robert Strauss, US-Botschafter für die Russische Förderation, der auch zur Stelle war, teilnahm. Jordan ist zufällig Anwalt in Strauss' Anwaltspraxis.

Wie üblich kamen auch einige »Gelehrte« zur Bilderberg-Sitzung. Philip L. Martin, Professor für Agrarwirtschaft an der University of California in Davis; Mario Monti, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität von Amsterdam.

Das diesjährige Bilderberg-Ereignis hatte also einen breiten Teilnehmerkreis, und alle Teilnehmer hatten zumindest eines gemeinsam: Ungeachtet ihrer jeweiligen weitreichenden Vorgeschichte wurde jeder von ihnen zur Geheimhaltung über die Ereignisse auf der hinter verschlossenen und bewachten Türen stattfindenden Konferenz eingeschworen. Ihre Loyalitäten galten, wie üblich, dem Streben der Bilderberger nach einer Eine-Welt-Regierung, wobei sie selbst und nicht ihre jeweiligen Länder das Steuer in der Hand haben. □

GB—Lord Roll of Ipsden, president, S.G. Warburg Group Plc.
I—Sergio Romano—columnist in *La Stampa;* former ambassador of Italy to the USSR.
I—Renato Ruggiero—member of the board, Fiat SpA.
D—Volker Ruhe—minister of defense.
GR—Andonis Samaras—former minister of foreign affairs.
F—Michael Sapin—minister of economy and finance.
A—Rudolf Scholten—federal minister for education and culture.
F—Ernest-Antoine Seilliere—chairman, Compagnie Generale d'Industrie et de Participation.
E—Narcis Serra i Serra—deputy prime minister of the Spanish government.
USA—Jack Sheinkman—president, Amalgamated Clothing and Textile Workers Union AFL-CIO-CLC.
USA—Sally A. Shelton—senior fellow, Georgetown University; former U.S. ambassador to Grenada and the Eastern Caribbean.
CDN—Jeffrey Simpson—national affairs columnist, the *Globe and Mail.*
D—Theo Sommer—editor-in-chief, *Die Zeit.*
E—H.M. the queen of Spain (Sophia).
CDN—Norman Spector—former chief of staff, office of the prime minister.
INT—Helga Steeg—executive director, International Energy Agency.
USA—Robert S. Strauss—U.S. ambassador to the Russian Federation.
SF—Ulf L. Sundqvist—chairman, Social Democratic Party.
IRL-Peter D. Sutherland—former member, Commission of the European Communities; chairman, Allied Irish Banks Plc.
F—Jacques Toubon—member of Parliament; former general secretary of the RPR.
GR—Loukas Tsoukalis—Jean Monnet professor, University of Athens; president, Hellenic Centre for European Studies (EKEM).
F—Hubert Vedrine—secretary general and spokesman, presidency of the republic.
F—Philippe Villin—vice president, *Figaro.*
USA—Paul A. Volcker—chairman, James D. Wolfensohn, Inc.; former chairman, Board of Governors of the Federal Reserve System.
GB—Lord Weidenfeld—publisher.
N—Niels Werring Jr.—chairman of the board, Wilh. Wilhelmsen Ltd. A/S.
USA—John C. Whitehead—chairman, AEA Investors, Inc.; former deputy secretary of state.
DK—Nils Wilhjelm—managing director, the Industrial Mortgage Fund; former minister of industry.
USA—Lynn R. Williams—international president, United Steelworkers of America.
USA—James D. Wolfensohn—president, James D. Wolfensohn, Inc.
D—Otto Wolff von Amerongen—chairman and CEO, Otto Wolff Industrieberatung und Beteiligungen GmbH.
INT—Manfred Worner—secretary-general of NATO.
I—Paolo Zannoni—vice president for international activities; representative for Fiat SpA in the Russian Federation.

OBSERVER

B—HRH Prince Philippe.

RAPPORTEUR

USA—Grant F. Winthrop—partner, Milbank Wilson Winthrop, Inc.
USA—Alice Victor.

IN ATTENDANCE

NL—Maja Banck—executive secretary, Bilderberg meetings.
F—Felicia Cavasse—LPF Communication; local organizer, 1992.
GR—Stephen Farrant—managing director, Newsfront Naftiliaki; local organizer, 1993.
USA—Charles Muller—president, Murden and Co.; adviser, American Friends of Bilderberg, Inc.

LIST OF ABBREVIATIONS

A=Austria; B=Belgium; CDN=Canada; CH=Switzerland; D=Germany; DK=Denmark; E=Spain; F=France; GB=Great Britain; GR=Greece; I=Italy; ICE=Iceland; INT—International; IRL=Ireland; N=Norway; NL=Netherlands; P=Portugal; S=Sweden; SF=Finland; TR=Turkey; and USA=United States of America.

Die neue Weltordnung

Zweiter Teil und Schluß

Andreas R. Wesserle

»Wir haben den Feind getroffen, und er ist wir.« Heute, in einer begrenzten, aber technologisierten Welt, in der ein Mangel an menschlichen Hilfsmitteln – das heißt »Herz«, »Verstand«, »Gehirn«, »Mut« – hinter einer rapide profilierenden Einkaufsliste von »Zielen«, geschaffen durch den vom Willen zur absoluten Macht getriebenen analytischen Verstand, herjagt, ist es die erste Pflicht der öffentlichen Moral, aktiv in das sich daraus ergebende »Chaos«, in die Ökonomie der Kräfte, einzugreifen, um die Wertprioritäten der menschlichen Verfassung und der natürlichen Ökologie zu bewahren und zu verbessern.

Der erste menschliche Wert, den es zu bewahren gilt, ist Freiheit, die Fähigkeit, vernünftig aus einer fast unbegrenzten Menge des Guten und des Bösen auszuwählen. Ich schreibe dies ungeachtet der Exzesse der »Zügellosigkeit«, in der man während solcher Ereignisse wie die Französische Revolution von 1789 schwelgte. In einer von dem militärisch industriellen Komplex beherrschten Welt ist Freiheit der erste Wert, der verschwindet. Dort ist sie auch die wichtigste menschliche Eigenschaft, denn nur Freiheit verleiht uns die Macht, aus den culs-de-sac einer solchen Gesellschaft herauszukommen: Größenwahn, Totalitarismus, interner und externer Krieg und jene Art von Verknöcherung, die in Oswald Spenglers »Der Untergang des Abendlandes« beschrieben wird.

Gemeinwohl geht vor Eigennutz

Freiheit hat ihre familienbezogenen, gruppenbezogenen und individuellen – ebenso wie nationalen, völkischen und internationalen – Dimensionen. Alle sind zusammenhängend und miteinander verflochten. Heute, wie nie zuvor in der Geschichte, schweben alle unsere Freiheiten in Gefahr, durch den technologisierten Garnisonsstaat mit seinen universalen Ansprüchen – vielleicht als »Neue Weltordnung« der Vereinten Nationen getarnt – vom Antlitz der Erde hinweggefegt zu werden. Anstatt bis kurz davor zu warten, bis eine Naturkatastrophe eintritt – so wie diejenige, die die Dinosaurier auslöschte –, sollten wir uns ein Herz fassen und nach folgenden Einsichten handeln:

»Gemeinwohl geht vor Eigennutz«, diese Maxime, geprägt, wenn auch nicht erfunden, von dem großen Organisator ländlicher Kooperativen, Raiffeisen, wenn sie richtig vom Grundsatz der Subsidiarität, das heißt des gesellschaftspolitischen Prinzips, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten – besonders der Staat – nur solche Aufgaben an sich ziehen dürfen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten – besonders die Familie – nicht in der Lage sind. Die Wirklichkeit der heutigen Plutokratie straft diese Maxime direkt Lügen. Die ziemlich eigenartige Art von Sozial-Darvinismus, wie er von Amerika und in Amerika und auch in Deutschland heute praktiziert wird, hat nur eine Folge: Die Brutalisierung der inländischen und internationalen Gesellschaft, ob hinter einer Fassade des auffallenden Konsums und der Resolutionen der »Vereinten Nationen«, oder nicht. Raiffeisens Gedanke gibt uns ein rechtzeitiges Gegenmittel.

Auch sollte das Wort: »Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk« nicht von der Erde verschwinden, sondern es kann und sollte wieder zum Leben erweckt werden.

Die Wahrheit aus Bequemlichkeit verdreht

Wie niemals zuvor in der Vergangenheit haben die Herren der Massen»kommunikationen« die Wahrheit zum Zweck leichter kommerzieller und politischer Beherrschbarkeit verdreht und unterwandert. Wir wissen im Gegensatz dazu, daß derjenige, der am lautesten »Haltet den Dieb« ruft, selbst der Dieb ist, daß diejenigen, die andere »schockierender« Missetaten bezichtigen, in Wahrheit körperlich, psychologisch, moralisch die schändlichsten Verbrechen in der Geschichte begangen haben. Sie sind die Töter des menschlichen Geistes, die Mörder der Freiheit. Sie sind die Versklaver. Tag für Tag streben sie danach, klischeehaft und stereotyp absolut zu herrschen.

Kurz gesagt: Öffentliche Moral sowie die mehr begrenzten sozialen, politischen und finanziellen Taten eines Gemeinwesens sollten eine Größere, eine moralische Ökonomie bilden.
Hat sich die amerikanische Regierung seit 1981 in diesem Sinne hervorgetan? Hat sie die grundlegende menschliche Notwendigkeit für eine Moralökonomie verstanden? Ganz bestimmt nicht.



Die ehemalige britische Premierministerin Thatcher war der ungute Geist, der Bush zum Krieg am Golf trieb.

Tatsächlich hat der ehemalige CIA-Chef und Verteidigungsminister James Schlesinger die »Reagonomics« (Wortspiel aus: Reagan und Economics) als »die steuerlich unverantwortlichste Politik in der Geschichte« bezeichnet – eine treffende Hyperbel für die meisten Bemühungen, im Inland oder im Ausland, der Reagan- und Bush-Jahre.

Internationalismus

Die Neue Weltordnung

Wir könnten uns nutzbringend an einige der »Höhepunkte« erinnern, da die katastrophale Auswirkung der Reagonomics auf das amerikanische Volk und auf die Welt noch auf Jahrzehnte hinaus spürbar sein wird.

Festgehalten in den Analen der Dekadenz

»Konventionelle« Korruption: Unter dem Aspekt der hunderte von Milliarden Dollar, die direkt oder versteckt dem amerikanischen Volk entwendet und abgeschwindelt wurden – ganz zu schweigen von den tausenden von Milliarden, die der Öffentlichkeit an der Wall Street und von Küste zu Küste kraft der Ermunterung und des schlechten Beispiels von »Ganz Oben« her gestohlen wurden – hat das Reagan-Regime andere Präsidenten-Anwärter auf die Krone der öffentlichen Korruption, wie zum Beispiel Warren Harding (Teapot Dome Scandal) oder Ulysses Simpson Grant – während des Zeitalters der Raubritter – im Staub versinken lassen. Die Iran-Contra-Affären, der HUD-Skandal (HUD = Department of Housing and Urban Development – Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung) und ähnliche Taten werden in den Annalen der Dekadenz, vom Byzanz bis Babylon, an hervorragender Stelle verzeichnet sein.

Beide politische Parteien sprangen in den Dreck hinein. Von den »Keating Five« – die fünf Senatoren der Vereinigten Staaten, die in die schmutzigen Geschäfte der Spar- und Darlehens-Exekutive von Arizona verwickelt waren – war einer, der von seinen Kollegen für den öffentlichen Tadel »ausgeguckt« wurde, der Senator Kaliforniens Alan Cranston, ein ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Demokraten.

Fehler in der Struktur und in der Einstellung: Eine Politik des »geplanten Verhaltens« wurde von Anfang an auf Wahlversprechen angewendet. Die Reagan- und Bush-Regierungen, die sich feierlich dazu verpflichtet hatten, das Staatsdefizit auszulöschen brachten dieses stattdessen auf unerträumte Höhen. Die »zurechtgestutzten« Defizite – das heißt, nachdem mehr als 100 Milliarden Dollar pro Jahr an Sozialversicherungsleistungen – angeblich unantastbar – von ihnen »abgezogen« wurden – schwankten zwischen 200 bis 245 Milliarden Dollar jährlich, meistens zugunsten von neuen Ausgaben für das Militär. Im Gegensatz dazu wurden die familienbezogenen Programme drastisch gekürzt.
Selbst Präsident Bushs erster, neuer Haushalt, der am 29. Januar 1990 vorgelegt wurde – ein Vor-Irak-Haushalt – erhöhte die Ausgaben auf noch nie dagewesene 1,23 Billionen Dollar, mit einem angeblichen Fehlbetrag für 1991 in der Größenordnung von 63,1 Milliarden Dollar.

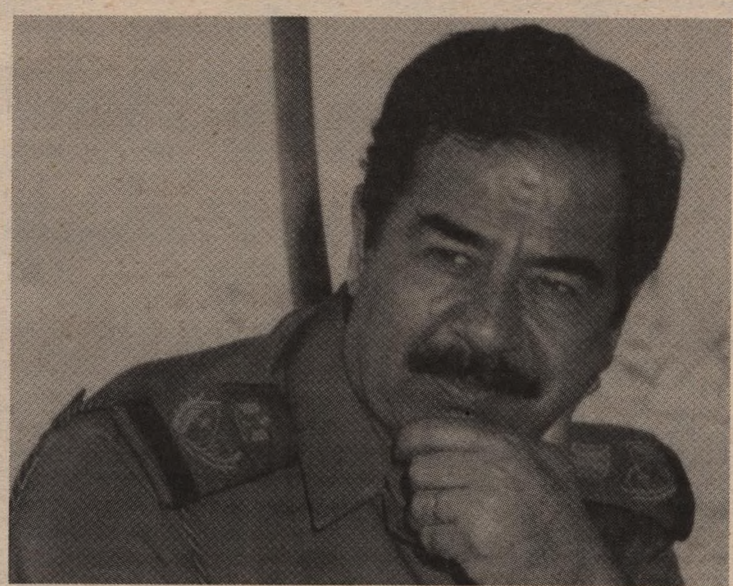
Ein unendlicher Rausch von Spekulationen

Anstatt aber, wie versprochen, die Bundesbürokratie abzuspekken, schleuste Präsident Reagan 10000 neue Bürokraten allein in das US-Verteidigungsministerium ein, wie den ehemaligen Marineminister Lehman, der mit seiner »600-Schiff-Kriegsmarine« berühmt wurde. Kein Wunder also, daß in den zehn Reagan-Bush-Jahren drei Billionen Dollar verschwenderisch ausgegeben wurden. Kein Wunder, daß die Schulden des Bundes und der öffentlichen Haushalte in die Höhe schnellten. Kein Wunder, daß sich das bestehende Ungleichgewicht in der Volkswirtschaft verschlimmerte, und daß neue Finanzprobleme und Krisen entstanden.

Von der vom Weißen Haus gestarteten Bewegung zur »Privatisierung« des öffentlichen Bereichs, getrieben und angeheizt von der gleichen »Lumpen-zu-Reichtum«-Karriere, wie sie etwa im 19. Jahrhundert üblich war und für die Ivan Boesky und Michael Milken an der Wall Street und in Beverly Hills typische Beispiele sind – letzterer soll Gerüchten zufolge 1988 einen hübschen Gewinn von einer Milliarde Dollar gemacht haben – spekulierten Spar- und Darlehenskassen, Großbanken und gigantische Versicherungs-Imperien mit Immobilien, Darlehen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar an Entwicklungswirtschaften, die mit ihrem Schuldendienst in Verzug gerieten. Der Immobilien-



Die genaue Zahl der Toten im Golfkrieg ist immer noch in den USA ein streng gehütetes Staatsgeheimnis.



Saddam Hussein, Iraks Staatspräsident, ist es gelungen US-Präsident George Bush zu demütigen und einen weltweiten Anti-Amerikanismus zu forcieren.

markt – vor allem bei Bürogebäuden – wurde sauer – da er viel zu weit ausgedehnt war, und der sich wie verrückt nach oben schraubenden Junk-Bond-Konjunktur wurde im letzten Reagan-Jahr der Boden unter den Füßen weggerissen. Die Konsequenzen werden wir noch auf Jahrzehnte hinaus zu tragen haben. Allein auf einem Gebiet, die Katastrophen im Versicherungsgeschäft – früher die wahre Felssohle der Finanz-Respektabiliät der Bourgeois – werden die ganze Wirtschaft noch jahrelang durch das Beben der Unstabiliät erzittern lassen.

Kriege sind ein Ausweg und versprechen Profit

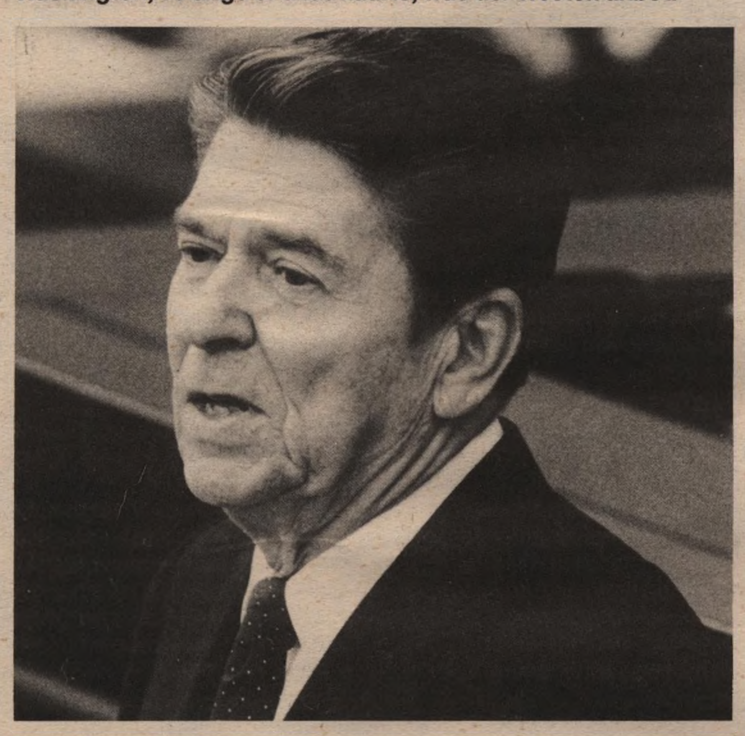
Das Fiasko der Spar- und Darlehenskassen wird den amerikanischen Steuerzahler mit einer Jahrtausendschuld von 500 bis 1000 Milliarden Dollar belasten. Die Bankenzusammenbrüche – man rechnet mit über zweihundert allein für 1991 – werden noch gewaltigere Summen verschlingen, Summen, die die amerikanische Regierung nicht mehr »flüssig« machen kann, es sei denn, sie verkauft staatliche Vermögenswerte in Höhe von Billiarden Dollar an auswärtige Gläuber.

Auch einige der glänzensten Namen im amerikanischen Kapitalismus, die Juwelen der Familie Rockefeller, Citicorp und Chase Manhattan, Manufacturers Hanover, Chemical Bank und Bank of America, könnten dem Rutsch der Bank of England ins Nichts folgen. Eine harte und drastische Währungs- und Eigentumsreform könnte die einzige vernünftige Lösung sein. Eine leichte Lösung ist und bleibt eine sich immer stärker beschleunigende Spirale von ausländischen Kriegen.

Sehr wahrscheinlich wird die amerikanische Regierung, angeführt von Präsident Bush, einen ähnlichen Vorstoß bei der »Lösung« seiner anderen Krisen unternehmen, wie zum Beispiel die städtisch- und regionalen Planungen und die fehlenden Infrastrukturen, ein Bildungswesen, das in Lese- und Schreibfähigkeit in der Welt dem 17. Jahrhundert entspricht; ein Gesundheits»system«, das für immer mehr Amerikaner mit mittlerem Einkommen und für die Armen nicht existent ist, eines das – zusammen mit dem der Republik Südafrika – bei der Bereitstellung einer ausreichenden und lebenswichtigen Gesundheitspflege für die Bürger unter allen Industrieländern den letzten Platz einnimmt; eine schwerwiegende Verschleppung bei der grundlegenden Forschung, abgesehen von militärischen Anwendungsbereichen und »SDI«; und die Auswirkungen einer völligen Mißachtung für Energie- und Umweltschutzpolitik während der Reagan-Jahre.



Schah Reza Pahlevi von Persien war ein gern gesehener Freund in Washington, solange er alles kaufte, was der Westen anbot.



Mit US-Präsident Ronald Reagan begann ein Rausch der Verschwendung, der Schuldenberg stieg inzwischen auf fast vier Billionen Dollar.

Ungeachtet der Lippenbekenntnisse gegenüber einem höheren, intelligenteren Ideal folgt die Bush-Regierung nur in Reagans Kielwasser. Wahrgenommene »Notfälle« mögen wieder einmal größere und bessere Kriege hervorrufen.

Lassen Sie uns einmal etwas ausführlicher auf ein paar illustrative Beispiele eingehen: Städtische, regionale und landesweite Planung – niemals Amerikas starke Seite und dennoch eine lebenswichtige Funktion jeder Regierung, die Bestand haben will – ist seit 1981 tödlich vernachlässigt worden. Die großen Städte, die seit Jahrzehnten unter der wachsenden Belastung der Fäulnis, Mißverwaltung, Armut, eines blühenden Proletariats und einer mörderischen Kriminalität – trotz ziemlich vereinzelter und symptom-orientierter »Hilfe« von der Bundesregierung – in den Abgrund gleiten, sind von Reagan und Bush von jeder nennenswerten moralischen Finanz- oder Verwaltungshilfe durch Reagan und Bush abgeschnitten und landesweit als herrenloses Gut völlig sich selbst überlassen worden.

Die Probleme der Städte Amerikas

Effektiv werden die hundertmillionen Menschen, die in städtischen Ballungsgebieten leben, jetzt als ebensoviele »Penner«, die in einem kollektiven Pennerviertel leben, erachtet. Verlängerte, zusammenhängende, geplante Bemühungen, die Atomindustrie – ob militärische oder zivile – zu reformieren und zu säubern; eine neue Energiepoltik zu betreiben; die Infrastruktur von Brücken, Straßen und Eisenbahnen zu erneuern sowie Projekte zur Planung neuer regionaler Netzwerke für den Massentransitverkehr sind vergessen. Die meisten von ihnen, falls ausgeführt, wären ein wertvoller Beitrag zu einer landesweiten Umweltschutzpolitik gewesen und hätten die Amerikaner in die Lage versetzt, Amerikas laut hinaus posaunte Abhängigkeit von importiertem Öl zu verringern.

Was in der Tat »die Schande amerikanischer Städte« ist, ist sogar noch schlimmer als um die Jahrhundertwende herum, als das Elend der Städte die Aufmerksamkeit der Sensationslustigen auf sich zog. Philadelphia, vielleicht die historischste der Großstädte Amerikas, kämpft vergeblich um physisch, geschweige denn finanziell zu überleben, aber niemand in Washington runzelt darüber die Stirn.

Zum zweiten Male in sechszehn Jahren wird von Konkursverwal-

Internationalismus

Die Neue Weltordnung

tung für New York City, der Hauptstadt der Weltplutokratie, geredet. Wie immer wird man in Orts- und Gemeinderegierung »nach akzeptierten Geschäftsmethoden« faseln. Unsinn. Denn gerade weil amerikanische Städte als geldeinbringende Unternehmen behandelt wurden, weil der Geist in dem sie »geleitet« wurden – früher mit Ausnahme des sozialdemokratischen und deutsch-amerikanischen Milwaukee – der des unproduktiven, macht- und profitbesessenen »Arbitrageurs« war, haben ihre Untüchtigkeit und Korruption ein Tief erreicht, das in der Geschichte der Republik ohne Präzedenzfall ist.

Verschwendung nicht vorhandener Gelder

Ja, sie können und sie sollten gerettet werden. Und dennoch, damit das geschieht, muß Amerika seine ganze Regierung und Gesellschaft nach dem Vorbild einer Moralökonomie umgießen.

Amerikaner müssen die Prioritäten drastisch neu zuteilen. Ein amerikanischer Präsident darf nicht mehr in der Lage sein, mehr als 13 Milliarden Dollar für den Bau von Wohnungen für einwandernde russische Juden in Israel zu spenden – wie berichtet wird, um Israel dafür zu belohnen, daß es sich aus dem Krieg gegen den Irak »herausgehalten« hat –, während er bloße 25 Milliarden Dollar an Blockgarantien des Bundes für alle fünfzig US-Staaten übrig hat.

Ohne jeden Zweifel, ein einziger von Krisen zerrissener und von Verbrechen überwältigter Staat wie New York, New Jersey, Pennsylvania oder Kalifornien könnte leicht die ganzen 15 Milliarden Dollar an Bundeshilfe für sich selbst verwerten. Darüber hinaus hat Bush Dutzende von Milliarden Dollar an Länder überall in der Welt, von Argentinien bis Ägypten, Türkei und Polen verschenkt oder als Schulden »erlassen« und – implizit – die Sowjetunion stark subventioniert, nur um sich für seine militärischen Abenteuer im Ausland Unterstützung zu erkaufen.

Und was dies allem die Krone aufsetzt, alles was er ausgibt und auszugeben gedenkt, sind weitere hunderte von Milliarden von Dollar an Kriegsgerät, darunter Stealth-Bomber und Stealth-Jäger – deren verstohlensten, geheimsten Gesichtpunkte die Geheimhaltung war, mit der sie der amerikanischen Öffentlichkeit verschwiegen wurden – SDI, MX, Minutman- und Tri-



Die Verbrechen Lenins (links) und Stalins forderten nach Meinung von Solschenyzin fast 100 Millionen Tote.

dent-Raketen, verplempert wurden, haben sich die Reagan- und Bush-Regierungen darauf eingestellt, mindestens weitere 280 Milliarden Dollar für den Bau nichtexistierender Dollar für Unterdrückungsregime überall in der Welt, und für die Entwicklung exotischer neuer Waffensysteme.

Wann wird die Seifenblase platzen?

Schiefe Prioritäten und verzerrte Logik: Warum werden Milliarden von Dollar für expandiertes und »verbessertes« Kriegsgerät für das Jahrtausend des Friedens der »Neuen Weltordnung« ausgeben? Es deutet auf die Bewußtseinsspaltung des Weißen Hauses hin, daß es, anstatt sich in wahrer, positiver Diplomatie zu engagieren, um das Grundübel der Krisen zu beseitigen, das heißt im Nahen Osten – oder, alternativ, eine Hände-weg, Amerika-zuerst-Politik zu betreiben – für 1991/92 eine teilweise SDI-, Krieg-der-Sterne-Verteidigung aufzubauen, die sich gegen imaginäre Raketenangriffe auf die USA durch Dritte-Welt-Länder einrichtet, zu einem Kostenpunkt von 30, 40 oder 50 Milliarden Dollar, wohl wissend, daß eine selbstständige SDI, gegen die Sowjetunion gerichtet, technisch nicht durchführbar ist. Außerdem, nachdem Billionen dent-Raketen, verplempert wurden, haben sich die Reagan- und Bush-Regierungen darauf eingestellt, mindestens weitere 280 Milliarden Dollar für den Bau von nagelneuen Waffensystemen auszugeben: Einen ATF (»advanced tactical fighter – fortschrittlicher taktischer Jäger«, entweder die Lockhead YF-22 oder die Nothrup YF-23), das Unterseeboot »Seawolf« und der LTH (»light tactical helicopter – leichter taktischer Hubschrauber«) – obwohl geradezu überwältigende vorhandene Waffensysteme mehr als fähig sind, weiter in der Zukunft zu bestehen und die erst in jüngster Zeit mit geradezu astronomischen Kosten entwickelt wurden.

Im Gegensatz dazu enthielt sogar Bushs 1990ger Vorschlag für den Staatshaushalt von 1991 bereits 13,9 Milliarden Dollar an Einsparungen für familienbezogene Ausgaben, wobei 5,5 Milliarden Dollar von einem Medicare-(Gesundheitspflege)-Programm kamen, das vorher schon wiederholt drastisch gekürzt worden war.

Man kann getrost vorhersehen, daß, sollte Bush wegen seiner Popularität wiedergewählt werden, er damit fortfahren wird, Medicare und andere familienbezogene »Berechtigungen« – nicht unter Ausschluß der Sozialversicherung – mit Schwung zu stutzen, um seinen steigenden Größenwahn im Ausland zu subventionieren. Außer den davon schwer betroffenen unglücklichen Millionen älterer und kranker Menschen werden jene 27 Millionen Amerikaner ohne irgendeine Krankenversicherung, darunter 12 Millionen notleidende Kinder, vielleicht noch härter betroffen. Ganze Regionen im »Rust Belt« (Rost-Gürtel) des Ostens und des Mittelwestens, und in den ländlichen Gebeiten des Südens und der Gebirgsstaaten – die bereits unter chronischer, nicht registrierter und zermürbender Arbeitslosigkeit leiden – zu Millionen im Mahlstrom des Elends verschwinden.

Subvention eines steigenden Größenwahn

Dies sind nur einige der Dimensionen dessen, was US-Präsident Jimmy Carter beschuldigt wurde, den Misery Index (Elends-Index) genannt zu haben, die bösartige Konsequenz dessen, was Wirtschaftswissenschaftler der Bourgeoisie Karl Marxs Verelendungstheorie nennen. Diese sind sehr real und sie wachsen.

Unvermeidlichkeit per Dekret. Historischer Determinismus besteht in den Gedanken derjenigen, die ihn predigen. Sein oberflächlich entgegengesetzter, unverbesserlich optimistischer Handelskammer-Sanguinismus ist jedoch noch irreführender, denn er bietet sich zur Massenmanipulation durch die Korrupten an. Die Gesunden kämpfen um vernünftige Willensausübung.

Amerika hat mehrere Alternativen zur Auswahl. Was sind einige davon? Die erste könnte man, etwas irreführend, die Max-Webersche-Alternative zu Werner Sombart nennen. Letzterer hatte überzeugend über die erfolgreichen – oder mehr oder weniger erfolgreichen – Stadien des Kapitalismus, besonders über den »Spätkapitalismus« – eine Bezeichnung, die darauf hinzudeuten scheint, daß der Wunsch nach seinem Untergang der Vater des Gedankens war – geschrieben. Amerikas Verhalten nach der

»Großen Depression«, im Inland und im Ausland, entsprach in mehrfacher Hinsicht den verschiedenen Phasen des Spätkapitalismus: Die Reagan-Bush-Ära könnte als eines ihrer Endstadien der weltweiten Panik erachtet werden. Mit anderen Worten, die »Reagan-Revolution« könnte als Reaktion auf Zustände in der Heimat und in der Welt, im Halbbewußtsein homolog zu den rufen »Après nous le déluge!« und »Sauve qui peut!« der französischen Machtelite vor und während Frankreichs revolutionären Krise der 1790er Jahre bezeichnet werden.

Die Eroberungs-Plutokraten der Welt

Und doch fehlt eine wichtige Komponente in dieser Gleichung, die der globalen Hegemonie. Wissenschaftliche Beobachter stellen fest, daß die Vereinigten Staaten der Erbe – nicht der überromantisierten »angelsächsischen Tradition der Freiheit« – sondern richtiger der institutionalisierten Haltung der absoluten Beherrschung, Eroberung, Machtpolitik und Ausplünderung, personifiziert durch die normannischen Gründer der »englischen« – und faszinierenderweise der altrussischen – Staaten sind. Jetzt, ein Jahrtausend nach den ursprünglichen Eroberungen, eröffnen ihre Nachkommen die Aktion mit ihrer endgültigen »Kraftprobe«, wie Tocquesville im 19. Jahrhundert voraussagte. Niemand glaubt, daß das amerikanisch-sowjetische »Kondominium« – eine sehr verkrampfte und einseitige Angelegenheit – mehr als ein paar Jahre überdauern wird.

Die heutigen Yankee Hot Warriers befinden sich geopolitisch in einer beneidenswerten Lage. Nachdem sie die Amerikas von Alaska bis Feuerland erobert haben, oder sie in einem Zustand vielfältiger Unterwerfung, ohne die Unbequemlichkeit der direkten Besetzung halten, sind sie in der Lage, alle vom Atlantischen und Stillen Ozean umspülten Landmassen zu dominieren. Tatsächlich sind sie überhaupt keine »Kapitalisten«, sondern »Eroberungs-Plutokraten«. Sie würden gerne den letzteren Teil dieses Etiketts auch abwerfen und ihren Expansionismus sogar als Sozialisten fortsetzen.

Und dennoch enthüllt ihre Entscheidung, strategische Teile des Persischen Golf besetzt zu halten, nachdem sie den Fehler gemacht haben, ihn direkt anzugreifen, anstatt das Problem politisch-wirtschaftlich zu lösen, einen gleißenden Starrsinn.

Wieviel klüger wäre es, dem Rat von Max Weber, des großen Sozialwissenschaftlers, der zur Zeit der Weltausstellung in St. Louis von 1904 erteilt wurde, zu folgen: Systematisch einen rationalisierten, begrenzten Staat zu schaffen durch die Einrichtung einer Dienstleistungsbürokratie, die von Ehre, dem Pflichtgefühlt und dem Gemeinwohl, und der Vorstellung von Wirtschaft als »Vermeidung von Abfall durch sorgfältige Planung und Verwendung« motiviert wird.

Der Teufelskreis der Arbeitslosigkeit

Ist es jetzt schon zu spät dafür? Ich gebe zu, daß solch eine wahrhaft preußische Lösung auf kurze Sicht, in wenigen Jahrzehnten und Jahrhunderten, wenn die Krisen, Katastrophen und Naturkatastrophen, hervorgerufen durch Befolgung des irrigen »Ideals« der Eroberungs-Plutokratie mit allzuviel Leidenschaft, sich erschöpft haben werden, dann muß jede neue Gesellschaft und Regierung, um Bestand zu haben, auf Gesetzen aufgebaut werden, die Max Weber am Herzen lagen.

In einer politischen Kultur, die weniger Betonung auf mittel- und langfristige Planung – selbst der wirtschaftlichen Art – legt und sie bestraft, ist die »Krise«, über die die meisten Führungspersönlichkeiten in den Regierungen heute besorgt sind, die vorherrschende, gemäßigte – zumindest Regierungssprecher, die ängstlich darauf bedacht sind, zuversichtlich zu erscheinen, nennen sie so – Wirtschaftsflaute.

Sollten sich diese Zustände verschlimmern, könnte dies finstere Dinge für Amerikas Wirtschaft, Regierung und Gesellschaft bedeuten: Firmen und Industriebetriebe mit schweren, unproduktiven Schulden durch mit Krediten finanzierten Aufkäufen von Gesellschaften, haben Schwierigkeiten sich dem neuen, mageren Wirtschaftsklima anzupassen. Sie werden dazu gezwungen, Tausende, Zehntausende für immer auf die Straße zu setzen. Manche Firmen gehen unter.

Ein Teufelskreis entwickelt sich, in dem wachsende Arbeitslosigkeit – auf Grund der Untätigkeit der Regierung nicht gemildert – eine sich verschlimmernde Rezession weiter aufheizt, während die öffentlichen Kassen durch passive Arbeitslosenentschädigung weiter geplündert werden.

Um die »Last« eines bereits katastrophalen Defizits zu »verringern«, fühlt die Regierung sich dazu berufen, »Anrechte« noch weiter zu kürzen, wodurch weitere Millionen der Mittelschichten und der Armen ins Elend gestoßen werden und ihre Kaufkraft noch weiter verringert wird. Arbeitslosengelder werden ebenfalls beschnitten.

Ein Funke genügt zum Rassenkrieg

Die Aktienmärkte, die im Kielwasser eines erfolgreichen Krieges von der Art der »Auslandsabenteuer« übermäßig expandiert und Auftrieb erhalten hatten, werden sauer. Der Dow-Jones-Durchschnitt fällt um 600 Punkte in einer Woche.

Indessen breitet sich von Küste zu Küste Spannung in städtischen Regionen aus, die über das vergangene Jahrzehnt hinweg insgesamt Millionen von Arbeitsplätzen und Hunderttausende durch die Rezession verloren haben. Das Bild der Wirtschaft verdüstert sich. Demagogen peitschen die Emotionen bis zur Extase hoch. Ein einziger Funken, in einer Gesellschaft, die nach nationalen, rassischen und Unterkasten-Gesichtspunkten zerrissen ist, genügt, und der Rassenkrieg bricht aus, zerreißt das Gewebe der Gesellschaft, stößt die Wirtschaft in völliges Chaos, verursacht Sachschäden in Höhe von Billionen oder noch mehr Dollar und tötet Tausende und mehr durch Gewalttätigkeiten, Krankheiten und Ausgesetztsein.

Derartige Zustände der Anomie (Gesetzlosigkeit) bieten der sowjetischen – oder russischen – Elite auch eine willkommene Gelegenheit, dem Westen und den USA ihre Beschwerden vorzutragen, entweder Schritt für Schritt oder, was wahrscheinlicher ist, durch einen Überraschungsangriff. Daher werden logisch und historisch gesehen, die von der »Reagan-Revolution« herbeigeführten Beeinträchtigungen und Abschwünge, das späte und beklagenswerte Ergebnis mehrerer Jahrhunderte der Evolution, möglicherweise mit dem viel gefürchteten Weltkrieg und der Weltrevolution enden.

Die letzten Plutokraten wären dann die Vollstrecker des letzten Willens und Testaments von Karl Marx.

Kurzfristig gesehen könnte der Menschheit durch die allgemeinen Wahlen in den Vereinigten Staaten 1992 eine Atempause gewährt werden. Wahrscheinlich werden Präsident George Bush und der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Allan Greenspan, in einer letzten Anstrengung, »rosigere« Wirtschaftsbedingungen schaffen.

Deutschland wird weiter erpreßt

Danach wird »jeder auf sich allein gestellt sein«. Trotz oder wegen der Wirtschaftsunion Europas im Jahre 1992, wird Deutschland von seinen Miteuropäern nicht geschont werden, sondern ganz im Gegensatz dazu einer verstärkten finanziellen und politischen Erpressung durch die USA, Israel, Britannien, Frankreich, Polen und Rußland ausgesetzt sein. Zusätzlich zu den erhöhten Belastungen durch die Eingliederung der alten DDR in die Bundesrepublik und nach den erzwungenen Zugeständnissen von 1990-91 (»Das Neue Versailles«) praktisch jeder militärischen Verteidigung entblößt, könnte Deutschland nicht mehr in der Lage sein, die stark erhöhten Anforderungen zu meistern. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und militärisch würde sein Sturz Europa in eine aufblähende Unordnung stürzen – es sei denn, Amerika nehme von seiner Außenpolitik des Teilens und Herrschens Abstand und greife diplomatisch ein, um seinem stärksten Verbündeten in Europa zu helfen.

Aber dies ist aus mehreren Gründen unwahrscheinlich. Wenn er 1992 wiedergewählt wird, dann wird Bush in einer verzweifelten

Internationalismus

Die Neue Weltordnung

Anstrengung, die gekenterte Wirtschaft wieder auf die Beine stellen, familienbezogene »Anrechte« drastisch kürzen. Er wird versuchen, einige dieser Auslagen auf Deutschland und Japan »abzuwälzen«. Auch wird die wahrscheinlich verstärkte Unruhe in den Vereinigten Staaten – noch weiter aufgepeitscht durch den vom Golfkrieg übriggebliebenen Chauvinismus – Uncle Sam dazu veranlassen, die verhältnismäßige »Ruhe« für ausländische Wettbewerber neidvoll zu betrachten. Er wird versuchen, seine Schwierigkeiten zu exportieren und dabei unvorsichtigerweise seine Hauptstützen außer Funktion setzen.



Averell Harriman (links) unterhielt engen Kontakt zu Josef Stalin und sorgte für finanzielle amerikanische Hilfe, ohne die die UdSSR nicht das erste Jahrzehnt überstanden hätte.

Das neue Rom der Wall Street

Das Dargestellte bietet schon recht viele Auswahlmöglichkeiten. Nachstehend noch ein paar mehr, wobei stets im Auge behalten werden muß, daß die von uns vorgezogene Option darin besteht, eine Dialektik, einen vernünftigen Dialog zwischen dem Gedanken der »Gemeinsamkeit« in Politik und Wirschaft und dem »Freiheits«gedanken herbeizuführen, mit Betonung auf der »legitimen Selbstbestimmung der Völker« auf allen Ebenen der Politik, von der Township – in Amerika die Verwaltungseinheit unterhalb des Country – bis zur internationalen Arena.

International gesehen: Wie klug ist es zum Beispiel, daß die Vereinigten Staaten in ihren GATT (»General Agreement of Tariffs and Trade«)-gesprächen mit der Europäischen Gemeinschaft unbedingt darauf bestehen, daß die Europäer ihre Landwirtschafts-Subvention bis auf die Knochen beschneiden – während die Vereinigten Staaten sich ihrerseits nicht dadurch revanchieren, daß sie die Subventionen an ihre riesigen industriellen »Farmen« in Kalifornien, Florida und anderswo drastisch kürzen. Ein solcher Schritt seitens der Europäer würde den stark arbeitskräfte-intensiven, leistungsfähigen, aber vergleichsweise winzig kleinen Familienbauernhof in Europa, mit Wurzeln die viertausend oder fünftausend Jahre zurückreichen, gefährden und das flache Land noch schneller entvölkern, somit das städtische Proletariat vergrößern und eine sozial-politische Krise heraufbeschwören. Schließlich ist genau das vor zweitausend Jahren im alten Rom geschehen.

Wird das »Neue Rom« der Wall Street und Washingtons nach seinem totalen Krieg und Sieg im Irak seine eigenen Interessen an der Erhaltung und dem Aufbau von Gemeinschaften im Ausland erkennen?

Es kann keinen »totalen Sieg« geben

Der Bessmertnykh-Baker-Plan zur Lösung der schwerwiegenden Proleme im Nahen Osten insgesamt und der Lage der Palästinenser im einzelnen duldet keinen Aufschub. Ungeachtet der Tatsache, daß die USA in unvernünftiger Weise gegen ihr eigenes Interesse verstoßen haben, indem sie Saddam Hussein zerschlugen und somit ein Vakuum schufen, das jederzeit durch die Absichten des Iran, der Türkei, Syriens und Israels wieder gefüllt werden und somit die regionale und Weltpoltik destabilisieren kann, sollten wir Amerikas »einzigartigen Beziehungen« zu Israel einer qualvollen Neueinschätzung unterziehen.

Die Türkei ist der lachende Dritte

Es ist, was US-Präsident Eisenhower 1956 getan hat – wie haben sich die Dinge geändert –. Wir wissen alle, daß Israel die nuklear-militärische Supermacht des Nahen Ostens ist und niemanden auf Erden zu fürchten braucht. Mittels geeigneter, aber schneller Mannöver sollten wir es den regierenden, reaktionären Cliquen in Israel einbläuen, daß Amerika sich nicht für die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel einsetzen, daß wir darauf bestehen, die Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ähnliche Beschlüsse mit dem Ziel der Errichtung eines Staates für die Palästinenser über die PLO in die Tat umzusetzen; und daß Amerika niemals irgendwelche israelischen Gelüste auf andere Staaten im allgemeinen und auf den Libanon, Jordanien, Syrien und den Irak im besonderen akzeptieren wird. Wie sind die Erfolgsaussichten eines solchen Szenarios in einer Bush-Regierung?

Die Türkei ist der lachende Dritte, weit von dem auf solche Hauptmitspieler wie die USA, Israel oder Iran, gerichteten Rampenlicht entfernt, voller zufriedener Schadenfreude eines Kleinbauern, der im Schatten größerer Mächte steht und einen guten Handel abgeschlossen hat. Die Sancho-Panza-Figur des Präsidenten Törgut Özal hat diesen Eindruck nur noch verstärkt.

Natürlich, die Türkei in einer geographisch viel größeren Gestalt wie damals, als sie noch von der einst großen ottomanischen Dynastie aus Sultanen und Kalifen – »khalifa«, die »Nachfolger des Propheten«, die irdischen und geistigen Oberhäupter des gesamten Islam – regiert wurde, war vor dem Ersten Weltkrieg die sinkende imperiale Macht Nordafrikas und des Nahen Ostens. Am Ende bewahrten nur die einzigartigen Führungsqualitäten des General Mustafa Kemal – später als »Atatürk« oder »Vater der Türken« gehuldigt –, seiner Gehilfen, und die Tapferkeit der türkischen Soldaten, in Verbindung mit den Querelen der erstrangigen Imperialisten – Großbritannien, Frankreich und Italien und deren Werkzeug, das Königreich Griechenland, ebenso wie die Hilfestellung durch das bolschewistische Regime Sowjetrußlands –, die Türkei davor, von den Siegern zerfetzt zu werden und davor, für immer von der Bildfläche zu verschwinden. eine rechtzeitige Lehre für heute!

Die neue, republikanische Türkei wurde weitgehend auf Anatolien und das Küstengebiet des nordöstlichen Mittelmeers beschränkt. Sie wurde gezwungen, die Unterwerfung großer, Jahrhunderte alter türkischer Minderheiten in den neuen Staaten des Ostens, von den südlichen Bereichen der Sowjetunion bis Jugoslawien und ganz bis zum nördlichen Irak und Iran reichend, zu akzeptieren. Heute beruhen ihre Ansprüche auf einige dieser Regionen, vor allem auf den ölreichen nördlichen Irak um Mosul und Kirkuk herum teilweise auf dem Vorhandensein dieser Minderheiten. Außerdem haben die Türken, pan-turanische Gedanken vorantreibend, ihr Auge auf die verwandten türkischen Min-

derheiten Nordirans und Zentralasiens östlich des Kaspischen Meeres geworfen. Wenn die USA sie nach 1991 neu bewaffnen und ihre veralteten Waffen durch kluge, hochtechnische Waffensysteme ersetzen, können wird damit rechnen, daß die Türkei im Nahen Osten eine viel aggressivere Rolle spielen wird. In der Zukunft könnte sie sich für ein entweder schrumpfendes oder expandierendes post-sowjetisches Rußland als Störenfried erweisen.

Der Hauptfeind der Türken ist Rußland

Wir müssen uns auch daran erinnern, daß die republikanische Türkei mit ihrer kurdischen Minderheit nicht nachsichtiger als der Irak umgegangen ist. Sie wird die Massen neuer Flüchtlinge mit Adleraugen beobachten und sie möglicherweise irreleiten, um ihre eigenen Ziele gegen die Araber voranzutreiben. Es ist das tragische Leid der irakischen Kurden, den unverantwortlichen Verkündigungen einer vertrauensunwürdigen und scheinbar irrationalen Supermacht Glauben geschenkt zu haben.

Was die Sowjetunion, oder richtiger Rußland anbelangt, so ist dieses seit den kaiserlich-expansionistischen Tagen des großen Zaren Peter, um das Jahr 1700 herum, der Hauptfeind der Türken.

Traditionell strebte Rußland auch danach, das benachbarte Persien (Iran) auseinanderzubrechen oder zu dominieren. Bis zum heutigen Tage war es sein Ziel, seine Vorherrschaft über große Teile der Region am Persischen Golf und über Irans östliche Flanken, Afghanistan und Baluchistan, auszudehnen. Es war sein trauriges Schicksal, daß dies Hauptziel, die alleinige Autokratie, gerade noch rechtzeitig durch einen noch mächtigeren und ehrgeizigeren Rivalen aus Übersee in die Sackgasse geriet: Bis 1941 durch Britannien und seit 1946 durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Falls Rußland keinen Selbstmord begeht oder in seiner gegenwärtigen Zeit der Schwierigkeiten völlig ausgelöscht wird – was allerdings unwahrscheinlich ist –, wird es in nicht zu ferner Zukunft mit aller Macht seine gewohnte Rolle wieder übernehmen: Macht.

Wenn – und falls – Rußland dies tut, wird es sich an drei Ereignissen in der Vergangenheit erinnern. Kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als Stalin während des berüchtigten Winterkriegs von 1939 bis 1940 in Finnland einmarschierte, schickten sich Großbritannien und Frankreich an, einen Einmarsch von zwei Seiten in die Sowjetunion zu vollziehen: Im Norden durch das norwegische und finnische Lappland und im Süden aus Syrien und dem Irak heraus. Die Operation wurde schließlich zu den Akten gelegt, als Hitler Churchill dadurch zuvorkam, daß er im Norden Narvik und Norwegen angriff.



Boris Jelzin, der Präsident der Russischen Republik, wird von US-Außenminister James Baker (rechts) gelobt, um ihn in den Kreis der Internationalisten zu ziehen.

Heute haben die Sowjets (Russen) wiederum Grund, sich um die strategische Bedrohung ihres »weichen Unterleibs« Sorgen zu machen, besonders angesichts der Unabhängigkeitserklärung Georgiens am 8. April 1991 und der Möglichkeit, daß dieses an der ganzen südlichen Grenze der UdSSR von Moldawien außerhalb Rumäniens – die Sowjets annektierten es 1940 – bis zu den moslemischen Staaten an den Grenzen Afghanistans und Chinas ein Exempel statuiert. Wir können uns nicht vorstellen, daß die UdSSR, oder ein imperiales Rußland eine starke amerikanische oder NATO-Präsenz in der Golfregion lange dulden wird.

Im Gegensatz dazu pflegt Rußland seine Erinnerungen an die Zeit nach dem 22. Juni 1941, als das Blatt der Geschichte gewendet wurde und Rußland wieder einmal in der Lage war, den Iran zwischen sich und Britannien aufzuteilen, unterstützt durch die USA. In jenen berauschenden Tagen beherrschte Stalin Teheran. Seine Macht reichte aus, um ihn in die Lage zu versetzen, sich in Aserbaidschan und in den kurdischen Gebieten praktisch sowjetische Satellitenstaaten herauszuschneiden und zu versuchen, seine Einflußsphäre auszudehnen, indem er die »Unabhängigkeit« der Kurden in der Türkei und im Irak ermutigte.

Die Russen haben nichts vergessen

Der berühmte Kurdenführer Mustafa Barzani und sein Klan wurden in Moskau ausgebildet. Erst 1946 und 1947 versteifte sich der Widerstand der Briten und dann der Amerikaner ausreichend, so daß Stalin vorsichtig genug war, iranischen Forderungen nach Rückzug nachzukommen. Die Sowjets zogen ab – aber nur vorübergehend.

Ein drittes Ereignis, das die Russen in unfreundlicher Erinnerung haben werden, ist die schlecht getarnte Verachtung, die ihnen seitens der Yankees vor, während und nach dem Krieg gegen den Irak, einen ihrer früheren Freunde, widerfuhr. Obwohl tiefsitzende Divergenzen bei den Vereinten Nationen und für die fernsehende Öffentlichkeit »überkleistert« wurden, machten die Vereinigten Staaten es überdeutlich klar, daß sie die Sowjetunion diplomatisch, wirtschaftlich und, was das betrifft, militärisch nicht länger als ernsthaften globalen Faktor erachteten. Die Tatsache, daß die Bedenken Israels – äußerlich ein levantinischer Zwergstaat – über das Abkommen zwischen Bessmertnyk und Baker über eine umfassende Lösung der Probleme im Nahen Osten die Oberhand gewannen, wirft ein gleißendes Licht auf das Mißverhältnis in der »Schlagkraft« im Weißen Haus, zumal die beiden Außenminister ihr ganzes Prestige in diese Vereinbarung hineingelegt hatten.

Kein Lippenbekenntnis an die »Neue Weltordnung« für »einhundert Jahre Frieden« kann dieses selbstherrliche Verhalten unter den Teppich kehren. »Realitäten« haben es an sich, sich explosionsartig zu ändern, und die darauf nicht Vorbereiteten der Gnade und Barmherzigkeit ihrer panikartigen »Flucht-oder-Kampf-Reaktion«, ob innerhalb des Beltway (in Amerika das Schnellbahnnetz um eine Großstadt herum) oder im Kreml, auszuliefern.

Politik aus Haß und Ehrgeiz

Zweifellos bedeutete das scheinbare Mißverständnis zwischen amerikanischer und sowjetischer Macht, und die plötzlichen Erfolge des amerikanischen Kriegsgeräts gegen die weitgehend veraltete sowjetische Ausrüstung und Taktik der Irakis – ebenso wie die übertriebene Erbarmungslosigkeit ihrer Anwendung

Internationalismus

Die Neue Weltordnung

– für eine um ihr Übereben besorgte russische Führung nur eines: Die absolute Notwendigkeit, die USA bei der Schaffung von Waffen zur Massenvernichtung – ob »konventionelle« oder »unkonventionelle« – möglichst in kurzer Zeit wieder einzuhohlen und, wenn möglich, zu übertreffen. Daher hat Amerikas Krieg gegen den Irak die russischen Führer in ihrem Ausblick und in der Wahl ihrer Mittel und Wege härter gemacht. Er hat genau das Gegenteil seiner verkündigten Absicht bewirkt, den Frieden gefährdet und der Auffassung von »Gesetz und Ordnung« über die Grenzen hinweg einen Tiefschlag versetzt. Wollten die USA das erreichen?

Natürlich, wenn die Beweggründe der Angst vor dem Unbekannten, Haß gegen den Gegner, und Ehrgeiz sich sowohl im Weißen Haus als auch im Kreml – wobei der Ehrgeiz über das erstere und Angst über das letztere dominiert – sich annähernd die Waage halten, könnte eine Zeitlang ein unsicherer Waffenstillstand eingehalten werden. Aber der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst. Neben dem Auflösen der kommunistischen Parteien hat die UdSSR auch ihren Zugriff auf die mitteleuropäischen Satelliten verloren.

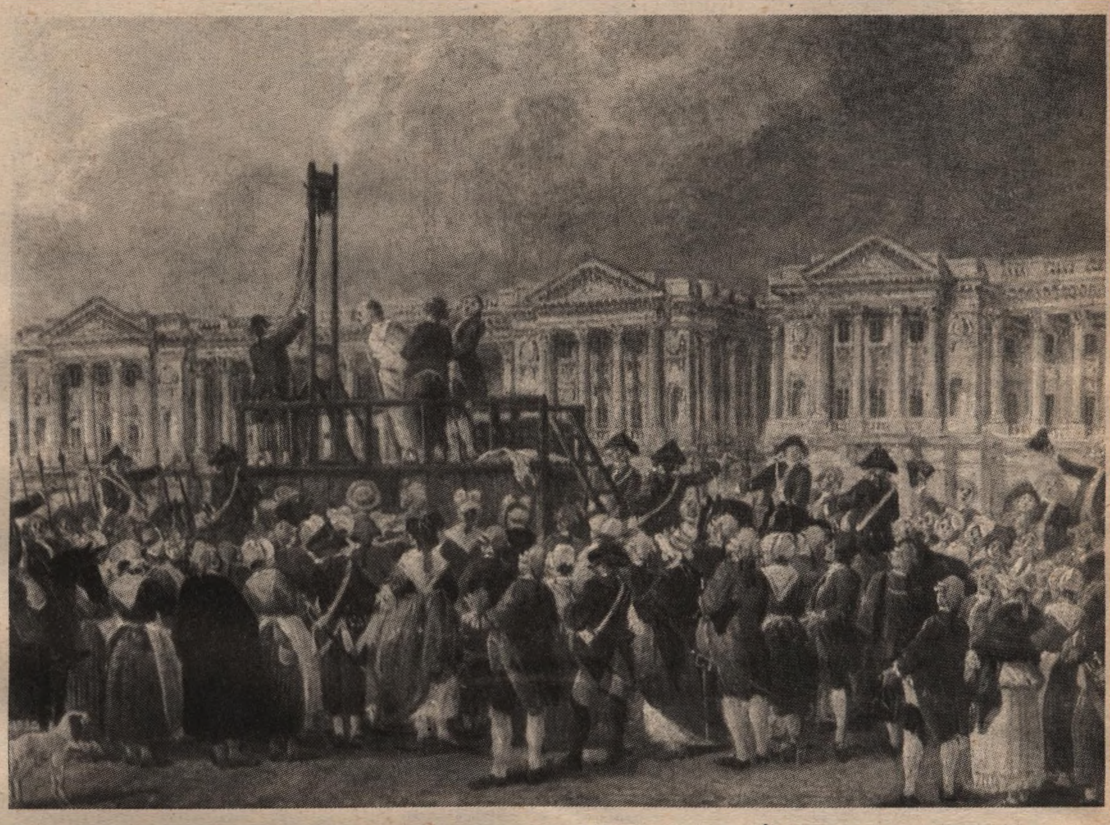
Und dennoch, weit davon entfernt, sich dementsprechend zu revanchieren, hält Uncle Sam sich an seinen NATO-Verbündeten fest und schickt sich sogar an, seinen Macht-Schild über die ehemalige DDR, die immer noch für 350 000 sowjetische Soldaten »den Gastgeber spielt«, hinweg auszudehnen.

Ein neuer Krieg mit nie dagewesener Gewalt?

Tatsächlich, sich finanziell, geopolitisch und propagandistisch auf seine beiden Hauptpfeiler im Ausland – Japan und Deutschland – stützend, beschleunigt Uncle Sam seine Ausgaben für Kriegsgerät noch, anstatt sie zu beschneiden, obwohl die sowjetische Bedrohung sich verringert zu haben scheint, und die Dritte Welt nicht als »Feind« verstanden werden sollte. Wenn ein einziges Flugzeug eines einzigen Waffensystems – der B2 »Stealth«-Bomber – fast eine Milliarde Dollar verschlingt und die Kosten anderer Waffen dicht dahinter folgen, sollte man in der Lage sein, folgendes ziemlich genau zu errechnen: Erstens, die Zeit bis die amerikanische Wirtschaft, bereits unausgeglichen und verzerrt, völlig außer Kontrolle gerät; zweitens, das Gleiche für Deutschland, Europa und Japan; drittens, der irreparable Schaden am sozialen, politischen, Gesundheits- und Erziehungsgewebe, und vielleicht an der staatlichen Integrität, des amerikanischen Volkes; viertens, die verzweifelten Versuche der USA und Großbritanniens, das zerschlagene »Konzept der Nationen« mit Gewalt und über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wieder herzurichten, auf der Grundlage der weitreichenden und fraglichen politischen, finanziellen, territorialen und funktionalen Diktate, die einem souveränen Staat auferlegt werden, das heißt die weitreichenden, von den Vereinten Nationen 1991 durch ihre Unterwerfung des Iraks geschaffenen Präzedenzfälle; fünftens, im Falle eines Fehlschlags: Der schnelle Ausbruch eines Weltkriegs mit bislang noch nie dagewesener Gewalt.

Aber es gibt noch Auswahlmöglichkeiten. Nachstehend einige davon: Erstens, wenn Amerika die Stabilität und Legitimität im Nahen Osten herstellen und festigen will, müssen die USA zu einem gerechten Ausgleich zwischen dem mächtigen, gewalttätigen Israel und der Vielfalt der militärisch und sozial schwachen arabischen Staaten kommen. Die Resolution Nr. 242 des Sicherheitrats der Vereinten Nationen muß in die Tat umgesetzt werden, so daß die Palästinenser zumindest ein unabhängiges Heimatland und Staat auf ihrem heimatlichen Boden haben können, der vor dem Eindringen der Zionisten sicher ist. Gleichermaßen bedeutsam, die viel zitierte »umfassende Lösung« der historischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Schwierigkeiten der Region muß eine dauerhafte, institutionalisierte Beilegung abgrundtiefer Divergenzen und einen »regionalen Entwicklungsplan« für alle beinhalten. Eine regionale »Gemeinschaft« der Interessen sollte wie eine Pflanze aufgezogen werden und alle Kulturen und Religionen umfassen, während alle organisch gewachsenen Gruppierungen gehegt und gepflegt werden.

Ist es realistisch, von solch einem modernisierten Wiederaufleben des alten ottomanischen Millet-System zu sprechen? Nur die Zeit und eine atomwaffenfreie Zone, die sich vom Mittelmeer bis zum Ganges erstreckt, kann uns das sagen. Befreien wir uns von der Illusion, daß Israel Amerikas furchtbares schnelles Schwert in der Wüste ist.



Mit der Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Revolution begann der Marsch in eine »Neue Weltordnung«.

Die Illusion vom schnellen Schwert in der Wüste

Zweitens, Amerika könnte sich dazu entschließen, durch eine oberflächlich herzliche entente mit einem immer verzweifelter werdenden Rußland eine »Neue Weltordnung« durchzusetzen. Aber wir müssen der Tatsache ins Auge schauen, daß auf Grund der aufeinanderstoßenden globalen Ambitionen eine dauerhafte Kooperation zwischen den Beiden vom Weißen Haus unerwünscht und unwahrscheinlich ist, es sei denn, daß ein anderer gelegen kommender fremder Teufel, zum Beispiel Japan oder Deutschland, gefunden wird.



Lenin wurde von Mächten unterstützt, die wie heute das gleiche Ziel hatten: Die Vernichtung der Nationen, die Errichtung einer »Neuen Weltordnung«.



Truppenparade auf dem Roten Platz in Moskau am 25. Mai 1918. Hier wurde fortgesetzt, was mit der Französischen Revolution begann.

Wenn die Amerikaner andererseits wünschen, ihre laut hinausposaunten »Werten« der Freiheit – in organische Gemeinden eingeflößt – und der Selbstbestimmung der Völker gerecht zu werden, sollten sie klug und aktiv die Unabhängigkeit der antikommunistischen Republiken Litauen, Lettland, Estland, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Usbekistan und anderer unterstützen, solange Rußland mit seinen internen Schwierigkeiten vollbeschäftigt ist. Eine solche Handlungsweise würde die Gefahr eines Krieges mit den Russen heraufbeschwören. Aber nach den meisten Berichten zu urteilen, könnten wir deren Füße ins Feuer halten, bevor sie Feuer auf uns regnen lassen.

Drittens: Vor allem, wenn die Amerikaner wollen, daß ihr Land über die kommenden Jahrhunderte hinweg ein Land bleiben soll, das seiner höchsten Ideale wert ist, müßten sie ihrer alten normannisch-puritanischen Gewohnheiten der Kriegsbeute, Ausplünderung und Massenzerstörung sowie ihre unmittelbare Vergangenheit der Plutokratie durch Eroberung daheim und im Ausland abschwören und zumindest eine Art von Gesellschaft und Regierung anstreben, die danach trachtet, den fest verwurzelten Erfordernissen für Gemeinsamkeit, Freiheit und Wahrheit und für die kosmischen Anforderungen der Ökologien der Natur dauerhafte und organisierte Gerechtigkeit widerfahren lassen.
Wenn die USA versuchen, im Inland und im Ausland eine starre Konformität zu erzwingen, werden sie auf die Nase fallen. Das Aufpeitschen kriegerischer Emotionen, der Wiederaufbau von Roosevelts Internierungslager in der großen amerikanischen Wüste für Dissidenten und ein weltweiter Interventionismus wird lediglich die niederschmetternden moralischen und materiellen Belastungen, die bereits auf den herabhängenden Schultern des amerikanischen Volkes aufgehäuft worden sind, vervielfältigen.

Wieviel klüger wäre es da, den Aufbau von Gemeinschaften auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in allen politisch-geographischen Regionen, eine Subsidarität der Verantwortlichkeiten zu fördern!
Daheim könnte sich das amerikanische Volk – wenn es erst einmal seinen gesunden Sinn für Skeptis wiedergewonnen hat – dafür entscheiden, die imperiale Präsidentschaft zu beseitigen und an dessen Stelle eine Mehrheitsexekutive, einen Staatsrat nach dem Muster der Schweiz, mit fünf bis sieben Präsidenten, setzen, von denen jeder eine größere rassische oder geographische Wählerschaft repräsentiert und jeder Präsident für die Dauer eines Jahres dient.

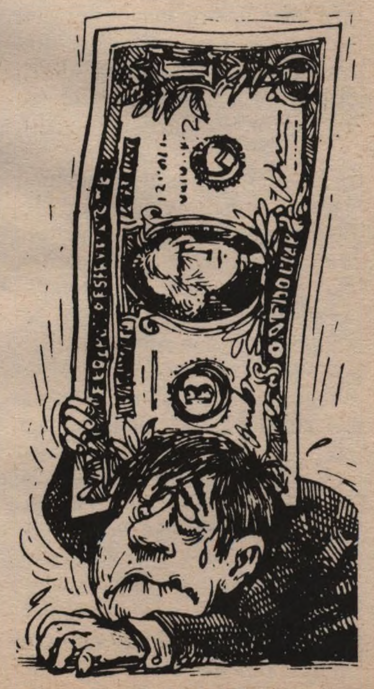
Im Ausland sollten die USA die moralische Erniedrigung, die abgrundtiefen funktionalen und systematischen Fehlversuche, den Weltpolizisten zu spielen, abschütteln. Die USA sollten die Bildung, nicht des »Pluralismus«, denn dieser Bergriff ist zum Synonym für Chaos geworden, sondern der Multizentrizität, den Aufbau von starken Machtblöcken auf allen bevölkerten Landmassen fördern, nicht unter Ausschluß von Nord-, Mittel- und Südamerika. Letztere Lösung der sich verschlimmernden Krise der Amerikas wurde bereits von US-Präsident Thomas Jefferson ins Auge gefaßt.



Ein anderes Amerika hätte eine Chance

Die USA sollten den Völkern des Islam die Hand der Freundschaft reichen. Gespalten und schwach wie sie politisch und militärisch auch immer sein mögen, und versklavt wie sie sicherlich sind durch Unterentwicklung und Neokolonialismus, sind sie doch die lebenden Erben einiger der glänzensten Kulturen der Welt:

Das alte Ägypten, Mesopotamien, Persien, das hindische und mongolische Indien und Indonesien. Der Islam hat unermeßlich viel zum Wachstum Europas beigetragen und kann dies wieder tun. Möge der Westen sich davor hüten, den Islam in die Isolation des Hasses zu treiben, aus der nur organisierte Gewalt einen Ausweg bietet. □



Pharmaindustrie

Handikaps für Deutsche

In den USA und in Japan sind Biotechnologie und Gentechnik längst zu einer Selbstverständlichkeit im öffentlichen Meinungsspektrum geworden. In Deutschland sind beide Forschungsrichtungen dagegen nicht nur Gegenstand öffentlicher, vielfach kritischer Diskussionen, sondern es herrschen auch vergleichsweise strenge gesetzliche Auflagen und zu lange Genehmigungsverfahren. Das beeinträchtigt die Chancen deutscher Unternehmen auf diesem internationalen Wachstumsmarkt.

Gentechnik ist die gezielte Neukombination des genetischen Materials von Lebewesen innerhalb der Arten, aber auch über die Artgrenzen hinaus. Kommt eine solche Neukombination in der Natur spontan zustande, wird sie als Mutation bezeichnet. Allgemein werden biotechnische Prozesse, bei denen gentechnisch veränderte Organismen verwendet werden, auch unter dem Begriff der »neuen Biotechnologie« zusammengefaßt.

Zur Bekämpfung von genetischen Defekten

Diese gilt als Schlüsseltechnologie, mit der sich Fortschritte vor allem auf zwei Gebieten erzielen lassen:

Medizin: Gerade in jüngster Zeit haben die Wissenschaftler ihre Methoden, Organismen durch gezielte Eingriffe genetisch zu verändern, deutlich verbessert.

In Hunderten von Unternehmen wird an der Entwicklung von Medikamenten gearbeitet. Sie sollten es ermöglichen, Krankheiten oder genetisch bedingte Defekte wesentlich wirksamer zu bekämpfen als mit den derzeit bekannten Heilmitteln. Die Hoffnungen richten sich in erster Linie auf die Entwicklung solcher Medikamente, die zur Zeit noch unheilbare Krankheiten lindern oder heilen können. Hierzu zählen Krebs, Aids, Multiple Sklerose und die Alzheimersche Krankheit.

Seit 1982 ist Insulin auf dem Markt, das mit Hilfe gentechnischer Verfahren produziert wird. Seit jenem Jahr hat sich ein neuer Begriff herausgebildet: »Pharming«. Dieses Kunstwort ist zusammengesetzt aus Farming und Pharma. Es bezeichnet das Forschungsgebiet, in dem es darum geht, zum Beispiel genetisch manipulierte Kühe, Schweine oder Schafe bestimmte Wirkstoffe in größeren Mengen produzieren zu lassen.

Marktchancen für neue Produkte

Agrarwirtschaft: In den Vereinigten Staaten wird 1992 die erste Genehmigung für die kommerzielle Nutzung einer gentechnisch manipulierten Pflanze erwartet – einer Tomatenpflanze.

Die Früchte sollen besser gegen ein Enzym gefeit sein, daß den Fäulnisprozeß auslöst. Dadurch können die Tomaten zugunsten ihres Aromas reifer als bislang geerntet und dennoch wie gewohnt verfrachtet und vermarktet werden.

Zahlreiche Unternehmen arbeiten daran, chemische Pestizide durch »Biopestizide« zu ersetzen, also durch Mikroorganismen, die Pflanzen gegen Schädlinge schützen können.

An die neue Biotechnologie knüpfen vor allem die Länder der Dritten Welt große Hoffnungen. Sie erwarten die züchterische Verbesserung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen und ihre Anpassung an das jeweilige Klima und den Standort. Auch die Entwicklung von Arzneimitteln gegen Tropenkrankheiten, zum Beispiel Malaria oder Lepra, wäre für die Entwicklungsländer ein großer Fortschritt.

Die Marktchancen für neue Produkte der Biotechnologie werden dementsprechend günstig beurteilt. Nach einer Studie des Europäischen Chemieverbandes wird der Markt für diese Erzeugnisse in den kommenden zehn Jahren von 10,2 Milliarden DM auf etwa 167 Milliarden DM wachsen.

Am kräftigsten fallen die durchschnittlichen Wachstumsraten mit jährlich 65 Prozent für den Bereich der Chemie aus. Pharmazie und Landwirtschaft folgen mit jeweils gut 30 Prozent.

Der erwartete Boom auf dem Markt für neue biotechnische Produkte hat in allen Industrieländern zu intensiven Forschungsaktivitäten geführt:

In der Biotechnologie sind die USA vorn

Europäische Gemeinschaft: In der EG sind schätzungsweise 800 meist kleinere und mittlere Unternehmen im Pharmasektor und in der Chemie tätig.

Bis zum Jahr 2000 sollen in der EG rund zwei Millionen Arbeitsplätze entstehen, die direkt mit der Biotechnologie zu tun haben werden.

In Deutschland besitzen 36 Firmen registrierte Genlaboratorien, davon gehören 16 zur Pharmaindustrie, 20 weitere sind spezielle Genfirmen oder bisher nicht biotechnisch tätige Unternehmen. Einschließlich der Labors außerhalb der Industrie bestehen in der Bundesrepublik etwa 800 Genlaboratorien.

Neben 38 Universitäten und 15 Max-Planck-Insituten verfügen folgende Großforschungseinrichtungen über gentechnologische Arbeitsgruppen:

Deutsches Krebsforschungszentrum in Heidelberg, Gesellschaft für biotechnologische Forschung in Braunschweig, Kernforschungsanlage in Jülich, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Neuherberg sowie das Kernforschungszentrum in Karlsruhe.

Am meisten für biotechnologische Forschung und Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft gibt Großbritannien aus: Dort summieren sich die Aufwendungen auf rund eine Milliarde DM pro Jahr. Davon trägt die private Wirtschaft zwei Drittel – ein Drittel gibt der Staat dazu.

Deutschland kann hier nicht mithalten: Die Aufwendungen der deutschen Industrie für gentechnologische Forschungsarbeiten liegen in einer Größenordnung von gut 200 Millionen DM pro Jahr. Der Staat beteiligt sich zudem mit rund 280 Millionen DM pro Jahr an den FuE-Anstrengungen.

Insgesamt wurden 1987 in der EG biotechnologische FuE-Aktivitäten von staatlichen Stellen mit 3,3 Milliarden DM alimentiert.

Noch forschungsfreudiger sind Länder außerhalb der Gemeinschaft:

USA: Dort sind rund 1000 Unternehmen in der biotechnologischen Forschung und Entwicklung aktiv. Weltweit besitzen die Vereinigten Staaten die größte Infrastruktur für die Informationsbeschaffung im Bereich der Biotechnologie in Form von Datenbanken und geeigneter Software.

Deutschland auf Platz drei

Amerikanische Unternehmen lassen sich Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Biotechnik viel kosten. Schon 1987 waren es mehr als drei Milliarden DM. Der Staat unterstützte 1991 die biotechnologische Forschung mit schätzungsweise 5,7 Milliarden DM.

Japan: In Japan sind etwa 300 Firmen in der Forschung tätig. Rund 150 größere japanische Industrieunternehmen engagieren sich in der industriellen Anwendung von Forschungsergebnissen. Leitmotiv dieser Unternehmen sind die günstigen Geschäftserwartungen auf dem japanischen Markt. Nach Schätzungen des staatlichen japanischen Industrie-Entwicklungszentrums könnte der Umsatz biotechnologischer Produkte allein in Japan von 1,5 Milliarden Dollar in 1985

auf 35 Milliarden Dollar im Jahr 2000 steigen.

Obwohl Deutschland für biotechnische FuE längst nicht soviel Mittel aufwendet wie andere Länder, sind die Gelder offensichtlich gut eingesetzt.

Deutschland belegt – gemessen an der Zahl der Patente – in der biotechnologischen Forschung nach den USA und Japan international den dritten Rang.

Zwischen 1985 und 1988 stammten von allen Patenten für den Bereich der Bio- und Gentechnologie 42 Prozent aus den USA, 18 Prozent aus Japan und 11 Prozent aus Westdeutschland.

Unter den Unternehmen mit den meisten Erfindungen wurden die zwei ersten Plätze 1988/1989 sogar von deutschen Unternehmen eingenommen – von Boehringer Mannheim und Hoechst.

Die industrielle Verwertung von Forschungsergebnissen entwikkelt sich jedoch nur zögernd. Das hat vor allem zwei Ursachen:

Öffentliche Meinung: Viele Unternehmen zögern mit Investitionsvorhaben, weil sie Proteste aus Politik und Bevölkerung fürchten. Dabei ist die hierzulande spürbare reservierte Haltung gegenüber der Bio- und Gentechnik eigentlich unverständlich. Schon 1987 hat der Vorsitzende der Enquête-Kommission Gentechnologie des Bundestages festgestellt: »Alle bisherigen Erfahrungen sprechen gegen die anfänglich vertretene Hypothese, mit der Neukombination von Nukleinsäuren könnten ganz neue, bisher nicht absehbare und nicht definierbare Gefahrenpotentiale verbunden sein.«

Forscher aus dem In- und Ausland bestätigten erst kürzlich, daß auch die Gentechnik als ein sicheres Instrument für die moderne Pflanzenzüchtung betrachtet werden kann.

Das Fehlen behördlicher Sachkompetenz

Genehmigungspolitik: In Deutschland ist das Genehmigungsverfahren für neue biotechnische Anlagen sehr langwierig. Zudem fehlt es in den Behörden oft an Sachkompetenz. So konnte die Insulin-Anlage eines Chemieunternehmens mehrere Jahre nicht genutzt werden, weil keine Genehmigung zum Betrieb erteilt wurde. Als die Genehmigung kam, war die Anlage veraltet. Das seit dem 1. Juli 1990 geltende Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik mit den zugehörigen Rechtsverordnungen und über 100 Formblättern gehört nach Meinung der Praxis zu den weltweit strengsten Sicherheitsvorkehrungen.

In Hunderten von Unternehmen wird an der Entwicklung von Medikamenten gearbeitet, die zur Zeit noch unheilbare Krankheiten wie Aids lindern oder heilen sollen.

Die USA und Japan haben dagegen ihre Vorschriften für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen längst liberalisiert – und dadurch die Entwicklung der Biotechnologie erheblich beschleunigt. □



Rockefeller und Morgan eine Fassade der Rothschilds

Die historischen Ursprünge der sogenannten »Neuen Weltordnung« von George Bush wurden in einem Interview von »The Spotlight«-Herausgeber Vince Ryan mit dem Historiker Eustace Mullins erörtert. Mullins ist Verfasser des Buches »The World Order: Our Secret Rulers«, ein Werk, das der Verschwörung zur »Eine-Welt-Regierung« auf der Spur ist.

Gibt es wirklich eine geheime Gruppe, die die Welt regiert?

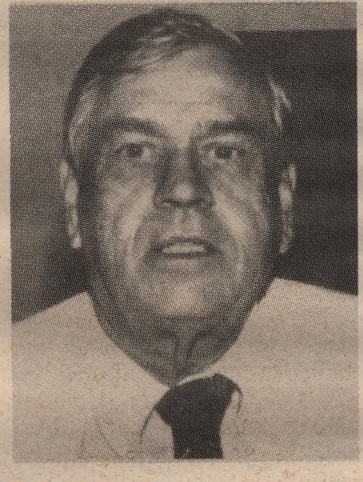
Mullins: Sie ist gar nicht mehr so geheim. Sie wird immer stärker entlarvt. »The Spotlight und CODE haben wahrlich große Arbeit geleistet, um die Bilderberger, die Trilaterale Kommission und andere Abschprachegremien bloßzustellen.
Als Folge davon sind sie nicht mehr so geheim, wie das früher der Fall war.

Die Spuren gehen 5000 Jahre zurück

Aber sie regieren immer noch die Welt. Darüber gibt es keine Frage. Sie stehen mehr in der Öffentlichkeit als früher. Ihre Marionetten sind die Leute, die ein Amt bekleiden, aber die eigentlichen Herrscher sind diejenigen, die hinter den Kulissen die Fäden ziehen.

Wie lange geht das schon so?

Mullins: Ich habe ihr historisches Vorleben 5000 Jahre zurückverfolgt. Die ersten geheimen Herrscher lernten diese Technik der Manipulation von Menschen, die in dem Rad von Kanaan – wie im Buch Moses steht – ihren Ursprung hatte.



Eustace Mullins ist Verfasser Buches »The World Order: Our Secret Rulers«, ein Werk, dessen Spur zur »Eine-Welt-Regierung« führt.

Ihr Buch »The World Order« kam vor einigen Jahren heraus, schon bevor Bush in der Öffentlichkeit über seine Neue Weltordnung sprach. Glauben Sie, daß das irgendwie prophetisch war?

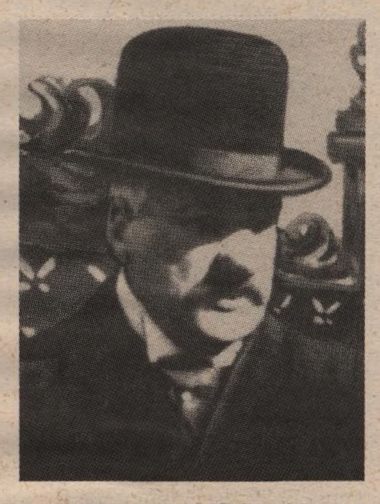
Sie kennen keine Loyalität

Mullins: Mein Buch kam erstmals 1984 heraus, so daß ich in diesem Sinne prophetisch war. Ich schaute mir diese Leute an, die uns von hinter den Kulissen aus regieren, und ich fragte mich: »Was kann ich zu diesen Leuten sagen?«

Ich wollte einen Namen, der alles umfaßt, um diese verschiedenen herrschenden Cliquen zusammenzubinden, und kam zu dem Schluß, daß »die Weltordnung« dies am besten beschreibt. Daher war ich sehr erfreut als Bush mit seiner Neuen Weltordnung an die Öffentlichkeit ging und meinen Buchtitel rechtfertigte.

Wir haben soeben gesehen, wie der Wohlfahrtstaat in Los Angeles in Flammen aufging. In dieser entscheidenden Wahl in diesem Jahr werden wir, glaube ich, von jetzt an ein neues Amerika erleben.

Die meisten Amerikaner sind mit Hinweisen auf die Bilderberg-Gruppe, die Trilaterale Kommission, den Council on Foreign Relations und andere geheimnisvolle Machtblöcke nicht vertraut.



J. P. Morgans US-Bankimperium war in Wirklichkeit nur eine Tochtergesellschaft des europäischen House of Rothschild.

Mullins: Hinter diesen Gruppen stehen diejenigen, die man die ganz Reichen, die Superreichen, nennen könnte. Es sind Internationalisten, und sie haben keine Loyalität zu irgendeinem Land. Die meisten von ihnen haben tatsächlich Häuser in drei oder vier verschiedenen Ländern.

Sie sehen Regierungen kommen und gehen, aber sie bewahren ihre Interessen. Es sind im wesentlichen Monopolisten. John D. Rockefeller machte das Wort »Monopol« zu einem gängigen Begriff, als er Standard Oil, damals das größte Monopol der Welt, auf die Beine stellte.

Selbst nachdem der Konzern Standard Oil auseinanderbrach, behielt Rockefeller 52 Prozent der Aktien in jeder der neuen Firmen, die sich aus dem ursprünglichen Monopol entwickelten, für sich, also war es nur Geschäft wie üblich.

In Ihrem Buch heißt es, obwohl die USA die Unabhängigkeit von Britannien erreichten, werde das amerikanische Volk immer noch durch Schulden an die Bank von England geknebelt. Ist es dann richtig, daß das heutige Federal Reserve System Erbe der von den Briten beherrschten First Bank of the United States ist?

Mullins: Das stimmt. Es gibt in der Tat fünf Banken, denen 53 Prozent der Aktien der Federal Reserve Bank in New York, die das erstrangige Geldzentrum der USA ist, gehören. Die anderen 11 Zweigstellen der Federal Reserve Bank sind Anhängsel der Federal Reserve Bank of New York. Diese fünf Banken, die die Federal Reserve Bank of New York dominieren, sind wiederum Eigentum dreier Handelsbanken, die zu den von der Bank of England gecharterten 17 Banken gehören.

Was wir haben ist, Amerikas Geldzentrum wird über die Federal Reserve Bank of New York von britischen Interessen beherrscht. Diese fünf Banken sind Chase Manhatten, Manufacturers Hanover und die anderen Rothschild-Banken in New York City.

Alles ist eng miteinander verflochten

Die Familie Rothschild ist der Schlüssel zum Verständnis der Neuen Weltordnung. Sie besprechen ihre Geschichte in Einzelheiten in Ihrem Buch. Die Familie Rothschild ist eine weit ausgedehnte Familie, die über ihre Finanzmacht alle großen Länder in Europa beherrscht.

Mullins: Die meisten Finanzschriftsteller werden Ihnen sagen, die Familie Rothschild habe in den Vereinigten Staaten niemals eine starke Präsenz gehabt.

die herumreisen und Befehle erteilen und erhalten. Die eigentlichen Politikmacher sind die Rothschilds und ihre Verbündeten in der europäischen Adelswelt.

Wie sind George Bushs Beziehungen zum Rothschild-Imperium? Er ist der ehemalige Leiter des CIA und enger Geschäftsfreund der Rockefellers.

Mullins: Bush ist ein Mitglied dessen, was ich eine »drittrangige dynastische Familie« nenne. Die Weltordnung besteht an der Spitze aus drei Rängen von Familien. Der erste Rang besteht aus den Rothschilds und dem europäischen Adel. Der zweite Rang umfaßt die Familien Morgan, Rockefeller und Harriman, die dem ersten Rang, den Rothschilds, dienen. Zum dritten Rang gehört die Familie Busch, die für die Familie Harriman arbeitete.

Die Familie Bush ist natürlich mit der englischen Königsfamilie verwandt; und das Bankhaus der Familie Bush, Brown Brothers Harriman, ist seit 1800 eine Tochtergesellschaft der Bank von England in den Vereinigten Staaten.

Sie sehen, als George Bush zum Leiter des CIA ausgewählt wurde, geschah das nicht nur wegen seiner englischen Verbindung, sondern auch wegen der Tatsachen, daß der CIA lediglich eine Abspaltung vom britischen Secret Service war, der in der Bank von England aufgestellt wurde.

Wie paßt Bill Clinton in das Ganze hinein?

Mullins: Sie wissen natürlich, daß Winthrop Rockefeller (Bruder von David Rockefeller) den Staat Arkansas kaufte und zu seinem eigenen Spielfeld machte und dort zum Gouverneur gewählt wurde. Als er den Staat kaufte, kaufte er alle Politiker dort gleich mit. Clinton ist darüber hinaus ein Rhodes-Gelehrter – ausgebildet in England an der Oxford University –. Rhodes-Gelehrte werden in der Philosophie geschult, daß die amerikanischen Kolonien wieder formell mit dem von den Rothschilds beherrschten britischen Empire vereinigt werden sollten. Er ist ein blondhaariger Boy der Weltordnung. □



Der Rockefeller-Clan am 26. Mai 1937. Von links: John D. Rockefeller und seine Söhne David, Nelson, Winthrop, Laurence und John D. III.

Sie sagen, die Rothschilds hätten nicht in die Vereinigten Staaten investiert, weil sie zu ungezähmt und zu wild waren, und dies somit eine risikoreiche Investition gewesen wäre. Aus den Unterlagen aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus geht jedoch hervor, daß die Rothschild schon um 1896 96 Prozent des Eisenbahnnetzes in den Vereinigten Staaten beherrschten.

Sie operierten in den Vereinigten Staaten so, daß sie dort zwei Fassaden-Organisationen – zwei Kapitalanlage-Bankgeschäfte – errichteten.

Die Rothschilds hatten den Banker August Belmont als ihren offiziellen Repräsentanten. Als Belmont in einen Finanzskandal verwickelt wurde, sagten die Leute aus diesem Grunde: »Oh, das sind Rothschild-Interessen.« In Wirklichkeit repräsentierte Belmont gerade zehn Prozent der Rothschild-Holdings in den Vereinigten Staaten. Die anderen 90 Prozent befanden sich im Besitz von J. P. Morgan & Co. und Kuhn, Loeb & Co.

Kuhn, Loeb & Co. wurde von Jacob Schiff geleitet, der eigentlich im Hause der Rothschilds in Deutschland geboren wurde. Es war Schiffs Bankpartner, Paul Warburg, der auf einer Geheimsitzung auf Kekyll Island, Georgia, im November 1891, die ursprüngliche Federal Reserve Act-Gesetzgebung entwarf.

Sehen Sie, dies ist alles so eng miteinander verflochten, daß, wenn man damit beginnt, die Geschichte zu erforschen, man in verschiedene andere Gebiete eindringen muß, um das Ganze zu begreifen.

Mit anderen Worten, wenn man von dem sogenannten J. P. Morgan Bankenimperium hört, dann war das in Wirklichkeit nur eine Tochtergesellschaft des House of Rothschild?

Mullins: Das ist richtig. Als Morgan 1913 starb, sah William Rokkefeller sich Morgans Bilanz an und kommentierte: »Wenn man darüber nachdenkt, war Morgan nicht einmal ein reicher Mann.«

Die Kuriere der Rothschilds

Wie passen die Rockefellers in die Weltordnung hinein?

Mullins: Es lief mehrere Jahre lang ein Mythos umher, die Rokkefellers und die Rothschilds seien in einen Kampf auf Leben oder Tod um die Weltmacht verwickelt. Ich fand dies sehr komisch. Es ist ein Mythos, der eine Zeitlang kursierte. Es ist ganz einfach Desinformation. Ich sagte schon, daß die Rothschilds 1896 die amerikanische Eisenbahn beherrschten. Als John D. Rockefeller, ein Teilzeit-Unternehmer in Cleveland expandieren wollte, erhielt er von der von den Rothschilds beherrschten National City Bank of Cleveland – eine der drei Rothschild-Banken in den Vereinigten Staaten – finanzielle Unterstützung.

Rockefeller mußte sein Öl über die von Rothschild beherrschte Eisenbahn transportieren, daher brüteten sie einen kleinen Handel aus, um ihn zur »Nummer 1« zu machen. die Self-Improvement Co. war ein illegales Abkommen, bei dem Rockefeller für das ganze über die Rothschild-Eisenbahn transportierte Öl einen Rabatt bekam. Auf diese Weise konnte niemand mit Rockefeller konkurrieren. Dies wurde von Jacob Schiff von Kuhn & Loeb in die Wege geleitet.
In meinem Buch dokumentiere ich, daß Jacob Schiff tatsächlich der führende Kopf hinter der Gründung nicht nur des Rockefeller-Imperiums, sondern auch des Harriman-Bahnimperiums war. Wir glauben im allgemeinen, daß die Rockefellers und die Harrimans – wie Morgan – so wohlhabend waren, aber es sind in Wirklichkeit Frontmänner für die Rothschilds.

Mit anderen Worten, die Rockefellers und Harrimans waren erfolgreiche Juniorpartner in einem weitreichenden Unternehmen, das von den Rothschilds beherrscht wurde.

Die Weltordnung hat an der Spitze drei Ränge

Mullins: Viele Leute denken über David Rockefeller und seinen Geschäftsfreund Henry Kissinger als sehr bedeutende Männer in der Weltordnung von heute, aber für mich sind es nur Kuriere,

Briten loben Verdienste der Monarchie

»Das Verlangen nach Königen: In der ganzen Welt entdecken Politiker die Verdienste der Monarchien«, ist die Schlagzeile eines Berichtes des Londoner »Economist«. Er hebt die Bemühungen zur Wiederherstellung der Monarchie in Afghanistan, Rumänien, Bulgarien, Rußland, Serbien, Frankreich, Italien, Portugal, Griechenland, Libyen, Äthiopien, Brasilien und Kambodscha hervor und geht im Einzelnen auf die Tugenden der bestehenden Monarchien ein.

Der Artikel beginnt: »Die Afghanen, erfreut darüber, dem Präsidenten Najibullah Goodbye zuwinken zu dürfen, möchten gerne wissen, ob der Ex-König Mohammed Zahir Shah nicht vielleicht der Mann ist, den sie brauchen. Die Rumänen, die sich abrackern, um der nachkommunistischen Demokratie einen Sinn zu geben, erlauben dem Ex-König Michael zum orthodoxen Osterfest nach Hause zu kommen. In der High Society sind Monarchien niemals unmodern geworden. Auch im wirklichen Leben scheinen sie ein Comeback zu haben.«

Rumäniens König Michael zum Beispiel ist »ein Hohenzollern, ein Name, der in wenigen Geschichtsbüchern fehlt. Wie die Sachsen-Coburgs (Bulgarien), die Romanows (Heiliges Rußland) und die Karadjordjevics (Serbien), gehören sie zur europäischen Vetternschaft, die jahrhundertelang an der Spitze von Staaten für kleinere Völker stand«.

In den Artikel wird behauptet, »Libyens im Exil lebende Senousi-Dynastie genießt Muhammer Gaddafis Schwierigkeiten«; »die Umbettung der sterblichen Überreste von Haile Selassie im Juli könnte die Gelegenheit dazu bieten, die Nachfolge des Thronfolgers, Ex-Kronprinz Asfa Wossen, in Äthiopien zu klären«; »Brasilien könnte eine Chance bekommen, in seiner bevorstehenden Volksabstimmung darüber zu entscheiden«, ob es die Braganzas wieder zurückholen will; und der Ausgang der politischen Schlachten in Kambodscha könnte sehr wohl die Inthronisierung von Prinz Norodom Sihanuk bedeuten, der 1955 abdankte, und damit eine Monarchie zurückbringen, die auf die Zeit vor 600 vor Christus zurückgeht.« □

Teilung der Tschechoslowakei ist unvermeidlich

Der potentielle Zerfall der Tschechoslowakei nach den Parlamentswahlen vom 6. und 7. Juni diesen Jahres und die Auswirkungen, die dieser auf Europa haben könnte, werden in der europäischen Presse weit und breit erörtert.

Der Leitartikel in der französischen Tageszeitung »Le Figaro« behauptet, die Teilung des Landes sei jetzt »unvermeidlich«, und die Tschechoslowakei könnte im Kielwasser der dramatischen Veränderungen, die wir in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan erleben, der »neue Dominostein sein, der fällt«. »Le Figaro« warf die Frage auf, welche Auswirkungen dies auf Ungarn haben werde, angesichts der Tatsache, daß mehrere Hunderttausend Volksungarn in einem unsicheren Frieden mit der Mehrheit der Slowaken in der Slowakei leben.

Die Tageszeitung »Libération« fragt, ob die Vorgänge, die wir in der ehemaligen Sowjetunion und in den Balkanstaaten erlebt haben, sich jetzt in Mitteleuropa wiederholen werden, obwohl die Zeitung dahingehend zu tendieren scheint, daß in der Tschechoslowakei der Konflikt friedlich gelöst werden kann. Die spanische Zeitung »El País« schrieb in ihrer Schlagzeile, daß die Ergebnisse der tschechischen Wahlen »die Teilung des Landes quasi unvermeidlich machen«.

Bei den Wahlen erhielt der Finanzminister Vaclav Klaus landesweit 34 Prozent der Stimmen, 40 Prozent in tschechischen Teilen der Republik, während die HZDS-Partei des slowakischen Nationalisten Vladimir Meciar in der Slowakei 38 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Meciar ist in der Lage, Initiativen, die Klaus jetzt ergreifen wird, durch verschiedene Koalitionen, die im tschechischen Parlament gebildet werden können, zu blockieren.

Präsident Vaclav Havel ist inzwischen zurückgetreten, weil er sich exponiert und sich gegen den »populistischen« Meciar gestellt hatte.

Die wirklich im Lande zugrunde liegende Spannung ist auf die slowakische Opposition gegen die »Schocktherapie«-Politik des Ultra-Monetaristen Klaus zurückzuführen. In der Slowakei hat eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent die Abneigung gegen radikale Marktreformen, die den Schwermaschinenbau und die Rüstungsindustrie des Landes am härtesten getroffen haben, aufgeheizt. □

Französische Rechte unterstützt Kampagne gegen Kolumbus

Die französische Zeitschrift »Krisis«, herausgegeben von dem Führer der »Neuen Rechten« Alain de Benoist, veröffentlichte den Wortlaut einer Erklärung des sich selbst so nennenden Guatemalas-Kollektivs, unter der Überschrift: »Aufruf zu einer Neuentdeckung der Völker Amerikas von gestern und heute«. Zum 500. Jahrestag der Entdekkung Amerikas durch Christoph Kolumbus preist die Erklärung die »500 Jahre des Widerstands der Eingeborenen und des Volkes« der Indianer Amerikas gegen die »Unterdrückung durch den christlichen Westen«.

Die »Widerstands«erklärung wurde auf der Versammlung von Widerstandsbewegungen der Eingeborenen und des Volkes quer durch die Amerikas hindurch im Oktober 1991 in Guatemala zusammengestellt. De Benoist rief zur Neugestaltung Europas auf, so daß heidnische, »vorchristliche« Glaubensstrukturen wiederhergestellt werden. Er ist eine schöpferische Persönlichkeit in der pro-faschistischen Bewegung »Neue Rechte«. □

Pamjat stellt paramilitärische Einheiten auf

Die ultra-chauvinistische russische Gruppe Pamjat ist dabei, paramilitärische Einheiten aufzustellen, um Gläubige, die wie sie sagt, von der Russisch-Orthodoxen Kirche verfolgt werden, zu »verteidigen«, heißt es in einem Bericht in der Ausgabe des »Express Chronicle«, einer in Rußland und im Ausland vertriebenen »Dissidenten«-Zeitung. □

Japan erwartet Rückzug der Russen von den Kurilen

Der japanische Außenminister Watanabe gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß russische Truppen innerhalb von ein bis zwei Jahren aus, wie er sagte, Japans »nördlichen Gebieten« abziehen werden. Watanabe war in Moskau, wo er mehrmals mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin zusammentraf.

Er berichtete, daß Jelzin gesagt habe, daß sich die russischen Streitkräfte aus den zwischen Japan und Rußland umstrittenen Inseln, die Kurilen/nördliche Territorien, zurückziehen werden.

Jelzin habe über Rußlands wirtschaftliche und politische Probleme und über die Notwendigkeit, Arbeitskräfte einzusparen, gesprochen. Watanabe berichtete, Jelzin habe gesagt, alle Truppen mit Ausnahme von Grenzwachen würden aus den Inseln abgezogen.

Laut Interfax sprachen Jelzin und Watanabe auch über Jelzins geplanten Besuch in Japan Mitte September und über die Aussich-

ten für japanische Wirtschafts- und Handelsverbindungen mit Rußlands Fernen Osten und Sibirien.

Watanabe traf auch mit dem russischen Außenminister Andrej Kosirew zusammen, um ein Abkommen zu erörtern, das die Führer der beiden Länder zu unterzeichnen planen, wenn Jelzin Mitte September Japan besucht. Laut Reuters bezieht sich der Pakt auf Kooperation bei Raumfahrtprojekten und auf die Sicherheit auf See. Japan erklärte, es sei auch bereit, Rußland bei der Modernisierung seiner Kernreaktoren und bei der Errichtung von Forschungsinstituten zur Beschäftigung russischer militärischer Atomspezialisten zu helfen. Watanabe traf auch separat mit Vizepräsident Aleksandr Rutskoy zusammen, der ein führender Kritiker der Wirtschaftspolitik von Präsident Jelzin ist. □

Landsbergis warnt vor KGB-Staatsstreich in Litauen

Der litauische Präsident Vytautas Landsbergis warnte davor, daß mit dem ehemaligen kommunistischen Regime und dem KGB in Verbindung stehende Kräfte versuchen könnten, einen Staatsstreich gegen seine Regierung einzuleiten. Seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Vanorius braut sich in Litauen eine Regierungskrise zusammen.

Die Krise wird teilweise mit der Niederlage einer Volksabstimmung begründet, mit der in Litauen Wahlen zum Parlament zugelassen werden sollten. Die Bestimmungen der Volksabstimmung waren so, daß beinahe 100 Prozent Unterstützung erforderlich gewesen wäre, um ihr Ziel durchzubringen.

In einer Rede vor dem Parlament fragte Landsbergis: »Werden wir nicht zur Parteienherrschaft ... und zur Wiederherstellung des alten Regimes mit einem neuen Namen zurückgetrieben?« Landsbergis machte die hinter den Kulissen wirkenden Kräfte, die entweder direkt der KGB sind oder von diesem inspiriert werden, verantwortlich.

»Ich habe nicht die Absicht, den Staatsstreich zu vertuschen, wenn er weitergeht«, sagte er. Er regte an, daß das Parlament selbst das Gesetz zur Zulassung von Wahlen verabschieden sollte, und daß die Wahlen am 23. August, dem Jahrestag der litauischen Unabhängigkeit und der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts stattfinden sollten. □

Rutskoy warnt vor Krieg zwischen Rußland und Ukraine

Der russische Vizepräsident Aleksandr Rutskoy hob in einem Artikel, über den vom Federal News Service berichtet wurde, die Notwendigkeit fortdauernder guter Beziehungen zwischen Rußland und Ukraine hervor. Er warnte auch vor der Gefahr eines Bruderkriegs, falls dies nicht geschehe.

»Ein Schüren des Hasses mit Hilfe des Nationalismus«, sagte er, »ist nichts anderes, als ein Appell an niedrige Instinkte der menschlichen Natur, und deswegen wird der politische Kampf um Souveränität zum Kampf um totale Zerstörung.

Die Versuche der ukrainischen Separatisten, die Bindung zu Rußland zu durchbrechen, sich von dem russischen politischen Raum zu trennen, wird dazu führen, einen permanenten Brennpunkt des nationalen und religiösen Konflikts in Ukraine zu schaffen. Es ist kein Zufall, daß die Orthodoxe Kirche zum Gegenstand heftiger Angriffe in Ukraine geworden ist. Es braucht kaum erklärt zu werden, was dies für Rußland, Ukraine, für die Russen und Ukrainer bedeutet. Stattdessen sollte jeder einmal darüber nachdenken, bevor die Beziehungen in eine nach unten verlaufende Spirale geraten.

Die Wechselbeziehungen zwischen der russischen und ukrainischen Industrie und Wirtschaft ist sehr bedeutsam. Die russische Industrie ist zu 12 Prozent von Lieferungen aus Ukraine abhängig. Wir sind dermaßen aufeinander angewiesen, daß es unmöglich geworden ist, diesen Knoten zu entflechten, obwohl eine weitere Möglichkeit zur Lösung unlösbarer Probleme bestehen bleibt: Den Gordischen Knoten mit dem Schwert zu durchschlagen. Diese Lösung wäre jedoch kaum eine Antwort auch nur auf einen Teil der brennenden Fragen.« □

Britisches Schwurgericht erklärt US-Piloten für schuldig

Ein Untersuchungsgericht für ungeklärte Todesfälle erklärte zwei amerikanische Piloten in absentia für schuldig, während des Kriegs am Persischen Golf gesetzwidrig neun britische Soldaten getötet zu haben – ein Gerichtsbeschluß, der den Weg zur strafrechtlichen Verfolgung der Piloten ebnen könnte.

Die Familien der Opfer dieses »Freundfeuer«-Zwischenfalls klagten an, daß ihnen die wahre Natur der Umstände von den amerikanischen und britischen Militärs vorenthalten werden und verlangten, daß die Piloten bei der Anhörung aussagen. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, den Piloten eine Aussagegenehmigung zu erteilen. Presseberichten über den Prozeß zufolge stellte das Gericht fest, daß die Piloten ohne Zielkoordinaten operierten – nach Gelegenheitszielen suchend hin- und herflogen – und die Anweisungen der britischen Bodenkontrolleure, die sie zu Zielen 13 Meilen von der Stelle, die sie schließlich angriffen, dirigierten, mißverstanden oder vielleicht nicht befolgt haben. Die Piloten feuerten ihre Raketen auf ein britisches gepanzertes Mannschaftsfahrzeug ab und verursachten dadurch die Verluste.

Der Leichenbeschauer, Nicholas Gardiner, sagte, die schriftliche Erklärung der Piloten, die statt einer persönlichen Zeugenaussage abgegeben wurde, »könnte teilweise wahr, teilweise nicht wahr sein. Aber es ist ohne jeden Zweifel klar, daß es nicht die ganze Wahrheit ist.«
Ein Anwalt der Familien geißelte die Weigerung der Piloten, auszusagen. »Ich glaube hier handelt es sich um einen Akt der Feigheit. Ich glaube, Männer von Ehre wären hierher gekommen und hätten ihre Aussage gemacht. Leider haben sich diese Männer als ehrlos erwiesen.« □

Margaret Thatcher zieht gegen Deutschland vom Leder

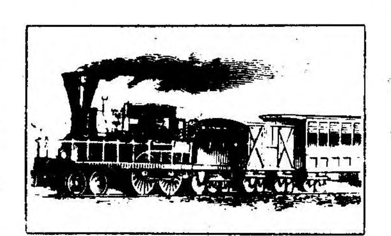
In einer Rede vor führenden Geschäftsleuten in Den Haag, Niederlande, ritt die ehemalige Ministerpräsidentin Margaret Thatcher eine heftige Attacke gegen die Europäische Gemeinschaft und sagte, diese sei nicht stark genug, um Deutschland an der Kandarre zu halten.

»Ein wiedervereinigtes Deutschland kann und wird seine nationalen Interessen in der Wirtschaft oder der Außenpoltik denen der Gemeinschaft für immer unterordnen«, sagte sie.

»Deutschland ist zu groß, um nur ein weiterer Mitspieler im europäischen Spiel zu sein, aber nicht groß genug, um eine unangefochtene Vorherrschaft über seine Nachbarn zu errichten.

Und die Geschichte Europas seit 1870 war weitgehend damit befaßt, die richtige Struktur zu finden, um Deutschland in Schach zu halten.

Falls Deutschland oder irgendeine andere Macht dann eine Politik betreibt, die auf den Widerstand anderer Länder stößt, dann wird es automatisch eine Koalition gegen sich herausfordern. Es wäre müßig, zu bestreiten, daß ein derartiges Gleichgewicht der Macht – denn genau das habe ich soeben beschrieben – gelegentlich zusammengebrochen ist und zum Krieg geführt hat.« □

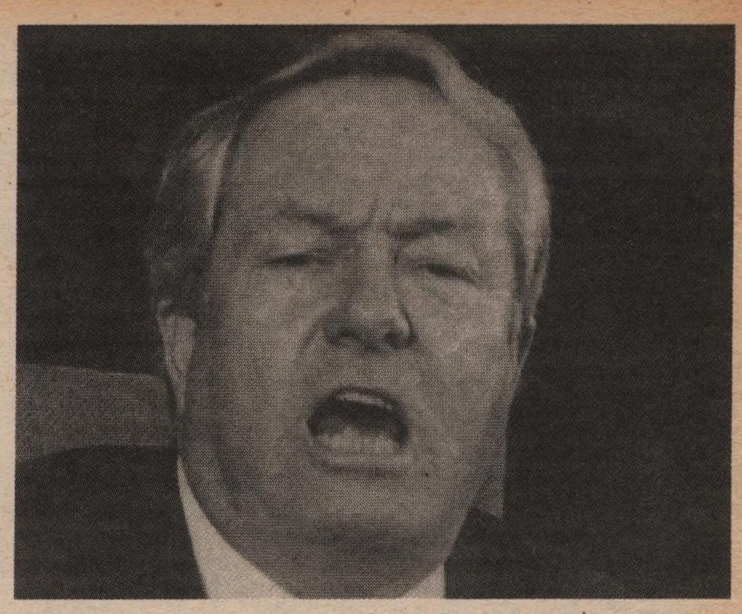


Maastricht-Vertrag

Die Rechnung ohne die Europäer gemacht

Mike Blair

Die Eine-Welt-Hinterzimmer-Diplomaten haben einen wunderschönen, feinsinnig gesponnenen Vertrag zur Einigung Europas zusammengezimmert und schlugen sich gegenseitig wegen ihrer glänzenden Idee auf die Schultern. Das Dumme daran ist, daß sie in ihrer Überheblichkeit vergessen haben, die Völker, die die Rechnung dafür bezahlen werden, zu fragen, was sie wollen. Jetzt kommen sie langsam dahinter.



Jean-Marie Le Pen fordert: »Frankreich den Franzosen«. Er wird mit seiner Front National gegen den Maastricht-Vertrag stimmen.

Dänische Wähler haben den sogenannten Maastricht-Vertrag, das Vehikel zur Vereinigung Europas unter einer Zentralregierung, das fehlerhafte utopische Ziel, der von der elitären Bilderberg-Gruppe angeführten Eine-Weltler, erneut zur Sprache gebracht. Die Gruppe hatte vor wenigen Wochen ihre jährliche geheime Zusammenkunft in Evian, Frankreich, – CODE berichtete darüber –.

Der Vertrag ist bereits kaputt

Die Bilderberger und andere Unterstützer des Vertrages, der im Dezember vergangenen Jahres von den Führern der 12 Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaft, darunter Dänemark, in der Stadt, nach der der Vertrag benannt wurde, unterzeichnet wurde, versuchen, beste Miene zu diesem schweren Rückschlag zu machen. Nichtsdestoweniger ist der Schlag, der ihnen von dänischen Wählern versetzt wurde, die am 12. Juni 1992 in einer Volksabstimmung dagegen stimmten, den Pakt zu ratifizieren, kritischer Natur.

Im Maastricht-Vertrag wird klar und deutlich erklärt, daß er am 1. Januar 1993 nur unter der Voraussetzung in Kraft treten wird, daß alle 12 Mitgliedstaaten ihn ratifiziert haben. Wenn das nicht geschieht, wird der Vertrag am ersten Tag des Monats in Kraft treten, nachdem das letzte Land ihn ratifiziert hat. Mit anderen Worten, Dänemarks Weigerung, den Vertrag zu ratifizieren, macht ihn kaputt.



Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher war über die dänische Abstimmung erfreut.

Dänische Führungspersönlichkeiten, die für die Ratifizierung zu Felde zogen und von den dänischen Wählern zurückgewiesen wurden, haben nach ihrer Niederlage erklärt, daß nur dann eine neue Volksabstimmung abgehalten wird, wenn Änderungen erfolgen, die dem Volk von Dänemark schmackhafter erscheinen.

Schweigen über den Inhalt des Vertrages

Was dänische Wähler an dem Vertrag am meisten störte, war, daß sie, wie die anderen 390 Millionen Menschen in der Europäischen Gemeinschaft, von ihren Führern darüber im Unklaren gelassen wurden, was in dem radikalen Pakt stand. Danach wurden sie über das Ausmaß, in dem der Vertrag den Verlust der Souveränität der einzelnen Staaten, besonders der kleineren wie Dänemark, mit sich bringen wird, völlig in Ungewißheit gehalten. Die dänische Abstimmung hat auch andere europäische Länder dazu veranlaßt, noch einmal über die ganze Sache nachzudenken.



Jacques Delors, der Brüssler Oberbürokrat, will nicht wahrhaben, daß der Maastricht-Vertrag gescheitert ist.

Frankreich, wo die wachsende Wahlmacht der von Jean Marie Le Pen angeführten Front National, die gegen den Vertrag ist, sehr gefürchtet wird, drohte damit, daß seine Führung, der sozialistische Präsident François Mitterrand, seine Meinung ändern und zu einer Volksabstimmung über den Vertrag aufrufen müsse, die ihm von Anfang an zuwider war.

»Es gibt keinen Maastricht-Vertrag mehr, da abgesehen von anderen dummen Fehlern die Verhandlungspartner die Möglichkeit völlig außer Acht gelassen haben, daß eines der Länder die Ratifizierung verweigern könnte«, sagte Philippe Seguin, ein populärer Gaulist, Mitglied der französischen Nationalversammlung und ehemaliger Minister für soziale Angelegenheiten.

In Deutschland, das, wie Frankreich, bei der Befürwortung des Vertrags eine führende Rolle spielte, sagte Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher für die regierende Partei des Bundeskanzlers Kohl, die dänische Entscheidung, nicht zu ratifizieren, »macht unsere Förderung von Maastricht nicht gerade leichter«.

Auch die Deutschen wollen eine Volksabstimmung

Tatsache ist, daß Kohl und andere deutsche Führungspersönlichkeiten unter stärker werdendem Druck stehen, eine Volksabstimmung abzuhalten, die sie, nach kürzlichen Umfrageergeb-

nissen zu urteilen, mit Sicherheit verlieren würden. Aus den Umfrageergebnissen geht hervor, daß Zweidrittel des deutschen Volkes, das als Folge der teilweisen Wiedervereinigung zwischen West- und Mitteldeutschland bereits schwere wirtschaftliche Belastungen auf sich nehmen muß, nicht dazu bereit sind, die mächtige Deutsche Mark zugunsten einer einzigen Währung für die gesamte Europäische Gemeinschaft (EG) aufzugeben, was laut Vertrag für 1999 vorgesehen ist.

In London folgten einige Politiker der regierenden Tories schnell der dänischen Abstimmung, in dem sie der Rückendekkung des Vertrags durch Premierminister John Major ihre Unterstützung aufkündigten.

»Die dänische Entscheidung hat unterhalb der Wasseroberfläche ein Loch in den Vertrag gerissen«, sagte der Konservative Patrick McNair-Wilson. »Was wir wirklich benötigen, ist ein Stück weißes Papier und einen spitzen Bleistift, um damit anzufangen, einen neuen Vertrag zu schreiben.«

Major wies eindringlich darauf hin, daß Britannien immer noch beabsichtige, den Vertrag zu ratifizieren, stellte jedoch im Lichte der nachlassenden Unterstützung die parlamentarische Debatte »bis zu einer Untersuchung der Konsequenzen der dänischen Abstimmung« vorläufig ein.

Ein Gehilfe Majors sagte, der Vertrag sei in der Tat tot, es sei denn, er werde von allen 12 Mitgliedstaaten ratifiziert, was eine völlige Umstimmung des dänischen Volkes und sehr wahrscheinlich der Völker anderer Länder der EG bedeuten würde.

Thatcher erfreut über die Ereignisse

Die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher war über die dänische Abstimmung erfreut. Mrs. Thatcher ist in ihrem Widerstand gegen die französisch-deutsche Ansicht über ein vereintes Europa sehr wortreich; eine Einstellung, die teilweise zu ihrem Rücktritt von der Führungsspitze Britanniens führte, als Konservative, die eine solche Vereinigung befürworteten, sich von ihr trennten.

»Die Dänen haben einen großen Dienst für die Demokratie gegen Bürokratie geleistet«, sagte Mrs. Thatcher.

»Dies ist eine Stimme gegen eine größere Zentralisierung Europas« sagte eine andere britische Führungspersönlichkeit. »Unsere Prioritäten liegen anderswo.«

Führer der konservativen Regierung weisen darauf hin, daß jetzt praktisch keine Möglichkeit besteht, daß Britannien einer neuen EG-Konferenz zustimmt, um einen verdaulicheren Vertrag abzuschließen, wenn Britannien vom 1. Juli an für sechs Monate die Präsidentschaft in der EG übernimmt.

Die dänische Abstimmung hat die wachsenden Differenzen unter den 12 Mitgliedstaaten der EG darüber hervorgehoben, ob Europa eine vereinigte Bundesmacht mit gemeinsamer Außen-, Militär- und Geldpolitik, im Gegensatz zu einer bloßen Freihandelszone, sein sollte.

Unter den Völkern der EG herrscht wachsende Besorgnis darüber, daß nationale Interessen und Symbole der nationalen Souveränität in einem europäischen Superbundesstaat die zweite Geige spielen werden.

Angst vor der Macht der Großmächte

Das dänische Volk kam zu dem Schluß, daß eine neue europäische Union keine Regierung des Volkes, sondern eher ein Spielfeld für globalistische Politiker sein würde.

Nach der Abstimmung gaben die Dänen laut und deutlich ihrer Meinung Ausdruck, daß die EG so strukturiert werden sollte, daß sie spezifische und zeitweilige Probleme lösen kann und keinen neuen Supernationalstaat anstrebt, in dem Dänemark und andere Kleinstaaten der EG von der Macht der Großmächte erdrückt würden. □



Polen

Kritik an westlicher Wirtschaftspolitik

David Hudson

Polens Wirtschaftsprobleme sind repräsentativ für die Herausforderungen,mit denen es alle ehemaligen kommunistischen Länder zu tun haben, die hart darum kämpfen, ihre Wirtschaften auf die Grundsätze des sogenannten freien Marktes, umzustellen. Das Dumme daran ist, daß sie sich auf den Finanzkapitalismus westlichen Stils umstellen – angeheizt durch Schulden und durch Zinsen versklavt. Monopolistische westliche Firmen kommen herein und treten an die Stelle der ehemaligen staatseigenen Monopole. Das populistische freie Unternehmertum ist nach wie vor die beste Lösung.

Polens Präsident Lech Walesa ist über den Westen verärgert. Er ist besonders erschüttert über die seinem Land angebotenen Handelsbedingungen, da es sich dadurch einer »Schocktherapie« unterziehen muß, um so schnell wie möglich von einer geplanten, sozialistischen Wirtschaft zur freien Marktwirtschaft überzugehen. Die Presse des Establishments weidet sich an der Tatsache, daß mehr als 90 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte Polens in gerade drei Jahren vom Staatseigentum in Privateigentum übergegangen sind. Eine Folge davon, wird uns wiederholt gesagt, besteht darin, daß die Läden voll sind und lange Schlangen nach Lebensmitteln und anderen Notwendigkeiten der Vergangenheit angehören.

Geschäfte mit der Revolution

In einer Rede vor dem Europarat in Straßburg im Februar sagte Walesa: »Es sind Sie, der Westen, der mit der Polnischen Revolution gute Geschäfte gemacht hat. Der Westen sollte uns helfen, die Wirtschaft nach neuen Grundsätzen zu ordnen, aber in Wirklichkeit beschränkte er sich weitgehend darauf, unsere binnenländischen Märkte auszubluten.«

Walesa bezog sich auf die Tatsache, daß die kürzlich privatisierten Einzelhandelläden voller importierter Waren sind. Dies ist keineswegs überraschend, da die Waren unter der von den Kommunisten geführten Kommandowirtschaft, nach gewöhnlichen westlichen Maßstaben gemessen, von schlechter Qualität waren. Waren, die in ihrer Qualität wettbewerbsfähig waren, wurden exportiert oder in Polen in »Hartwährungs«läden verkauft, wo der polnische Sloty nicht akzeptiert wurde. Dies wurde hintergründig mit »interne Exporte« bezeichnet.

Vor mehr als zwei Jahren nahmen wir zu den Aussichten für Polens Wirtschaft Stellung und schrieben, daß der »Wechsel vom derzeitigen (sozialistischen) System zu einem Marktsystem Gefahren in sich birgt. Er könnte sogar Polens Fähigkeit, seine Auslandsschulden zu bedienen, gefährden...

Die Presse des Establishments wird Hosiannas des Lobes für jene Segmente der polnischen Wirtschaft singen, die mit Erfolg die von polnischen Männern und Frauen hergestellten Produkte verkaufen, deren Erlöse dann den ausländischen Bankiers als Zinsen gezahlt werden. Und die Prognose für Polens Wirtschaft ist nicht sehr günstig«, schrieben wir damals.

Polens Schuldensituation hat sich in den letzten beiden Jahren ver-

Polen

Kritik an westlicher Wirtschaftspolitik

schlechtert, aber es gibt eine Erleichterung. Vor zwei Jahren beliefen sich Polens Auslandsschulden auf rund 39 Milliarden Dollar. 1991 waren sie auf 50 Milliarden Dollar gestiegen. Ende des vergangenen Jahres einigten sich der »Klub von Paris«, der offiziellen Gläubiger Polens, darüber, mindestens die Hälfte der an ausländische Regierungen und Geldverleihinstitute geschuldeten 33 Milliarden Dollar zu erlassen. Die verbleibenden 17 Milliarden Dollar werden den internationalen Bankern, hauptsächlich deutschen Banken, geschuldet.

Das Problem des Schuldenerlasses

Im Juli 1991 erließen die Vereinigten Staaten 70 Prozent der 3,67 Milliarden Dollar, die Polen der US-Regierung schuldete, und im Februar 1992 erließ Deutschland die Hälfte der 5,5 Milliarden Dollar, die Polen der deutschen Regierung schuldete. Zur Zeit werden Polens Gesamtauslandsschulden vom IWF auf rund 46 Milliarden geschätzt.

Die »New York Times« zitierte einen nicht namentlich genannten Banker, der sich bitter über diese Schuldenerlasse beklagte. »Sie wollen Schuldenerlasse«, soll der Banker gesagt haben. »Das ist ihre Position, und sie wollen einfach nicht davon herunter. Aber wir sind keine Regierung. Wir müssen uneinbringliche Darlehen abschreiben. Und dann schreien unsere Aktionäre.

Die Polen müssen noch begreifen lernen, wie das westliche Bankwesen funktioniert, und was Abschreibungen für die Kreditwürdigkeit der Banken bedeutet. Einfach ausgedrückt, wenn wir Geld verleihen und sie zahlen es nicht zurück, dann werden Sie niemals auch nur einen Cent mehr von uns sehen. So liegen die Dinge.«

Dieser Banker vernebelt absichtlich, wie seine Industrie in Wirklichkeit funktioniert. Da Polens Schuldenlast als Folge des teilweisen Schuldenerlasses bei den offiziellen Anleihen tatsächlich verringert wird, ist es per Definition weniger beschwerlich, seine verbleibenden Schulden zu bedienen.

Die erstaunlichen Berichte des Bankers

Was der Banker wirklich befürchtet, ist, daß seine Bank, und andere Handelsbanken, die Geld aus dem blauen Dunst heraus herbeizaubern, wenn sie Darlehen an Polen und andere Darlehensnehmer vergeben, unter Druck gesetzt werden, einen Teil ihrer polnischen Darlehen zu erlassen. Die Bank würde tatsächlich nichts als einen Buchungseintrag verlieren, da das Geld für das Darlehen aus dem Nichts geschaffen wurde und zu nichts zurückgegeben sein wird. Es zeugt für die Macht der Banken über Regierungen, daß es sich hier um Darlehen handelt, die der Steuerzahler an Polen vergeben hat, die jetzt erlassen werden.

Da die amerikanische und andere Regierungen polnische und andere Darlehen erlassen, müssen sie irgendwie Rechenschaft für die Tatsache ablegen, daß ein »Vermögenswert«, ein Darlehen, das zwar offiziell Zinsen anwachsen ließ – aber nicht immer tatsächlich einbrachte –, buchstäblich gestorben und in den Geldhimmel gekommen ist. Dies tun sie, indem sie den negativen Buchführungseintrag der Ziffer des Bundesdefizits hinzufügen, wofür wiederum die Steuerzahler verantwortlich sind.

Im Falle Polens, eines christlichen europäischen Landes, das sich emsig bemüht, die Auswirkungen von mehr als 40 Jahren kommunistischer Unterdrückungen abzuschütteln, ist Schuldenerlaß wirklich angebracht. Polen zahlt derzeit keine Zinsen auf seine Auslandschulden und wird auch in absehbarer Zeit nicht dazu in der Lage sein. Aber der Erlaß von Ägyptens Militärschulden in Höhe von sieben Milliarden Dollar war nichts anderes als Bestechungsgelder für eines der korrupten Unterdrückungsregimes auf Erden, weil Ägypten eine nominelle Anzahl von Soldaten zum Einsatz bei der Operation Wüstensturm entsandt hatte.

Zur Zeit des Erscheinens dieses Artikels bekommt man für einen Dollar 12 500 Slotys. Der Sloty ist jetzt eine konvertierbare Währung, und es steht den Polen frei, ausländische Währung auf dem offenen Markt zu kaufen. Der Schwarzmarkt mit harter Währung, der unter den Kommunisten vorhanden war, ist verschwunden. Aber die Arbeitslosigkeit hat sich 1991 von unter sechs Prozent auf 11,4 Prozent fast verdoppelt, und im laufenden Jahr wird Schlimmeres erwartet.

Niedrige Löhne, hohe Kosten

Die »Washington Post« berichtete, daß »das durchschnittliche Jahreseinkommen nur etwa 2000 Dollar beträgt, die Büromieten in Warschau aber beträchtlich höher sind als in Washington.

Polen werden zwischen einem expandierenden Privatsektor und einem zusammenbrechenden Staatshaushalt wie beim Poker übervorteilt. Sie sehen Läden mit teuren elektronischen Geräten und importierten Lebensmitteln vollgestopft. Es stehen 80 000 Dollar teure Mercedes-Limosinen in strahlenden Ausstellungsräumen zur Schau, und private Autos rasen zum Warschauer Flugplatz hinaus, um Aktentaschen tragende Ausländer in 500-Dollar-Regenmänteln abzuholen.«

Außer ausländischen Touristen und Geschäftsleute sind diejenigen, die teure Importwaren in einem Lande kaufen können, wo das Jahreseinkommen nur 2000 Dollar beträgt, die »Eigentümer und Geschäftsleiter« der jüngst privatisierten Geschäfte, sehr oft sind es die ehemaligen kommunistischen Ausbeuter, jetzt wiedergeborene Kapitalisten – die wieder einmal die Stellungen des Privilegs und der Rangordnung einnehmen, die sie unter dem alten Regime genossen.
Die »Los Angeles Times« stellte fest: »Obwohl einige Leute wieder auf die Beine kommen, bleiben die meisten Polen verzweifelt arm. ›Das wirkliche polnische Wunder‹, sagt ein Universitätsprofessor mit zwei Kindern, und einem Gehalt von 90 Dollar pro Monat, ›besteht darin, wie wir überhaupt überleben können‹. Er tut es, indem er fleißig nebenberuflich abends arbeitet – an zwei zusätzlichen Arbeitsstellen.«

Dringend protektionistische Politik verlangt

Polen wäre gut beraten, die Einfuhren, die nur den wenigen Polen zur Verfügung stehen, die die Mittel haben, sie zu kaufen, drastisch zu reduzieren. Stattdessen sollte es die Fremdwährung, mit der diese Importe bezahlt werden, sowie das Geld, das eingespart wird, weil keine Zinsen auf Auslandsdarlehen bezahlt werden müssen, zum Kauf von Maschinen, Ersatzteilen und Rohmaterialien aus dem Westen verwenden, die erforderlich sind, um die Produktion zu erhöhen, die Qualität zu verbessern und es ausländischen Beteiligten am Gesellschaftskapital – im Gegensatz zu geldverleihenden Banken – ermöglichen, Gewinne wieder ins Land zu holen.

Wie CODE vor mehr als zwei Jahren schrieb: »Eine offensichtliche Hilfe zum Übergang von einer kommunistischen Kommandowirtschaft zu einem freien Unternehmertum – oder eher noch zu einer ›Misch‹-Wirtschaft, wo regierungseigene Unternehmen neben privaten Unternehmen existieren und keine Subventionen benötigt werden – wäre eine Umleitung von Waren vom Export zur Binnenwirtschaft. Dadurch würden sich Qualität und Quantität der für polnische Arbeiter verfügbaren Waren erhöhen und das notwendige Fundament zu einer produktiveren polnischen Industrie und Landwirtschaft gelegt werden.« Dies würde auch die derzeitige hohe und steigende Arbeitslosenquote senken und vielleicht sogar zu einem Durchschnittslohn für polnische Arbeiter führen, der höher als 2000 Dollar pro Jahr liegt.

Was aber noch wichtiger ist, dies würde es Polen ersparen, seine Zukunft an internationale Banker zu verpfänden. □



Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Gorbatschow will zurück an die Macht

Alfred König

Die Internationalisten haben ihr Ziel, die Machtergreifung in der ehemaligen Sowjetunion, noch nicht aufgegeben. Nachdem es eine Zeitlang so aussah, als sei die politische Karriere des Alt-Leninisten Michail Gorbatschow beendet, so drängt er in jüngster Zeit wieder verstärkt an die Macht. So wurde er beim Umweltgipfel in Rio zum Präsidenten des »Grünen Kreuzes« gewählt, eine Organisation, die sich weltweit um die Belange des Umweltschutzes kümmern will. Russische Zeitungsberichte besagen jetzt sogar, daß Gorbatschow »nach Rache lechzt« und ein politisches Amt in Rußland anstrebt. Ausgeschlossen wird dabei auch nicht, daß sich Gorbatschow noch einmal für das Amt des russischen Präsidenten bewerben wird.

Kein Geheimnis ist, daß Gorbatschow in den vergangenen Monaten begonnen hat, seine Anhänger wieder zu sammeln und sich in wichtigen Bevölkerungsschichten wieder eine Lobby zu verschaffen. So erklärte er etwa der »Komsomolskaja Prawda«: »Das Volk ist am Rande eines Einbruchs.« Er vergaß natürlich nicht hinzuzufügen, daß er mit seinen Erfahrungen als Staatsoberhaupt wieder zur Verfügung stehe.

Alte kommunistische Ideale wieder begehrenswert

Hintergrund der steigenden Popularität Gorbatschows ist der wirtschaftliche Notstand in den Staaten der ehemaligen UdSSR. Durch die zu rasche Umstellung auf marktwirtschaftliche Grundsätze, einiger sich hierbei geleisteter Fehler sowie durch die Sabotage der Umstrukturierung durch die alten kommunistischen und stalinistischen Kadertruppen geht es dem Großteil der Bürger der GUS heute schlechter als zu Zeiten des Sozialismus – wenngleich dies natürlich nur eine Übergangszeit ist; nur sieht der einfache Bürger das, was heute ist, und nicht das, was er morgen bekommen kann –.

Dies alles führte dazu, daß langsam, aber sicher die alten kommunistischen Ideale wieder als begehrenswert gelten, »denn schließlich hatten wir damals gut zu essen, und in westliche Länder reisen wollen wir sowieso nicht, auch fehlt uns dazu ohnehin das Geld«, heißt es hierzu oft. Nur noch rund ein Drittel der russischen Bevölkerung erklärten kürzlich in einer Umfrage, hinter Jelzin zu stehen. 56 Prozent erklärten, »unruhig« zu sein.

Inzwischen bestätigte auch das Bundesaußenministerium inoffiziell, daß in Georgien die »Reform«-Kommunisten wieder das Sagen haben, und daß Eduard Schewardnadse – bekanntlich einer der engsten Vertrauten Gorbatschows – als Vorsitzender der Übergangs-Staatsrats die »gute alte KP-Zeit« dadurch ins Bewußtsein zurückruft, daß in seinem Staat gegenwärtig die meisten Menschenrechts-Verletzungen auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion verübt werden. Vergessen werden darf auch nicht, daß eben dieser Schewardnadse im Westen vor Jelzin-Zeiten neben Gorbatschow als wichtigste Symbolfigur für eine Demokratiesierung der Sowjetunion angesehen wurde.
Wie sehr Jelzins Politik derzeit vom Westen blockiert und dadurch erheblich erschwert wird, zeigte sich in den vergangenen Monaten bei vielen Gelegenheiten, zuletzt auch beim Weltwirtschaftsgipfel in München. Zwar wurden immer wieder Hilfen für die GUS zugesagt, getan hat sich aber bislang nicht viel.

Die Alleinschuld hieran darf aber nicht dem Westen alleine gegeben werden; auch Jelzin machte schwere Fehler. Er strukturierte zu schnell um, er nahm zu wenig Rücksicht auf durchaus zu akzeptierende westliche Wünsche nach Sicherheit und machte sicherlich besonders in der Frage der Rückzahlung der sowjetischen Schulden an die westlichen Staaten eher die Figur eines Erpressers denn eines Staatsmannes.

Auch Jelzin machte schwere Fehler

Auch ist es nur schwer verständlich, wie er die Japaner mit seiner Hü-Hott-Taktik bezüglich der Kurilen-Inseln so verstimmen kann. Hatte er noch vor wenigen Monaten eine Lösung dieser Frage innerhalb weniger Wochen in Aussicht gestellt, so geschah bislang rein gar nichts. Inoffiziell war zu vernehmen, daß er in dieser Frage Rücksicht auf das Militär nehmen muß und er auch deswegen diese Frage vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag entscheiden lassen will, sicher ist aber, daß er durch sein ungeschicktes Vorgehen sehr viel Porzellan zerschlagen und die Japaner sehr verstimmt hat. Und gerade die japanische Industrie könnte mithelfen, die mannigfachen russischen Probleme innerhalb einer annehmbaren, recht kurzen Zeit zu lösen!

Eine Art von Weltregierung ist nötig

Dieses freut natürlich die Internationalisten, die seit jeher dem eher nationalstaatlichen Weg Jelzins großes Mißtrauen entgegengebracht haben. Ihr Mann war und ist Michail Gorbatschow. CODE hatte in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt, in welche Richtung die Politik des im Westen nahezu vergötterten Gorbatschows wirklich geht.

Und vor wenigen Monaten hat Gorbatschow dann auch wirklich »die Hose heruntergelassen«. Bei seinem USA-Besuch schlug er in Fulton (Missouri) vor, daß alle Regierungen ihre Waffenexporte bis zum Jahre 2000 einstellen. Fulton ist auch ein sehr symbolträchtiger Ort für die internationalistischen Bewegungen. Fast genau auf den Tag vor 46 Jahren hatte der damalige britische Premierminister Winston Churchill in Fulton nämlich das Bild des »Eisernen Vorhangs« geprägt. In einer programmatischen Rede forderte Gorbatschow weiter eine Stärkung und Reform der UNO. Die Erkenntnis, daß »eine Art von Weltregierung nötig ist«, gewinne an Boden, erklärte er unverhüllt.
Sollte es den Internationalisten wirklich gelingen, Gorbatschow wieder an die Macht zu hieven, dann droht der Welt ernsthafte Gefahr. Dann wäre die Idee der »Eine Welt« nämlich kaum noch aufzuhalten. Man sieht, wie die Weltengemeinschaft nahezu tatenlos zuschaut, wie die altstalinistischen Betonköpfe der Serben versuchen, das Auseinanderfassen Jugoslawiens zu verhindern und sich zumindest die wichtigsten und reichsten Gebiete Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas zu sichern. Zwar wird nun versucht, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern sicherzustellen. In die Kämpfe selber wird aber nicht eingegriffen, so wie ein Jahr zuvor, als der Irak versuchte, die von den Internationalisten geschaffene Ordnung im arabischen Raum zu seinen Gunsten zu ändern.

Ein starkes Rußland in Zusammenarbeit mit einem sich zunehmend mehr auf seine nationale Identität besinnenden Deutschland würde dagegen einen starken Rückschlag für die Pläne zu einer »Eine Welt-Regierung« darstellen. Dieser Block wäre aber durchaus möglich, wenn der nationalstaatliche Weg Jelzins Erfolg haben würde. Also wird versucht, dagegen anzugehen. Haben die Internationalisten damit Erfolg, wird der große Verlierer die Menschheit sein. Aber dann wird es zu spät sein, dagegen anzugehen! □



Slowakei

Warum haben Slowaken ein Recht auf einen eigenen Staat?

John Springfield

Die Slowaken gehören zu den ältesten Völkern Europas. Sie waren das erste slawische Volk, das im 7. Jahrhundert nach der Niederlage der Awaren ein eigenes Staatsgebilde gegründet haben.

Dieses Staatsgebilde ist in die Geschichte nach dem fränkischen Kaufmann Samo als »Reich Samos« (623 – 659) eingegangen. Im Jahre 799 wurde das Reich der Awaren vom König der Franken, dem späteren Römischen Kaiser, Karl dem Großen (768 – 814) endgültig vernichtet. Dies hatte zu Folge, daß die Slowaken auch politisch unter dem Einfluß des mächtigen Nachbarn gekommen waren. Deswegen vereinigten sich die slowakischen Fürsten. Um 830 weihte der Salzburger Erzbischof Adalram in der Slowakei, auf dem Gebiet des Pribina Fürstentums die älteste Kirche ein, die auf dem Gebiet des ehemaligen Großmährischen Reiches gebaut wurde. Den stärksten Aufschwung erreichte das Slowakische Reich – »Großmährische Reich« – in der Zeit der Herrschaft der slowakischen Fürsten Rastislav (846 – 870) und Swatopluk (870 – 894).

Ein kulturelles Zentrum im damaligen Ungarn

Auf die Bitte des Fürsten Rastislav »Lehrer« zu schicken, die der slowakischen Sprache mächtig sind, entsandte der Kaiser von Byzanz, Michael III. (842 – 867) die in solchen Missionen schon bewährten Brüder Konstantinos (827 – 869) und Methodios (815 – 885). Beide Brüder waren hoch gebildet. Konstantinos (Ordensname: Kyrillos) war Priester und Gelehrter (»Philosoph« genannt), und Methodios Jurist, später Mönch und Erzbischof.

Ihr Vater Lev war in Thessalonike (Saloniki) ein hoher Beamter beim Kaiser. In Thessalonike lebten damals überwiegend Slawen. Nach einer kurzen Vorbereitung kamen beide Brüder im Jahre 863 in die Slowakei, wo sie eifrig eine rege religiös-kulturelle Tätigkeit entwickelt haben. Sie bereiteten Dutzende von Kandidaten für das Priesteramt vor, die später in Rom zu Priestern geweiht wurden.

Im Jahre 869 starb in Rom Konstantinos (Kyrillos). Methodios wurde später zum Priester und Bischof geweiht und zum Erzbischof und päpstlichen Legat ernannt. So verfügen die Slowaken schon in der zweite Hälfte des 9. Jahrhunderts über eine komplette kirchliche Organisation.

Kyrillos und Methodios zogen nicht nur Kandidaten für das Priesteramt, sondern auch Juristen für die Verwaltung des Reiches heran. Man kann mit Recht sagen, sie seien Gründer der ersten Hochschule mit theologischer und juristischer Fakultät in der Slowakei.

Der ungarische König Matthias Corvinus (1457 – 1490) gründete in Bratislava die Universität »Academia Istropolitana«, die nach seinem Tode zu existieren aufhörte.

Péter Pázmány (1570 – 1637), Erzbischof und Kardinal von Estergom (Gran) gründete im Jahre 1635 in Trnava (Tyrnau), Slowakei, eine Universität, die die Königin Maria Theresia im Jahre 1777 nach Ofen verlegen ließ. In Trnava gründete man die Königliche Akademie, die im Jahre 1786 nach Bratislava verlegt wurde.

Die Slowakei fungierte mehrere Jahrhunderte hindurch als ein kulturell-wissenschaftliches Zentrum im damaligen Ungarn.

Deutsch als Amtssprache

Die Feinde der slowakischen Liturgie erreichten, daß nach dem Tod Methodios die slowakischen Priester aus dem Reich Swatopluks vertrieben wurden. Diese verkündeten das Evangelium bei anderen Slawen. Später halfen diese slowakischen Priester bei der Christianisierung der Magyaren, die nach dem Tod Swatopluks (894) sich im Jahre 907 der Slowakei bemächtigten.

Politisch beherrschten sie die Slowakei erst nach ihrer Niederlage bei Augsburg im Jahre 955. Nach dieser Niederlage wurden die Magyaren seßhaft. Sie begannen sich in einem Staatsgebilde zu organisieren. Dieser Prozeß, bei dem auch die Slowaken halfen, dauerte 100 Jahre. Der Begründer der königlichen Dynastie der Arpaden, die in Ungarn 300 Jahre regierte, war Árpád.

Diese Dynastie starb 1301 mit Andreas III. (1290 – 1301) in der männlichen Linie aus. Nach 1301 regierten in Ungarn Könige aus anderen Königsgeschlechtern. von 1526 bis 1918 war es die Dynastie der Habsburger. Ungarn entwickelte sich in einen multinationalen Ständestaat.
Bis zur Königin Maria Teresia und ihres Sohnes Joseph II. (1740 – 1780 – 1790) war die Amtssprache in ganz Ungarn Lateinisch. Joseph II. verordnete auch in Ungarn statt des »toten Latein« Deutsch als Amtssprache zu verwenden.

Dies bedeutete den Anfang vom Ende des ungarischen Königtums. Vor allem die Magyaren revoltierten gegen diesen Entschluß des Joseph II. Sie verlangten, daß in Ungarn das Ungarische zur Amtssprache erhoben wird. Schließlich erreichten sie dies nach dem Österreich-Ungarischen Ausgleich (1867), obwohl die Nicht-Magyaren in der damaligen Monarchie viel zahlreicher waren. Man begann die Nicht-Magyaren zu magyarisieren.

Starke Magyarisierung der Slowaken

Vor allem sollten die Slowaken gänzlich magyarisiert werden. Im Jahre 1840 machten die Magyaren 37,37 Prozent der Bevölkerung aus, im Jahre 1890 42,81 Prozent und im Jahre 1900 bereits 51,4 Prozent. Dagegen machten die Slowaken im Jahre 1840 13,10 Prozent der Bevölkerung aus, im Jahre 1890 nur 11,01 Prozent und im Jahre 1900 11,8 Prozent. Die Magyaren verzeichneten in 60 Jahren Zuwachs um 14,03 Prozent, wohingegen die Zahl der Slowaken in diesem Zeitraum um minus 1,2 Prozent schrumpfte. Diese Angaben liefern einen klaren Beweis für die starke Magyarisierung der Slowaken.

Nach dem Ersten Weltkrieg (1914 – 1918) trennten sich die Slowaken von den Ungarn und gründeten mit den Tschechen als gleichwertige Partner die Tschecho-Slowakische Republik. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Tschechen aus der Slowakei ihre »Kolonie« gemacht haben. Alle Anstrengungen slowakischer Politiker die Verhältnisse in der ČSR zu normalisieren, scheiterten an der herrschsüchtigen Politik auf der tschechischen Seite, vor allem an Beneš.

Zweimal von der tschechischen Politik vernichtet

Am 14. März 1939 proklamierten die Slowaken nach Auflösung der ČSR einen eigenständigen Staat (1939 – 1945). Das Slowakische Parlament hat am 26. Oktober 1939 Dr. Josef Tiso (1887 – 1947) zum ersten Präsidenten der Slowakischen Republik gewählt. Ihm verdankt Dr. Beneš seine Wahl zum Präsidenten ČSR 1935. Sein Dank: Er ließ Dr. J. Tiso



Unter Karl dem Großen wurde das Reich der Awaren vernichtet. Die Folge: Die Slowaken kamen politisch unter den Einfluß ihrer mächtigen Nachbarn.

meuchlerisch zum Tode verurteilen und am 18. April 1947 in Bratislava hinrichten.

Auch diesen prosperierenden Staat half Beneš zu zerstören und warf ihn im Jahre 1945 Stalin als Beute vor. Also wurde die Slowakei zweimal von der tschechischen Politik vernichtet. Es ist daher kein Wunder, daß die Slowaken: »Weg von Prag!« – »Die Slowakei den Slowaken!« – fordern.

In Europa gibt es zur Zeit 15 souveräne Staaten, die flächen- oder zahlenmäßig kleiner als die Slowakei sind (49014 Quadratkilometer 5500000 Einwohner). Einige Beispiele:

Schweiz: 41293 Quadratkilometer – 6455600 Einwohner;
Belgien: 30519 Quadratkilometer – 9858000 Einwohner;
Kroatien: 56538 Quadratkilometer – 4576000 Einwohner;
Slowenien: 20251 Quadratkilometer – 1884000 Einwohner;
Albanien: 29000 Quadratkilometer – 3030000 Einwohner;
Dänemark: 43075 Quadratkilometer – 5170000 Einwohner;
Litauen: 65200 Quadratkilometer – 3420000 Einwohner;
Lettland: 63700 Quadratkilometer – 2529000 Einwohner;
Estland: 45100 Quadratkilometer – 1474000 Einwohner;
Luxemburg: 2586 Quadratkilometer – 400000 Einwohner;
Monaco: 154 Quadratkilometer – 300000 Einwohner.

Ganz zu schweigen von den »Zwergstaaten«.

Kein armer Verwandter der Tschechen

Nur die Slowaken sollen kein Recht auf einen eigenen Staat haben?

Die Slowaken wollen als vollberechtigtes Mitglied – und nicht wie ein armer Verwandter des tschechischen Volkes – mit den übrigen souveränen Staaten das gemeinsame »Haus Europa« bauen. □

George Bush

Die Geschichte mit der kubanischen Verkehrsmaschine

Warren Hough

Die Beweise, die auf US-Präsident George Bushs Rolle bei dem terroristischen Bombenanschlag auf eine kubanische Verkehrsmaschine schließen lassen, werden durch neue Enthüllungen untermauert. Wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Ausweisung nach Kuba fordern, oder vor das Weltgericht, wie Bush und die UNO es im Falle der libyschen Verdächtigten bei einem ähnlichen Verbrechen getan haben?

Lange unterdrückte Akten haben »niederschmetternde« neue Beweise für die von US-Präsident George Bush bei dem Bombenanschlag auf eine kubanische Verkehrsmaschine in der Luft und dessen anschließende Vertuschung zutage gefördert, haben lateinamerikanische Beamte, die eine »vorläufige Untersuchung« des tragischen Vorfalls durchführen, dem Sicherheitsrat mitgeteilt.

Das Verbrechen soll vertuscht werden

Aus geheimen Akten soll hervorgehen, daß Bush Mitte 1976, als er als Chef des CIA diente, das »Gesamtkommando über eine vermasselte Sabotageoperation hatte, die mit dem Tod aller 73 Insassen endete«, erfuhr CODE aus diplomatischen Kreisen, die der Untersuchungskommission nahestehen.

Ein als Luis Posada identifizierter CIA-Agent wurde von venezuelanischen Behörden festgenommen, kurz nach dem das kubanische Flugzeug beim Start nach einer Zwischenlandung zum Auftanken in der Karibik in der Luft explodierte, verlautet aus diesen Kreisen. Posada, ein Mitglied eines beachtlichen Kontingents des CIA, das seinerzeit von venezuelanischen Stützpunkten aus geheime Operationen durchführte, wurde beschuldigt, eine Sprengvorrichtung an Bord der Maschine geschmuggelt zu haben, und wurde darum in Untersuchungshaft genommen.

Bush, der eifrig bemüht ist, jede Verantwortung für solch ein grauenhaftes terroristisches Verbrechen von sich zu weisen, ordnete eine Vertuschung des Verbrechens, »wobei alles erlaubt ist«, an, geht aus den Akten hervor.

»Um Posada aus der Schußlinie zu bringen, knöpfte der CIA sich einen anderen Verdächtigten, Dr. Orlando Bosch, einen militanten im Exil lebenden kubanischen Aktivisten vor, der für ›bewaffnete Aktionen‹ gegen Castros Diktatur eintrat«, erinnerte sich Felipe Rivero, ein populärer Rundfunkmann aus Miami und Spotlight-Korrespondent in der Region.

Venezuelas Geheimpolizei, nach ihren spanischen Anfangsbuchstaben DISIP benannt, unterhielt enge Beziehungen zum CIA und folgte deren Führung. Bosch wurde ins Gefängnis gesperrt und der Mittäterschaft an dem Bombenanschlag in Venezuela beschuldigt.

Der CIA beschaffte neue Personalpapiere

Der nächste Schritt bei der von Bush orchestrierten Vertuschung bestand darin, Posada »wieder herbeizuschaffen«, verlautet aus diesen Kreisen. Durch einen gut organisierten und verschwenderisch finanzierten Gefängnisausbruch, ließ man den angeblichen Bombenattentäter aus Venezuela nach Panama verschwinden, wo ihm der CIA neue Personalpapiere unter dem Namen Ramon Medina, einen reisenden guatemalischen Geschäftsmann, ausstellte.

Mit dem abschließenden Schritt bei der Vertuschung wurde Posada, jetzt als »Medina« bekannt, an Felix Rodriguez, einen hochstehenden CIA-Agenten im Außendienst, übergeben, zu dem Bush eine persönliche Arbeitsbeziehung unterhielt, geht aus den Akten hervor. Rodriguez teilte Posada eine Reihe von geheimen Aufgaben bei CIA-Mannschaften, die in Mittelamerika stationiert waren, zu, weitgehend um ihn zu schützen und ihn »bei Laune zu halten«, verlautet aus unseren Informationsquellen.

»Ich habe meinerseits 11 Jahre in verschiedenen venezuelanischen Höchstsicherheitsgefängnissen zugebracht«, sagte Bosch zu einem unserer Korrespondenten während eines kürzlichen Telefongesprächs. »In jenen Jahren wurde ich viermal wegen des Bombenanschlags auf das kubanische Flugzeug vor Gericht gestellt. Mein Fall wurde vor Militär-, Zivil- und Appellationsgerichten verhandelt. Ich wurde jedesmal für unschuldig erklärt. Aber nach jedem Freispruch trug der CIA neue ›Anregungen‹ bezüglich meiner Schuld vor.« Schließlich teilte die venezuelanische Regierung Washington mit, sie könne Bosch nicht länger festhalten. Blaß aussehend und von schwacher Gesundheit, wurde der fälschlicherweise beschuldigte »Terrorist« nach Miami zurückgeflogen. »Hier konnte ich auf keinen Freispruch hoffen«, erinnerte sich Bosch. »Am Flughafen legten mich Beamte der Einwanderungsbehörde in Ketten. Ich wurde 29 Monate lang in Einzelhaft festbehalten.«

Status eines deportierten Fremden

Nach seiner vorübergehenden Entlassung, nachdem führende Cuban-America-Republikaner sich unermüdlich für seine Sache eingesetzt hatten, lebt Bosch jetzt zurückgezogen in der Nähe von Miami.

»Mein Status ist der eines ›deportierbaren‹ Fremden«, sagte er zu unseren Korrespondenten. »Wenn ich irgendeine politische Tätigkeit aufnehme, oder auch nur zuviel rede, kann man mich wieder ins Gefängnis werfen. Ich bin nicht in der Lage, zu umstrittenen Fragen Stellung zu nehmen – nicht einmal in meiner eigenen Sache.«

Unter einem angenommenen Namen mit einem mageren Gehalt des CIA in Mittelamerika zu leben, erwies sich auch schwierig für Posada, berichtet unser Korrespondent Rivero. »Vor einigen Jahren gingen zwei Männer in einem Restaurant in Guatemala auf Posada zu und schossen fünfmal auf ihn«, berichtete Rivero.

Er überlebte die Schießerei wie durch ein Wunder. Schwer verletzt – er lebt heute weitgehend mit flüssiger Nahrung und geht an einer Krücke – ist er in der »Schutzhaft« des CIA untergetaucht.

Der Grund für den Mordversuch an Posada ist jedoch bekannt: »Er trank ein wenig und redete zuviel«, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen. »Der CIA benötigte eine luftdichte Vertuschung jenes Bombenanschlags auf die Verkehrsmaschine. Als Posada redselig wurde, war seine Brauchbarkeit für Bush am Ende – und wenn seine eiserne körperliche Verfassung und das wundersame Überleben nicht gewesen wären, wäre er auch am Ende gewesen.« □

John Demjanjuk

Das Ende von Israels »Shoah«-Prozeß

Victor Marchetti

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Verfolgung und Strafverfolgung – böswillig vom Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums aufgeheizt und rücksichtslos von der amerikanisch-zionistischen Gemeinde und den israelischen Gerichten weiterbetrieben – scheint der im Ruhestand lebende Automechaniker aus Cleveland endlich die falsche Beschuldigung abgeschüttelt zu haben, er sei »Iwan der Schreckliche« von Treblinka gewesen.

In dem langen und schmerzlichen Prozeß ist das OSI, eine heulende Meute bösartiger Hexenjäger, wieder einmal als eine Gruppe abscheulicher und gefährlicher Fanatiker entlarvt worden, deren Hauptmotiv darin besteht, die Erinnerung an den Holocaust in rachsüchtiger Weise zu verewigen. »Zum Teufel mit der amerikanischen Justiz!«, lautet ihre Parole.

»Ich kann ihn nicht schuldig sprechen«

Vor wenigen Wochen fand Demjanjuks Berufung gegen seinen Schuldspruch und Todesurteil von 1988 ihren Abschluß. Zumindest ein Richter erklärte, es bestehe ein »reasonable doubt« (angemessener Zweifel) bezüglich der gegen den ukrainischen Soldaten des Zweiten Weltkriegs erhobenen Anklagen. Sein Kommentar: »Ich kann ihn rechtmäßig nicht schuldig sprechen.«

Aber die Anklage, das OSI und andere Verfolger des Holocaust, darunter das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, fordern weiterhin Demjanjuks Tod – ungeachtet des jetzt vorliegenden überwältigenden Beweismaterials des ehemaligen sowjetischen KGB, aus dem hervorgeht, daß der naturalisierte Amerikaner das Opfer einer Personenverwechslung ist, und daß das OSI falsches Beweismaterial hergestellt hat.

Vor Monaten schockierte das US-Court of Appeals for the Sixth Circuit in Cincinnati (Berufungsgericht) sowohl die Israelis als auch das amerikanische Justizministerium, das den OSI-Verfolgern so lange nachgegeben und sie gedeckt hatte, indem es das Verfahren einseitig wieder eröffnete. Durch Presseberichte über die wachsenden Beweise für Demjanjuks Unschuld beunruhigt, schrieb das Gericht an den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Strafsachen und bat um Auskünfte über die »Untersuchung von Behauptungen bezüglich einer Verschwörung zwischen dem Justizministerium und israelischen Behörden, um entlastende Beweise in diesem Falle zu unterdrücken«, wie berichtet worden war. Das Ministerium reagierte jedoch nicht darauf.

Vier Monate später, im Mai, bat das Gericht in Cincinnati den stellvertretenden Generalstaatsanwalt noch einmal um die Ergebnisse der internen Ermittlungen des Ministeriums gegen das OSI. Und wiederum wurde das Ersuchen ignoriert.

Daraufhin wies das Gericht das US-Justizministerium an, zu reagieren und bis zum 15. Juli einen Schriftsatz einzureichen, in dem erklärt wird, welche Beweise es für Demjanjuks Unschuld habe, und wann »Beamte der Vereinigten Staaten erstmals von solchen Beweismitteln erfahren haben«. Das Appellationsgericht ordnete auch für den 11. August eine Verhandlung in dieser Sache an.

Ironischerweise sind die Richter von Cincinnati, die diesen Schritt aus eigener Initiative unternommen haben, die gleichen drei Richter, die Demjanjuks Berufung von 1985 gegen seine Ausweisung nach Israel, um dort vor Gericht gestellt zu werden, verworfen hatten. Mit ihrer Anordnung an das Justizministerium, vor Gericht zu erscheinen, erinnerten die Richter die Regierung gleichzeitig daran, daß das Bezirksgericht klar und deutlich entschieden hatte, daß »Demjanjuk einzig und allein wegen der Mordanklage ausweisungsfähig war. Obwohl einige der Taten, deretwegen Demjanjuk unter Anklage steht, auch andere in dem Vertrag mit Israel aufgeführte Vergehen darstellen können, darf er in Israel nur wegen dieses einen Anklagepunktes vor Gericht gestellt werden«.

Eine Art von Talmud-Logik

Dieser Gerichtsbeschluß ist nicht nur eine Klageandrohung gegen das Justizministerium, er löscht auch die Rechtmäßigkeit der Rückzugsposition des israelischen Staatsanwalts aus, die dieser bei Demjanjuks soeben in Jerusalem beendeten Berufung einzunehmen versuchte. Der Staatsanwalt erklärte dem Gericht gegenüber, daß, selbst wenn dieses dahingehend erkennen sollte, daß der Angeklagte nicht Iwan der Schreckliche von Treblinka war, es ihn schuldig sprechen sollte, anderswo ein Häftlingslager-Wachmann gewesen zu sein – was bedeute, daß Demjanjuk »wahrscheinlich jüdische Kleinkinder getötet hat«.

Es braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden, daß die israelischen Richter durchaus dazu fähig sind, diese Art von Talmud-Logik zu akzeptieren. Aber wenn sie das tun, wäre das ein Verstoß gegen den Ausweisungsbefehl des amerikanischen Gerichts und gegen den Vertrag der USA mit Israel. Ob dies für das jüdische Gericht irgendeine Bedeutung hat oder nicht, bleibt abzuwarten.

Der erbärmliche Skandal des Falles les Demjanjuk wirft Schmach und Schande auf die gesamte amerikanische Regierung. Er stellt die Aufrichtigkeit mehrerer Behörden und Generalstaatsanwälte in Frage, die der nach Rache dürstenden OSI-Mannschaft zionistischer Anwälte gestatteten, in ihrem Kreuzzug gegen Nazi-Kriegsverbrecher Wahrheit und Gerechtigkeit vorsätzlich zu mißachten, um der amerikanisch-jüdischen Gemeinde ein letztes phantastisches Bühnenstück der Holocaust-Propaganda darzubieten.

Die noch korruptere israelische »Justiz« ergriff die ihr vom OSI dargebotene Gelegenheit beim Schopfe und stellte den unschuldigen Demjanjuk nicht vor ein ordentliches Gericht, sondern verlegte die Verhandlung in Jerusalems Haupttagungszentrum. Das auf nicht haltbare Weise zusammengebraute Verfahren wurde live im ganzen Judenstaat ausgestrahlt. Es war ein wirklicher shoah (hebräischer Ausdruck für Holocaust)-Prozeß.

»Der Demjanjuk-Prozeß 1987 bis 1988 wurde in der Tat zu einer nationalen Besessenheit, zu einer willkommenden Gelegenheit, eine Generation von Israelis und amerikanischer Juden, die sich selbst nicht mehr an den Prozeß gegen Adolf Eichmann, schon gar nicht an den Holocaust erinnern können, zu bilden«, berichtete die »New York Times«. Als das Todesurteil verkündet wurde, applaudierten spontan hunderte von weinenden Zuschauern und sangen »Am Yisrael Chai« (»Das Volk Israels lebt«).

Und jetzt, mit dem überwältigenden Beweismaterial dafür, daß es den falschen Mann strafrechtlich verfolgt hat, konfrontiert, versucht das Oberste Gericht Israels immer noch, irgendein scheinbar legales Manöver aufzuziehen, das es doch noch ermöglichen soll, Demjanjuk schuldig zu sprechen und zu bestrafen für irgendein Verbrechen gegen die Juden. Indessen sind die Fanatiker in Simon Wiesenthal Center darüber besorgt, daß der Skandal zukünftige Holocaust-Strafverfolgungen nachteilig beeinflussen könnte. □

Israel kritisiert Erd-Gipfel als Farce

»The Earth-Summit Farce« (»Die Erd-Gipfel-Farce«) lautet die Überschrift des Leitartikels in der »Jerusalem Post«, der mit der Meinung derjenigen übereinstimmt, die die Versammlung in Rio als »das Gipfeltreffen der Hexerei« charakterisierten. Die »Post« warnt davor, daß die Bewegung der Umweltschützer »von den Ludditen, Zwangsutopen, gedankenlosen Bürokraten und Typen der neuen Linken übernommen worden ist, die ihre ungültig gewordenen roten Pässe gegen grüne ausgetauscht haben... Das derartige unrealistische, großartige und beinah unnötige Programme reale Umweltschutzbelange verseucht haben, ist nichts weniger als tragisch. Wenn überhaupt zu irgendetwas, dann dienen die Szenarios des ›Jüngsten Tages‹ die von fanatischen Umweltschützern heraufbeschworen werden – wie zum Beispiel die erschreckend wirkenden Voraussagen der Verdünnung der Ozonschicht und der globalen Erwärmung – nur dazu, die Glaubwürdigkeit pragmatischer Umweltschützer zu zerstören. Diejenigen, die ohne weiteres dazu bereit sind, das Wohlergehen der Menschen um der Erhaltung der Unterart einer obskuren Schnecke willen zu opfern, sind Feinde des Fortschritts. Sie werden die Umwelt der Welt nicht verbessern. Sie werden Armut und Tod verursachen.«

Die »Jerusalem Post« fährt fort: »Die Tatsachen untermauern die meisten Theorien der Schwindel-Umweltschützer nicht. Die Erde erwärmt sich nicht. Die Verwendung von fossilen Brennstoffen verursacht nicht den Anstieg der Erdtemperatur, auch nicht das Schwefeldioxyd.«

Die Behauptungen der NASA bezüglich der Vergrößerung des Ozonlochs »haben sich als gegenstandslos erwiesen. Die Ozonmessung ist eine viel zu junge Wissenschaft für derartige Voraussagungen... Was die realen Verschmutzungsprobleme bedürfen, ist nüchterne Aufmerksamkeit, kein bombastisches ›Happening‹ in einer Atmosphäre des Karnevals.«

Nach einer unglücklichen Bekräftigung des US-Clean Air Act (Gesetz zur Erhaltung der reinen Luft) kommt der Artikel zu dem Schluß: »Was die Welt braucht, ist nicht grüne Hysterie mit der Beihilfe von Millionären mit übersteigertem Selbstbewußtsein, sondern Demokratisierung und Industrialisierung auf der Grundlage des freien Marktes.« □

Aoun ruft zu Widerstand im Libanon auf

Der im Exil lebende libanesische Führer Michel Aoun brach sein erzwungenes Schweigen und rief zu einem neuen Kapitel des »Widerstands« libanesischer Patrioten gegen den Ausverkauf des Landes an Petro-Dollar und an die syrischen und israelischen Besatzer auf. Der Aufruf wurde in der französischen Tageszeitung »Le Monde« veröffentlicht.

Es war General Aouns erste größere politische Erklärung, seitdem er gezwungen wurde, den Mund zu halten, als Teil eines schmutzigen von der französischen, syrischen und anderen Regierungen getroffenen Abkommens, das ihm 1990 erlaubte, die französische Botschaft zu verlassen, wo er um Asyl ersucht hatte, nachdem syrische Besatzungstruppen einen Vorstoß begonnen hatten, um seine Streitkräfte auszulöschen.

Einige libanesische Beobachter sehen Aouns Erklärung als Vorspiel zu seiner Rückkehr zur libanesischen Szene, vor allem im Lichte des kürzlichen Aufstands im Lande gegen das Sparprogramm, der den Rücktritt der von Syrien unterstützten Regierung von Omar Karami erzwang.

»Die Situation im Libanon ist sehr ernsthafter Natur«, schrieb Aoun. »Nachdem sie die nationale Identität des Landes untergraben haben, wollen seine derzeitigen Führungskräfte das Volk ruinieren, zum Vorteil der Inhaber von Petro-Dollar. Sie wären sogar dazu bereit, die Goldreserven zu verkaufen, die den Wohlstand von allen darstellen, um damit die Tresore anonymer internationaler Unternehmer zu füllen.

Auf diese Weise läßt sich die Regierung der Kollaborateure auf eine neue Phase in dem Krieg ein, der die Auslöschung des Libanon zum Ziel hat... Es gab den Krieg der Bomben und Kanonen, aber dieser beendete unseren Widerstand nicht. Dann gab es Versuche, die Gemeinschaften, aus denen sich unsere Nation zusammensetzt, gegeneinander auszuspielen... Aber diese Versuche haben unser Nationalgefühl nur verstärkt. Es gab die regionale Verschwörung und das internationale Schweigen, um den Libanon seinen Feinden auszuliefern, wobei jede Partei im Ausland vorgab, zu glauben, daß eine Besatzungsarmee einem Volk Glück bringen könne.« □

Korruptionsskandal könnte Israels Sharon treffen

Drei hochstehende Beamte in Israels Wohnungsbauministerium stehen mehrfach unter Anklage der Korruption, des Betrugs, Abzweigung von Staatsgeldern für parteipolitische Zwecke und des persönlichen Mißbrauchs solcher Gelder.

Die Liste der Anklagen ist in einem Bericht enthalten, der von der Leiterin des staatlichen Amtes für Budget-Management, Frau Ben-Porat, vorgelegt wurde.

Die Affäre hat bereits in der Öffentlichkeit zur Kritik am ehemaligen Wohnungsbauministers Ariel Sharon, geführt, der auch beschuldigt wird, zu viele Staatsgelder für sein ehrgeiziges Siedlungsprogramm in den besetzten Gebieten Israels absorbiert zu haben. In vielen Fällen besteht dies aus überteuerten Mobile Homes, die niemandem nutzen, außer der Mafia des Bausektors. Kritik wurde geübt, weil viele Siedlungen in Wüstengebiete gesetzt werden, ohne Zugang zu Wasser oder Strom, während Sharon kein Programm zum Bau neuer Wohnungen in städtischen Gebieten hatte. □

Israel übt Terror gegen Palästinenser aus

Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte und Sicherheitsdienste führen in Gaza und am Westufer »Terror-gegen-Terror«-Operationen durch. Schlagtruppen der Streitkräfte, als Palästinenser verkleidet, führen Schießen-um-zu-töten-Razzien gegen Palästinenser durch. Eine dieser Schlagtruppen tötete drei Araber in Gaza, die wie sie behaupteten, Flüchtlinge von einer radikalen islamischen Gruppe waren. Die Einsätze werden durchgeführt auf der Grundlage »Schieße zuerst und stelle später Fragen«.

Die »Jerusalem Post« berichtete über einen weiteren derartigen Zwischenfall, bei dem 13 israelische Soldaten, als Aktivisten der palästinensischen Widerstandsgruppe Hamas maskiert und getarnt, bis an die Zähne bewaffnet durch das Flüchtlingslager Rafiah marschierten, mit dem Ziel, Zusammenstöße und Schießereien zu provozieren, bei denen Palästinenser liquidiert wurden, von denen die Behörden behaupten, sie seien Mitglieder radikaler Gruppen. Mehrere Einwohner wurden bei der sich daraus ergebenden Schießerei verwundet.

Die Operationen werden von der Dienststelle des israelischen Stabschef, General Ehud Barak, aus koordiniert. □

Syrien verachtet Bushs »Neue Weltordnung«

Syrien und die Vereinigten Staaten laufen auf eine Konfrontation zu, und in Damaskus wird befürchtet, daß Syrien nach Irak und Libyen als nächstes auf der Abschlußliste der »Neuen Weltordnung« steht, berichtete der Londoner »Guardian«. Syrien hatte den von Amerika angeführten Krieg gegen den Irak unter-

stützt, in der Hoffnung, in Bushs »Neuer Ordnung« auf der Siegerseite zu stehen.

Ein Offizieller der Baath-Partei wurde folgendermaßen zitiert: »Wenn es eine neue Weltordnung gibt, dann sollte diese Ordnung gerecht sein. Wir akzeptieren, daß Waffen beschlagnahmt werden, aber man hindere uns nicht daran, Waffen zu haben, wenn Israel bis an die Zähne bewaffnet ist. Wir verlangen keine Flitterwochen. Wie verlangen, daß die Amerikaner neutral bleiben. Aber selbst dies ist nicht erreicht worden.«

Der gleiche Offizielle gab seiner Befürchtung Ausdruck, der nächste auf Bushs Abschußliste zu sein. »Angesichts der Sanktionen gegen Irak und Libyen sollten wir natürlich beunruhigt sein. Wir werden als nächstes an der Reihe sein. Das ist das allgemeine Gefühl.«

Es wird damit gerechnet, daß der nächste Punkt der Auseinandersetzung Syriens Position im Libanon sein wird, wobei die Vereinigten Staaten darauf drängen werden, daß Syrien seine Truppen aus Libanons Bekaa-Tal zurückzieht, bevor im Libanon Wahlen stattfinden. □

Kuwaitischer Beamter beschuldigt die USA wegen Golfkrieg

Ein hochstehender Kuwaitischer Beamter klagte an, daß die Vereinigten Staaten relativ wenig dazu beigetragen hätten, die irakische Besetzung Kuwaits zu beenden, und nur aus reinem Selbstinteresse in den Krieg am Persischen Golf verwickelt worden seien.

Der Sprecher des Nationalrats Abdul-Aziz Masaeed klagte an, daß die Bush-Regierung ihrem Alliierten am Golf nicht als Folge ihrer Unterstützung für Kuwait zur Hilfe geeilt sei, sondern nur wegen ihres Wunsches, die Sicherheit der Ölfelder zu schützen. Er versicherte auch, daß Saudi-Arabien mehr getan habe, um Kuwait zu befreien als die Vereinigten Staaten. Masaeed beschuldigte weiterhin den amerikanischen Botschafter für Kuwait, Edward Gnehm jun., sich derzeit in die inneren politischen Angelegenheiten Kuwaits einzumischen.

Masaeeds Beschuldigungen wurden zuerst in einer saudi-arabischen Zeitschrift namens »al-Majall« veröffentlicht.

Die Bush-Regierung überschlug sich geradezu, um den Zwischenfall in bestem Licht erscheinen zu lassen. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Joe Snyder, sagte: »Sobald wir von diesen Bemerkungen hörten, wiesen wir unseren Botschafter Skip Gnehm an, die Angelegenheit auf höchster Ebene der kuwaitischen Regierung zur Sprache zu bringen. Uns wurde kategorisch mitgeteilt, daß die Ansichten des Sprechers des National Council ›nicht die der Regierung von Kuwait darstellen‹.« □

Saudis fordern Jordaniens Hussein heraus

Saudi-Arabiens König Fahd hat angeboten, für die Wiederherstellung der Moschee »Dom des Felsens« in Jerusalem zu zahlen mit Gelder, die an die Unesco eingezahlt werden. Der Schritt hat stillschweigende politische Auswirkungen für die Region in sich.

Die Moschee sowie andere christliche und moslemische heilige Stätten in den besetzten Gebieten, steht unter der Verwaltung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten Jordaniens und König Husseins, dessen Urgroßvater früher über Mekka und Medina, die moslemischen heiligen Städte im heutigen Saudi-Arabien, herrschte. Das Angebot der Saudis hat in Jordanien einen Aufschrei der Empörung hervorgerufen, wo er als Teil eines breiter angelegten saudisch-israelischen Plans angesehen wird, die religiöse Rolle der haschemitischen Dynastie Jordaniens in den Gebieten und anderswo zu verdrängen.

Aus gut informierten palästinensischen Kreisen verlautet, daß die Saudis auch damit begonnen haben, die Palästinenser in den besetzten Gebieten direkt zu finanzieren, anstatt über die Palestine Liberation Organization (PLO) in Tunis, wie das bislang der Fall war. Die Aktion deutet auf eine Bemühung der Saudis hin, in Israel eine Nicht-PLO-Organisation aufzubauen, die ein Abkommen mit Israel treffen wird. Es verlautet auch, daß die Saudis mit den Israelis verhandeln, unter dem Patronat der Vereinigten Staaten, um als Teil des Abkommens Milliarden von Dollar nach Israel hineinzupumpen. □

Israel spielt in besetzten Gebieten verrückt

Aus palästinensischen Kreisen erfuhr CODE, daß die israelische Regierung willkürlich versucht, in den besetzten Gebieten ein Chaos anzurichten, im Zusammenhang mit Schritten auf einen Krieg mit Syrien zu, und die Lage sei bereits aus den Fugen geraten.

Kürzlich legte Israel dem Gaza-Streifen eine Blockade auf, nachdem ein Palästinenser aus Gaza in Bat Yam bei Tel Aviv ein jüdisches Schulmädchen erstochen hatte. Nach dem Zwischenfall stürmte ein jüdischer Mob in Gaza eine palästinensische Schule, während in Bat Yam Juden wahllos auf Araber einschlugen und riefen: »Tod den Arabern.«

Ein Rabbi in einer jüdischen Siedlung in Gaza wurde erstochen, wodurch die Lage noch mehr entflammt wurde.

Der inzwischen abgewählte israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir gab grünes Licht für Aktionen der Wachmannschaften gegen Araber, und sagte zum israelischen Fernsehen: »Dieser Mann, dieser Dolchstecher – der das Mädchen tötete –, hätte erschossen werden müssen. Seinem Todesschützen würde nichts zustoßen. Mörder sollen wissen, daß sie nicht lebend davonkommen, wenn sie den Tod verdienen. Es gibt Juristen, die mich kritisieren, wenn ich das sage, aber dies ist meine Ansicht.« □

Syrien könnte Taif-Abkommen über Libanon suspendieren

Ein nicht namentlich genannter syrischer Offizieller, der zur Nahost-Verhandlungsmannschaft gehört, sprach in einem exklusiven Interview, das in der Ausgabe der »Washington Jewish Week« erschien, die Möglichkeit an, daß Syrien die Taif-Vereinbarungen vorläufig aufkündigen könnte.

Nach diesen Vereinbarungen ist Syrien verpflichtet, bis spätestens September seine Streitkräfte bis ins Bekaa-Tal abzuziehen. Der syrische Offizielle sagte, dies sei nicht möglich, solange die israelischen Luftangriffe und andere Einsätze fortgesetzt werden.

Er sagte: «Die syrischen Truppen im Libanon stehen der libanesischen Regierung zur Verfügung.

Wenn die libanesische Armee stark genug ist, besteht vielleicht keine Notwendigkeit mehr für die Anwesenheit syrischer Truppen. Wenn Israels Angriffe auf den Libanon eingestellt werden, o.k. – aber diese Angriffe werden ja nicht eingestellt, und deshalb braucht die libanesische Armee Syriens Hilfe.« □

KGB-Mann trägt Anklagen zum Mord an Mattei vor

Der verstorbene Enrico Mattei aus Italien wurde ermordet, weil er versucht habe, mit den Arabern, dem US-Präsidenten John F. Kennedy und der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um dem Ölkartell Seven Sisters das Rückgrat zu brechen, klagte die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera« an, und berief sich dabei auf Erklärungen von Leonid Kosolow, eines ehemaligen Spitzenagenten des KGB, der in Italien stationiert war, und anderer Personen. □

Das Wort »Antisemit« kann töten

Alfred M. Lilienthal

Dr. M. Alfred Lilienthal ist Absolvent der Cornell University und der Columbia Law School. Er diente bei der amerikanischen Armee im Nahen Osten, als Berater für die amerikanische Delegation bei der Organisierung der Konferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und im US-Außenministerium. Er hat viele Artikel über den Nahen Osten verfaßt. Sein 1979 herausgekommenes Buch »The Zionist Connection« wurde von Kritikern überall gelobt. »Foreign Affairs« nannte es das »Gipfel-Meisterwerk« eines antizionistischen Kreuzzuges.

Für den Gelehrten ist Zionismus nicht Judentum. Judentum ist nicht Zionismus, und Antizionist zu sein bedeutet keinesweges Antisemit zu sein. Antizionismus kann nicht stärker mit Antisemitismus – der rassistischen Ideologie, die gegen Juden als Juden gerichtet ist – gleichgesetzt werden, als Zionismus mit Judentum gleichgesetzt werden kann. Es war früher so, daß ein Antisemit jemand war, der Juden haßt, aber leider ist es heute so, wie der Kolumnist Joseph Sobran richtig feststellte, das ein Antisemit jemand ist, den die Juden hassen.

Fortwährender Blick zurück

Man konzentriere die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinungsmacher und die des amerikanischen Volkes auf die vielen Sünden der Menschheit gegen Juden, auf den Antisemitismus in seinen vielen Formen und spritze einen Schuß Holocaustomanie in jeden möglichen Gesichtspunkt des täglichen Lebens – Politik, Religion, die Künste, die Unterhaltungswelt – ein, und niemand wird jemals in der Lage sein, ein vernünftiges Urteil darüber abzugeben, wie wir am besten den Frieden im Nahen Osten herbeiführen können. Der Hauptgrund für den fortwährenden Blick nach hinten zum Holocaust besteht darin, uns alle – Christen und Juden gleichermaßen – ein Schuldgefühl einzuflößen und uns angesichts der Repressalien gegen Unterdrückung der Palästinenser, die seit 1967 in den besetzten Gebieten, am Westufer und in Gaza bestehen, zum Schweigen zu bringen. Man kann mit Fug und Recht die Frage stellen, warum das Thema – Juden, Antisemitismus und amerikanische Politik – so einzigartig ist.

Warum setzen wir uns über Thomas Jeffersons Mahnung: »Um Gottes Willen, warum können wir nicht frei beide Seiten anhören?«, hinweg? In jeder anderen Sache des öffentlichen Interesses gibt es Raum für die Pros und Kontras. Es werden Argumente vorgetragen, und, wie es sich für eine demokratische Gesellschaft gehört, Meinungsverschiedenheiten werden geduldet. Dies ist ein Gebiet der Außenpolitik mit inländischen sowie internationalen Implikationen, die eng mit dem Überleben der gesamten zivilisierten Welt in Zusammenhang stehen. Und doch darf niemand frei darüber reden. Nur wenn es sich auf das Nahost-Problem bezog, gab es eine derart konzentrierte Bemühung, jede Opposition gegen den Standpunkt des Establishments zu zerschlagen.

Jeder Kritiker Israels eine Wiedergeburt Hitlers

Wenn man auf die Geschichte der letzten 40 und mehr Jahre zurückblickt, ist zu erkennen, daß in kritischen Augenblicken der amerikanischen Beziehungen zu der arabischen Welt immer wieder jemand aufgetreten ist, der das Problem in seiner vollen Perspektive erkannte, sich aufraffte und versuchte, der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit die Dinge nahe zu bringen. Ebenso ausnahmslos ist er, wie der Wolf an der Spitze der Meute, direkt zum Schweigen gebracht worden, seine Feder oder Stimme verstummte, und es entstand wieder einmal ein klaffendes Vakuum.

Aber mit Hilfe der stets willigen Medien ist jeder Kritiker Israels ausnahmslos als Wiedergeburt Hitlers verteufelt worden. Die Geschichte dieser persönlichen Repressalien wird Amerikaner ebenso in Staunen versetzen, wie die Enthüllungen über Watergate im Jahre 1973. Jene, die es wagten, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, mußten für ihren Mut, das auszuüben, was sie als ihr demokratisches Vorrecht erachteten, teuer bezahlen.

Die erbarmungslosen und hartnäckigen Angriffe auf diejenigen, die es wagten, eine Stimme der Vorsicht, geschweige denn der abweichenden Meinung, gegen die vorherrschende, einseitig pro-israelische Grundeinstellung zu erheben, finden nur wenige Parallelen in einer Gesellschaft, die noch nicht die freie Meinungsäußerung ausgelöscht hat, und es ansonsten zuläßt, sich gegen das Establishment auszusprechen. Es ist kaum zu glauben,



daß derartige Dinge hierzulande und im Ausland ständig und stillschweigend passiert sind.

Jeder Widerstand wird gebrochen

Um die massive Vertuschung und Übertünchung beizubehalten, gab es einen Ansturm, der nur mit den Luftangriffen der Nazis vergleichbar ist, mit denen London zu Beginn des Zweiten Weltkriegs dem Erdboden gleichgemacht werden sollte. Überwachung, Belästigung, Rufmord, Schuld durch Assoziation, Schuld durch Nebeneinanderstellung, Unterdrückung auch nur der geringsten Meinungsverschiedenheit – dies sind nur einige der von der Unmenge von zionistischen »humanitären«, »Verteidigungs« – und Interessenvertretungs-Organisationen angewendeten Techniken. Mit Beihilfe der willfährigen Medien gelang es diesen Verbänden, praktisch jeden Widerstand gegen den Expansionismus des zionistischen Staates zum Schweigen zu bringen.

Der Verfasser dieses Arikels war auch Opfer der furchtbaren Macht des leibhaftigen Teufels.

Aus Liebe zu meiner Alma Mater, Cornell University, wollte ich vor einigen Jahren eine Lilienthal-Vortragsreihe mit Schwerpunkt auf die gemeinsamen Verbindungen zwischen Judentum, Islam und Christentum gründen.

Solche Vorträge sollten durch ein in meinem Testament festgelegtes Legat finanziert und erst nach meinem Tod Wirklichkeit werden.

Dem Druck mußte man nachgeben

Zwei Besuche nach Ithaca, wo ich mit sieben begeisterten Mitgliedern der Fakultät und dem amtierenden Dekan des College of Arts and Science – die sich alle darüber einig waren, daß eine ausgeglichenere Darlegung von Ansichten über den Nahen Osten notwendig war – zusammentraf, und eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten Frank H. T. Rhodes, führten zu einer Übereinkunft über die Vortragsreihe. Die einzelnen Dozenten sollten von einem Ausschuß des Lehrkörpers gewählt werden, in dem ich keine Stimme haben würde.

Dann begann der große Ansturm mit einem Angriff auf Lilienthal in der »Cornell Daily Sun« und einem Artikel der Jewish Telegraphic Profs: »Antizionistische Schenkung verärgert Professoren an der Cornell University«.

Ein ganzseitiger Leitartikel mit der Überschrift »Inane in Perpetuity« (»Dümmlich für alle Zeiten«) in dem Organ der zionistischen Lobby »Near East Report« stellte fest: »Die Entscheidung der Cornell University im Falle Lilienthal wird zeigen, ob die Liga zu der sie gehört ›Ivy oder looney‹ (Wortspiel: Ivy League = Eliteuniversitäten im Osten der USA; looney = verrückt) ist«. Professoren der Cornell University wurden mit Briefen überflutet, in denen Lilienthal und dessen Ansichten angegriffen wurden.

Im darauffolgenden Herbst kamen der neue Dekan und der assistierende Dekan nach Washington und sagten mir, es gebe zuviel Widerstand dagegen, meinen Namen durch die vorgeschlagenen Vorträge mit der Universität in Verbindung zu bringen, und Cornell lehne die Schenkung und die Vortragsreihe mit Bedauern ab.

Als Reaktion auf meinen Brief, in dem ich dagegen protestierte, daß dies ein klarer Verstoß gegen die akademische Freiheit und gegen das unverletzliche Recht, anderer Meinung zu sein, sei, schrieb mir Präsident Rhodes, die Universität habe den Vorschlag zu der Vortragsreihe wegen »konfessioneller Verbitterung« gegen meine Förderung und wegen der »revisionistischen Einstellungen und Assoziationen, die mit Ihrem Namen verbunden sind«, abgelehnt.

Als ich ihn diesbezüglich zur Rede stellte, antwortete er: »Ihre Widerwilligkeit, sich von revisionistischen Verbindungen zu distanzieren, war ein Element bei unseren Beratungen.« Er behauptete, meine Bücher und Artikel würden von denjenigen vertrieben, die den Standpunkt vertreten, es habe keinen Holocuast gegeben.

Sowohl in einer früheren Ansprache vor dem Washingtoner Cornell Club und in allen meinen Büchern, anderen Erklärungen in der Öffentlichkeit, hatte ich sehr sorgfältig zwischen einem natürlichen Abscheu vor einer Nazi-Bestialität und einer Heiligsprechung des Holocaust unterschieden. Ich verlieh weiterhin meinem Widerstand gegen die Ausbeutung dieses Völkermords als Mittel zur Vertuschung der Bestialität gegenüber Palästinensern und der Unterdrückung jeder Kritik an der amerikanischen »Israel-Zuerst«-Politik Ausdruck.

Kein Bindestrich-Amerikaner

Als ein palästinensischer Absolvent der Cornell University an den Präsidenten schrieb und ihm mitteilte, daß »es sehr unfair von Cornell sei, eine Schenkung von einem getreuen Absolventen wegen dessen politischer oder philosophischer Überzeugung zurückzuweisen«, antwortete der Anwalt der Universität Walter Relihan: »Wir glauben nicht, daß Dr. Lilienthal Revisionist ist, aber dieser Eindruck ist innerhalb des Lehrkörpers und unter Freunden der Universität weit verbreitet. Leider hat seine Weigerung, sich von solch einer Assoziation zu distanzieren, diesen Eindruck nur noch vertieft ... die Einrichtung der Nahost-Vortragsreihe, die nach einer Figur benannt wird, die wie auch immer irrtümlich, als Verfechter von Ansichten der finstersten und antisemitischten Sorte angesehen wird, würde jede Wirkung, die eine solche Schenkung haben könnte, zunichtemachen«.

Es war nicht nur meine Unterstützung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung, die meine Feinde in Rage brachte, sondern noch mehr meine vor 38 Jahren erklärte Philosophie, als ich erstmals im »Reader's Digest« schrieb: »Ich weigere mich, ein Bindestrich-Amerikaner zu sein. Ich bin Amerikaner jüdischen Glaubens, und Israels Flagge ist nicht, und wird niemals die meinige sein«.

Unter dem Druck der ADL

Es ist kaum zu glauben, daß eine liberale Schule des höheren Bildungswesens, wie Cornell, nicht nur das demokratische Recht, eine unterschiedliche Meinung zu haben, das der Lilienthal-Vortragsreihe innewohnt, zurückweisen, sondern darüber hinaus der Auffassung der Schuld durch Assoziation Glaubwürdigkeit verleihen konnte, was sogar soweit ging, daß gegen einen loyalen und prominenten Absolventen ein Fall konstruiert wurde, obwohl eine solche Assoziation in Wirklichkeit niemals vorhanden war. Und dies alles unter dem Druck der ADL und anderer zionistischer Organisationen. Die furchtbare Waffe hat ein weiteres Opfer gefordert, da sich die Cornell University unterwürfig den gleichen Kräften ergeben hat, die das Weiße Haus und den Kongreß schon seit 47 Jahren als Geiseln halten. □



Naher Osten

Das Lügengewebe der US-Regierung zerreißt

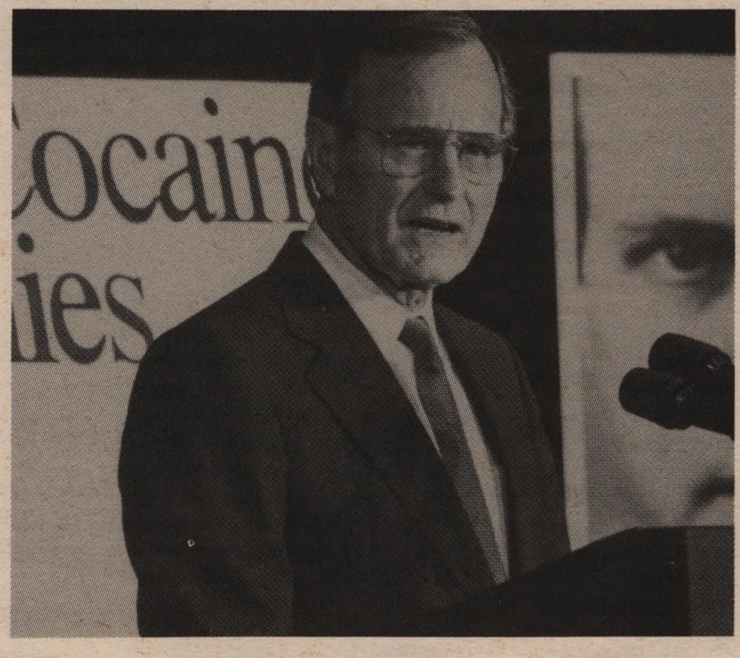
Mike Blair

Das von der amerikanischen Bush-Regierung gesponnene Lügengewebe, das zum Krieg am Persischen Golf führte, zerreißt langsam. »O what a tangled web we weave, when first we practice to deceive!« – »Oh, welch ein verworrenes Netz wir weben, wenn erstmal nach Betrug wir streben!«

Dieser oft zitierte Satz des englischen Dichters Sir Walter Scott könnte sehr wohl dem amerikanischen Präsidenten George Herbert Walker Bush durch den Kopf gehen, jetzt, wo das von seiner Regierung benutzte Gewebe von Lug und Betrug, um Amerika in den Krieg am Persischen Golf zu verwickeln, weiter aufgeribbelt wird.

Fast täglich deuten neue Entwicklungen über die Verwicklung der USA in den Krieg mit dem Irak auf weitere Niederträchtigkeiten hin, die summa summarum einen schändlichen Verrat am amerikanischen Volk darstellen, der hunderte von verwundeten, verstümmelten und toten jungen Soldaten und Milliarden von Dollar gekostet hat.

Derzeit bereitet sich das House Judiciary Committee (Justizausschuß des Repräsentantenhauses) – dessen Mitglieder durch die Enthüllungen über die korrupten Geschäfte mit der Zweigstelle der italienischen staatseigenen Banca Nazionale del Lavoro in Atlanta, die Milliarden, die vom ahnungslosen amerikanischen Steuerzahler verbürgt wurden, an den Irak verliehen hatte, ins Wanken geraten sind – auf die Ernennung eines Sonderbevollmächtigten vor, der untersuchen soll, wie tief die Bush-Regierung in den sich ausbreitenden Skandal verwickelt ist.



US-Präsident George Bush wird immer häufiger mit den wahren Hintergründen des Golf-Krieges konfrontiert.

Über diese Bank wurden dem Irak insgesamt etwa 5,5 Milliarden Dollar geliehen, angeblich zum Kauf von landwirtschaftlichen Waren, um mitzuhelfen, das irakische Volk zu ernähren. Stattdessen wurden die Gelder zum Ankauf von Waffen für die angriffslustige Kriegsmaschine des starken Mannes Saddam Hussein abgezweigt. Nahezu zwei Milliarden Dollar wurden von Ahnungslosen auf Anordnung des Weißen Hauses unter Bush durch die Commodity Credit Corp. des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums verbürgt.

Mit amerikanischen Milliarden Waffen gekauft

Der Abgeordnete Henry Gonzales verfolgte hartnäckig Spuren in dieser Sache. Er stieß die Regierung schon im Oktober 1989, mehrere Monate bevor der Irak in das benachbarte kleine Kuwait einmarschierte, wegen Unterlagen in Zusammenhang mit den Darlehen, die die Krise am Persischen Golf auslösten, in die Rippen.

Gonzales, der dem Hause Banking Committee vorsitzt, war bis vor kurzem der einsame Rufer in der Wildnis, der im Repräsentantenhaus 16 große Reden hielt, unter Vorlage von Dokumenten, die die Regierung mit dem Bankenskandal belasten. Es war sein Ausschuß, der einstimmig – Republikaner und Demokraten gleichermaßen – den Justizausschuß, geleitet vom Abgeordneten Jack Brooks aufforderte, zu verlangen, daß das Justizministerium einen Sonderbevollmächtigten ernennen soll.

Jetzt, nachdem »The Spotlight« – außer dem »Congressional Record« – fast ganz allein über das berichtet hat, was als Bank-Lavoro-Skandal bekanntgeworden ist, erachten die Medien des Establishments dies schließlich als Nachrichten, die es wert sind, auf der ersten Seite ihrer Blätter abgedruckt zu werden, und hunderte von Reportern bleiben dem amerikanischen Präsidenten bellend auf den Fersen.

Es ging in die Hose!

Bushs Verteidigung ist: »Wir haben versucht, mit Ihm – Hussein – wegen Getreidekredite und Dinge dieser Art zusammenzuarbeiten, um jede aggressive Aktion zu vermeiden. Und das ging in die Hose. Es war ein Fehlschlag.«

»Diese Annäherung«, fuhr Bush fort, »eine Hand auszustrecken und ihn dazu zu bringen, auf Terrorismus zu verzichten und der Völkergemeinschaft beizutreten, funktionierte nicht. Und in dem Augenblick, als er angriffslustig gegen Kuwait vorging, taten wir das Gleiche und die Aggression erlitt einen Rückschlag.«

Letztere Aussage wird durch die von der Regierung dirigierten Abmachungen zwischen dem amerikanischen Botschafter für den Irak, April C. Glaspie, und Hussein Lügen gestraft.

Der Kongreß versucht immer noch, die Regierung zu veranlassen, Dokumente freizugeben, die sich auf Anweisungen des Präsidenten und des Verteidigungsministeriums an die Botschafterin Glaspie beziehen und die zum Einmarsch in Kuwait führten.

Es ist bekannt, daß die Botschafterin Glaspie Hussein mitteilte, die amerikanische Regierung habe in der Angelegenheit des Streits des Irak mit Kuwait keine Meinung. Amerika war dann natürlich tief betroffen, als Hussein sozusagen die Einladung annahm und in das Land einmarschierte.

Zu der an sich schon betrüblichen Aussicht Bushs, es wegen des Skandals um die Bank Lavoro herum mit einem Sonderbevollmächtigten zu tun zu haben, kommt noch der immer stärker in Erscheinung tretende Verlust an Popularität des US-Präsidenten in der amerikanischen Öffentlichkeit hinzu.

Der größte Verrat am amerikanischen Volk im Golfkonflikt waren die von Bush benutzten vorsätzlichen Lügen, um die Menschen dazu zu bewegen, seinen Kriegsplänen Rückendeckung zu geben – in der Tat, um die Welt dazu zu bewegen, seinen Kriegsplänen Rückendeckung zu geben. Es ist jetzt bekannt, daß Bushs Behauptungen, der Irak sei nur noch Monate von der Entwicklung von Atombomben entfernt gewesen, falsch waren – nur Propaganda, um die Kriegshysterie hochzupeitschen.

Das bringt den Präsidenten in Verlegenheit

Die Tatsachen über das irakische Atompotential sind von einer Mannschaft amerikanischer, russischer, britischer und französischer Atomexperten bekanntgegeben worden, die zu der Feststellung kamen, daß zu keinem Zeitpunkt eine unmittelbare Gefahr bestand, daß Hussein Atomwaffen einsetzen würde. Tatsächlich deckte die Mannschaft, die im April diesen Jahres in Wien zusammentraf auf, daß der Irak zur Entwicklung einer grobschlächtigen Atomvorrichtung noch mindestens drei Jahre, wenn nicht noch länger, benötigt hätte.

Das Kriegsfieber wurde bewußt hochgetrieben

Das amerikanische Volk wurde zu einer Kriegsraserei getrieben, nachdem es über das Ausmaß irakischer Greueltaten, die nach dem Einmarsch in das kleine arabische Scheichtum begangen worden sein sollen, getäuscht worden war.

Die Amerikaner sahen auf dem Bildschirm ein weinendes kuwaitisches Mädchen, das nur als »Nayirah« identifiziert wurde, angeblich um ihre Verwandten im besetzten Kuwait zu schützen, und das von irakischen Soldaten sprach, die in kuwaitischen Krankenhäusern Neugeborene aus ihren Brutkästen rissen und diese dann »auf den kalten Boden zum Sterben« geworfen hätten.

Ein wütender Bush verdammte die Irakis, weil sie Babys »wie Brennholz« über den Krankenhausboden geschleudert hätten. Das amerikanische Volk war sehr bewegt darüber, ebenso wie Mitglieder des US-Senats. »Nayirahs« Zeugenaussage ging sieben Senatoren, die eine Schlüsselrolle spielten, so nahe, daß ihre Stimmen Bush das knappe Senatsmandat verschafften, mit dem der Militäreinsatz gegen den Irak gebilligt wurde.

Wie sich herausgestellt hat, war »Nayirah« die Tochter des kuwaitischen Botschafters für die Vereinigten Staaten, und ihre Zeugenaussage die Schöpfung einer Washingtoner Werbefirma, die von den Kuwaitis angeheuert wurde, um das Kriegsfieber in Amerika hochzutreiben. Dies war amerikanischen Regierungsbeamten seinerzeit bekannt.

Amerikanische Kriegsgefangene in der Hand des Irak

Amerikaner erinnern sich jetzt nur noch mit Abscheu daran, wie die Regierung die Sache mit den von den irakischen Streitkräften gefangenen amerikanischen Soldaten handhabte.

Das US-Verteidigungsministerium und Bush weigerten sich tagelang anzuerkennen, daß amerikanische Luftwaffensoldaten Kriegsgefangene waren, auch dann noch nicht, als irakische Streitkräfte sie in Fernsehsendungen vor der Welt aufmarschieren ließen.

Entsprechend der »Vietnam-Erfahrung«, mit der Sache der POW-MIA (Kriegsgefangene – Vermißte) fertigzuwerden, wäre es leichter gewesen, die Männer abzuschreiben, wenn sie vermißt wurden, mit dem Schicksal unbekannt, als wenn man anerkannt hätte, daß sie tatsächlich Gefangene des Feindes waren.

Und jetzt wurde enthüllt, daß zwei dieser Kriegsgefangenen, die einzigen gefangenen Soldatinnen, von irakischen Soldaten vergewaltigt wurden. Dies trat schließlich ans Tageslicht, nachdem es seit dem Krieg von den hohen Militärs des Verteidigungsministeriums verschwiegen worden war, weil beide Frauen gefangengenommen wurden, als sie in Kampfzonen dienten, ein klarer Verstoß gegen amerikanisches Gesetz und auch ein deutlicher Hinweis auf die Torheit, weibliche Soldaten in Kampfgebieten einzusetzen. □

Irak

Die Lüge von den Atomwaffen

Mike Blair

US-Präsident George Bush übertrieb die angeblich kurz bevorstehende Fähigkeit des irakischen starken Mannes Saddam Hussein, Atomwaffen zu bauen, um die amerikanische Öffentlichkeit und andere Länder davon zu überzeugen, unter den Auspizien der Vereinten Nationen eine Koalition zu bilden, um gegen den arabischen Staat in den Krieg zu ziehen.

CODE erfuhr, daß im Verlauf einer geheimen Versammlung von Atomwaffenkonstrukteuren Anfang April in Wien festgestellt wurde, daß der Irak noch mindestens drei Jahre gebraucht hätte, um seine erste grobschlächtige Atomwaffe zu bauen.

Auf der Grundlage von Beweisen, die Inspektoren der International Atomic Energy Agency, einer autonomen Körperschaft der Vereinten Nationen, aus dem Irak mitgebracht hatten, kamen Atomwaffenkonstrukteure aus Britannien, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten zu der Feststellung, daß Bushs Behauptungen, der Bau von Atomwaffen stehe kurz bevor, einfach nicht den Tatsachen entspricht.

Vor dem Einmarsch der Irakis nach Kuwait im August 1990 enthüllten Schätzungen amerikanischer Geheimdienste, daß der Irak noch mindestens fünf Jahre lang nicht in der Lage sein werde, Atomwaffen zu bauen.

Jedoch nach dem Einmarsch nach Kuwait und dessen Besetzung durch irakische Streitkräfte begann Bush die Kriegstrommeln zu rühren, indem er das amerikanische Volk und die übrige Welt davor warnte, daß der Irak in sechs Monaten in der Lage sein werde, seine erste Atomwaffe zu bauen.

In zahlreichen Reden, in denen er seine Kriegspläne vorantrieb, benutzte Bush das irakische Atomprogramm als einen der Gründe, gegen das arabische Land in den Krieg zu ziehen. Er behauptete, daß der Irak eine Bombe bauen könnte, bevor das von den Vereinten Nationen sanktionierte Embargo gegen das Land lange genug in Kraft ist, um Hussein zu zwingen, seine Truppen aus Kuwait abzuziehen.

Die Versammlung der Experten in Wien widersprach den Behauptungen von David Kay, des amerikanischen Atomwaffenexperten, der die erste Inspektion im Irak, unmittelbar nach Kriegsende leitete, die feststellen sollte, ob der Irak die Fähigkeit besaß, Atomwaffen zu bauen. Kay behauptete, es gebe Beweise dafür, daß der Irak in 12 bis 18 Monaten eine Bombe haben werde.

»Wir glauben jetzt, daß dies noch mindestens zweimal so lange gedauert hätte«, sagte ein hochstehender Beamter der Atomenergiebehörde. »Es gab mehrere bedeutende Engpässe.«

Die Experten, die in Wien zusammentrafen, repräsentierten Länder, die dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, den die UNO-Behörde verwaltet, beigetreten sind.

Die Experten kamen zu der Schlußfolgerung, daß der Irak wesentliche Probleme mit der Anreicherung von Uran zur Bewaffnung einer Bombe, sowie Schwierigkeiten hatte, zu verstehen, wie nukleare Werkstoffe auf sehr hohe Drücke, so wie sie erforderlich sind, um die Atomexplosion auszulösen, reagieren.

Bis vor kurzem behauptete die US-Regierung, der Irak habe sage und schreibe 500000 Soldaten in Kuwait unterhalten, um jede Invasion zurückzuschlagen und die Eindringlinge aus dem ölreichen Minischeichtum zu vertreiben. Es wurde nun jedoch bekannt, daß die irakischen Truppen in Kuwait weniger als 200000 Mann zählten.

Die von den Vereinigten Staaten und anderen Staaten, der unter den Auspizien der Vereinten Nationen zusammengestellten sogenannten Koalition zum Persischen Golf entsandter Streitkräfte, um die irakischen Soldaten aus Kuwait zu vertreiben, waren diesen in Wirklichkeit zahlenmäßig weit überlegen, so daß die irakischen Truppen rasch überwältigt werden konnten, als die Operation Wüstensturm begann. □

Libyen

Die Sanktionen stoßen auf Kritik

Die andauernde Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Libyen und was diese für US-Präsident George Bushs »Neue Weltordnung« und die Rolle der USA bedeutet, war Thema einer Gesprächsrunde, die der Herausgeber von »The Spotlight«, Vince Ryan, leitete. Diese Diskussion vermittelt den Hintergrund zum Verständnis der von Kuba erhobenen Anklagen gegen Bush wegen Terrorismus, die derzeit vor den Vereinten Nationen abhängig sind. Ryans Gast war der Journalist Andrew St. George, Korrespondent bei den Vereinten Nationen für die Radiostation »Sun Radio Network«.

Wie ist der derzeitige Stand der Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Libyen? Was erfahren Sie bei den Vereinten Nationen?

St. Georg: Wir hören jetzt sehr viel, obwohl die Krise in den letzten Wochen nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen hat, wie sie verdient.

Was geschehen ist, ist, daß Libyen für zwei Handlungen des Luftterrorismus verantwortlich gemacht wird: Eine ist der Absturz des Pan-Am-Fluges 103 über Schottland; die andere ist eine weiter zurückliegende Katastrophe, in die eine französische Linienmaschine verwickelt wurde, die über dem vom Krieg zerrissenen Gebiet in der Nähe des Schad abstürzte.
Libyen, das für diese beiden terroristischen Verbrechen zum Sündenbock gemacht wird, wurde angewiesen, einige Angestellte seiner Luftfahrtgesellschaft zur Befragung nach außerhalb von Libyen, entweder nach Britannien oder in den Vereinigten Staaten, auszuliefern. Libyen hat dies abgelehnt.

Mit einer Maßnahme ohne jeden Präzedenzfall verhängte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Sanktionen über Libyen. Der Ofen ist an.

Was ist langfristig das Ziel der USA und/oder der UNO gegenüber Libyen?

St. George: Das Ziel der Bush-Regierung besteht ohne Frage darin, das Gaddafi-Regime in Libyen zu stürzen. Dies ist wirklich sehr beunruhigend. Es ist sogar eine tragische Angelegenheit. Es zeigt, daß die Bush-Regierung die Katastrophen der Vorgängerregierung Reagan vergessen oder nichts daraus gelernt hat.

1986 ließ die Reagan-Regierung Libyen bombardieren. Es gab Dutzende von Toten und Verwundeten. Zu den Toten zählte Muhammer el-Gaddafis kleine Adoptivtochter.

Keine Beweise gegen Libyen

Es liegen jetzt Beweise dafür vor – viele davon wurden vor mehr als einem Jahr von CODE veröffentlicht –, daß Libyen nichts mit dem sogenannten terroristischen Anschlag zu tun hatte, auf Grund dessen die Reagan-Regierung ihren eigenen Schlag auf Libyen durchführte. Libyen war für eine Bombenexplosion in einer Berliner Diskothek verantwortlich gemacht worden. US-Präsident Ronald Reagan, der keine zufriedenstellende Erklärung bekommen hatte, befahl zur Vergeltung einen Bombenangriff auf Libyen.



Es liegen jetzt Beweise vor, daß Libyen nichts mit dem terroristischen Anschlag auf die Berliner Diskothek »La Belle« zu tun hat.

Kürzlich räumte Britanniens »Economist«, eine hochangesehene Wochenzeitung für Wirtschaft und öffentliche Angelegenheiten – die keineswegs araberfreundlich ist – in ihrem Leitartikel erstmals ein, daß es Beweise gibt, die darauf hindeuten, daß Libyen an dem Bombenanschlag auf die Diskothek sehr wohl unschuldig sein könnte. Daher werden jetzt eine Menge Fragen gestellt.

Die Bush-Regierung tut genau das Gleiche noch einmal. Ohne handfeste Beweise dafür, daß Libyen irgendein Unrecht getan hat, mobilisieren die Vereinigten Staaten die Weltmeinung und Kräfte gegen Libyen. Gaddafi hat sich genau deswegen geweigert, zwei Angestellte seiner Luftfahrtgesellschaft auszuweisen, weil er gewarnt wurde, daß dies nur der Anfang – nicht das Ende – ist, und daß das seinen eigenen Sturz zur Folge haben könnte.

Warum sind Gaddafi und Libyen aus der Völkergemeinschaft ausgestoßen worden? Was gibt es an Libyen zu bemängeln?

St. George: Dies ist niemals völlig klar gewesen. Schließlich hat sich Gaddafi in allen Angelegenheiten, die bedeutsam zu sein schienen, nach besten Kräften bemüht, normale, sogar freundschaftliche Beziehungen, wenn nicht zu Washington, zumindest aber zu amerikanischen Firmen – hauptsächlich Ölgesellschaften –, die in Libyen Geschäfte tätigen und die in Privatgesprächen sagen, daß sie dort gut behandelt werden, zu unterhalten.

Ein moderner Gamal Abdel Nasser

Ich glaube, der Joker in diesem Kartenspiel ist Israel. Israel schaut sich nach arabischen Führern um, mit denen es einen Handel abschließen kann. Das trifft sogar auf Syrien zu, wo Israel in Hinterzimmern Geschäfte abschließt.

Der einzige arabische Führer, der seine eigenen öffentlichen Bekenntnisse zum Nationalismus ernst nahm und keine Hinterzimmerabkommen mit Israel treffen wollte, ist Gaddafi. Er ist ein echter arabischer Nationalist, der viele Jahre lang für die Vereini-

gung der verschiedenen arabischen Länder – zumindest politisch – zu einem mächtigen Block eingetreten ist. Dies ist etwas, was Israel mehr fürchtet als möglicherweise jede andere vorausschaubare Entwicklung.

Würden sie Gaddafi als einen modernen Gamal Abdel Nasser, den pan-arabischen Führer Ägyptens, bezeichnen?

St. George: In gewisser Hinsicht stimmt das genau. Gaddafi hat zumindest Nassers Mantel der politischen Führung geerbt, und ich argwöhne, daß dies der eigentliche Grund dafür ist, daß Gaddafi eine solche Feindschaft entgegenschlägt.

Politik mit gefälschten Geheimdienstberichten

Es gibt offensichtlich Spannungen zwischen der Bush-Regierung und Israel. Wir erleben regelmäßig Beweise dafür. Warum sollte dann die US-Regierung so sehr darauf bedacht sein, Gaddafi zu beseitigen?

St. George: Wir haben es hier mit der Fälschung von Geheimdienstberichten zu tun, die dann der Bürokratie der Washingtoner Staatssicherheit zugeleitet werden. Es ist bekannt, daß Israel in dieser Hinsicht Desinformationen verbreitet.

Wenn Israel es auf ein arabisches Land abgesehen hat, schickt es zunächst Geheimdienstberichte nach Washington, in denen das Land heruntergemacht oder als Bedrohung bezeichnet wird. Hier haben wir es mit folgendem zu tun: Über die Jahre hinweg hat Israel etwas über Libyen zusammengestellt, was man als »Vorstrafenregister« bezeichnen könnte.

Als Folge davon handelt die Bush-Regierung nicht so sehr aus Besorgnis um Israel, sondern aufgrund dessen, was es für seine eigenen Interessen gegenüber Gaddafi und Libyen hält.

Im Lichte der seltsamen Allianzen, die sich im Kielwasser des Kriegs am Persischen Golf entwickelt haben, was ist der derzeitige Stand der Beziehungen Libyens zu anderen arabischen Staaten, die eine gewisse Schlüsselrolle spielen – und was das betrifft zu anderen moslemischen Staaten?

St. George: Kuwait und Saudi-Arabien sind jetzt vollqualifizierte Klientenstaaten Washingtons. Sie sind irgendwie von der übrigen arabischen Welt isoliert.

Libyens Beziehungen zu den anderen Ländern – besonders zu benachbarten Ländern wie Ägypten und Sudan und zu nahegelegenen Ländern wie Marokko und Tunesien – sind sehr gut. Diese Länder haben sich bei den Vereinten Nationen für Libyen eingesetzt und versucht, die jetzt verhängten Sanktionen zu stoppen.

Das Ergebnis ist, daß die zerstrittene Arabische Liga wieder vereinigt ist, gegen das, was sie als kriegstreiberische und äußerst starrköpfige amerikanische Politik erachten.

Über die Jahre hinweg kam Gaddafi international unter Beschuß wegen dessen, was seine Kritiker als rhetorische Exzesse erachten.

St. George: Sie müssen daran denken, daß wir es mit drei verschiedenen Problemen zu tun haben, wenn wir das Thema Gaddafi untersuchen. Das erste ist, daß einige der von fremden Großmächten an Libyen gestellten Forderungen, die für den Durchschnittsbürger vernünftig erscheinen, für ein kleines arabisches Land mit einer anderen Kultur und Geschichte beleidigend sein können.

Die doppelte Moral Washingtons

Das zweite Problem besteht darin, daß eine starke, charismatische nationalistische Führungspersönlichkeit – wie Gaddafi – oft etwas sagt, was, im wesentlichen, nur an sein eigenes Volk und nicht unbedingt an die übrige Welt gerichtet ist. Es zielt darauf, sein Prestige und sein Ansehen im Lande zu stützen.

Das dritte Problem, mit dem wir es zu tun haben, besteht darin, wie die Medien des Establishments hierzulande Erklärungen, beispielsweise von Gaddafi, auslegten, wenn dieser Führer erst einmal als ein solcher unter Beschuß geraten ist, der unbedingt beseitigt werden muß.

Hier scheint eine doppelte Moral vorzuliegen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem ein israelischer Politiker nicht irgendeine skandalöse amerikafeindliche oder »Todden-Arabern«-Erklärung abgibt. Die Medien des Establishments spielen diese Dinge jedoch herunter, als seien sie völlig unbedeutend.

St. George: Das ist genau das Problem. Israel bekommt diese Toleranz und diese »vernünftigen« Auslegungen frei Haus durch die Medien des Establishments.

Wie paßt die UNO in dieses ganze internationale Zusammenspiel im Nahen Osten hinein.

St. George: Streng legal und formell gesehen, haben die Vereinten Nationen zwei Dinge getan. Der Sicherheitsrat – die mächtigste Körperschaft bei den Vereinten Nationen – hat darüber abgestimmt, Sanktionen gegen Libyen zu verhängen, bis zur Ausweisung zweier angeblich des Bombenanschlags Verdächtiger und wegen anderer Forderungen wie zum Beispiel die, daß Libyen dem Terrorismus abschwört. Dies ist natürlich fast so, als wenn jemand gefragt wird: »Wann haben Sie damit aufgehört, Ihre Frau zu schlagen?«

Die Vereinten Nationen taten noch ein weiteres. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag – das sogenannte Weltgericht – ist ein unterer Zweig der Vereinten Nationen, und er hat einen Einspruch Libyens, die jetzt in Kraft getretenen Sanktionen zu stoppen, zurückgewiesen.

Diese Schritte gegen Libyen scheinen unter den Diplomaten der Vereinten Nationen in New York mehr Konfliktstoff und mehr Streß hervorgerufen zu haben als in Libyen selbst. Die Vereinten Nationen fallen wegen dieser Maßnahmen ohne Präzedenzfall in den Nähten auseinander und schweben in großer Existenznot.

Wie reagieren die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die nicht dem Sicherheitsrat angehören – vor allem die Länder der Dritten Welt – auf alle diese Ereignisse?

St. George: Es gibt diesbezüglich zwei unterschiedliche Meinungen. Die große Mehrheit der Mitgliedstaaten in der Generalversammlung vertreten die Ansicht, daß der Sicherheitsrat eingeschüchtert und niedergewalzt und direkt erpreßt wurde, diese Maßnahmen zu ergreifen. Die Rotchinesen zum Beispiel haben sich diesen Sanktionen stark widersetzt. Seltsamerweise taten sie dies aus den Gründen, derentwegen die amerikanischen Delegationen hätten dagegen sein sollen, nämlich, daß dies verfassungswidrig ist und einen gefährlichen Präzendenzfall schafft.

Die Bush-Regierung teilte daraufhin den Chinesen mit, daß sie, wenn sie nicht mitspielen, die ihnen von den Vereinigten Staaten eingeräumten Handelsvorteile verlieren werden. Und das können die Chinesen sich nicht leisten.

Trotz offizieller Dementis berichtete »The Spotlight« und CODE darüber, daß Rotchina Israel tatsächlich mit militärischer Technologie versorgt hat. Spielt China beide Seiten gegen die Mitte aus, indem es insgeheim auf Seiten Israels steht, aber nach außen hin für Libyen Partei ergreift?

St. George: Was Sie gesagt haben, ist richtig. Es kommt noch hinzu, daß die Chinesen sich Waffentechnologie aus Israel beschaffen und einen Teil davon an einige arabische Länder verkaufen.

Die Chinesen haben jedoch ihren Widerspruch gegen die Sanktionen gegen Libyen deswegen erhoben, weil sie Konsequenzen für sich selbst voraussahen. Am Ende könnte Rotchina selbst an der Reihe sein. Der gleiche Maßstab könnte an China angelegt werden.
Wer hat im Sicherheitsrat das Sagen?

St. George: Die Vereinigten Staaten dominieren den Sicherheitsrat. Dort laufen die Fäden für George Bushs Neue Weltordnung zusammen, und die Allgemeinheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nimmt dies dem Sicherheitsrat sehr übel.

Die Vereinten Nationen werden dadurch auseinandergerissen, und den Vereinigten Staaten droht schwere Unstimmigkeiten mit Ländern rund um den Globus. □

Afrika

Aids breitet sich am schnellsten unter schwarzen Frauen aus

Die erste landesweite Studie über die ärztliche Versorgung von stationär behandelten Personen, die mit dem »human immunodefficiency virus« (HIV), aber nicht mit »acquired immunodefficiency syndrome« (AIDS) diagnostiziert worden sind, herausgegeben vom National Public Health and Hospital Institute, zeigt, daß sich die Natur der Aids-Epidemie ändert.

Während 51 Prozent der von der Studie erfaßten Patienten homosexuelle oder bisexuelle Männer waren, sind 53 Prozent der HIV-infizierten Personen mit Drogen injizierte Frauen und heterosexuelle Männer – das heißt die »nächste Generation« der Aids-Patienten. Derzeit sind 24 Prozent der HIV-Patienten, im Gegensatz zu 14 Prozent der Aids-Patienten, und 47 Prozent der HIV-Patienten, im Gegensatz zu 34 Prozent Aids-Patienten, Schwarze. Beinahe dreimal soviele HIV- als Aids-Patienten sind Kleinkinder unter 15 Monaten.

Larry Gage, Präsident der National Association of Public Hospitals, lokalisierte Aids und HIV »als Teil eines größeren Gewebes von Verwahrlosung und Verzweiflung bei Einwohnern vieler städtischer Gebiete unseres Landes. Aber wie in anderen Gebieten, die sich über Wohnungen und Arbeitsplätze und Traumasysteme bis zur Schwangerschaftsfürsorge erstrecken, wird das derzeitige Aids und HIV-Sicherheitsnetz unterfinanziert und bis zur äußersten Begrenzung gestreckt.« Er rief die gewählten Beamten dazu auf, »dieser Krise unverzügliche Aufmerksamkeiten zu schenken«.

Dr. Dennis Andrulis, Präsident des Instituts, das die Studie herausgegeben hat, sagte auf einer Pressekonferenz in Washington: »Unsere Erkenntnisse werfen wichtige politische Fragen auf, lassen für die Zukunft stillschweigende Auswirkungen für den öffentlichen und privaten Sektor erkennen und deuten darauf hin, daß derzeitige Schätzungen die Kosten und die Erfordernisse zur Gesundheitspflege für HIV-infizierte Patienten stark untertreiben.«

Anstatt »diesen Bevölkerungsteilen die Behandlung zu rationieren«, sagte Andrulis, müssen die Behörden »ein Spektrum der Gesundheitspflege bereitsstellen, das finanziell für HIV-infizierte Personen zugänglich ist.« □

Weltraum

Lehren aus der Endeavour-Mission

Die bei der Rettung eines Satelliten beim jüngsten Einsatz des Space Shuttle »Endeavour« aufgetretenen Probleme haben bewiesen, daß »dynamische Wechselwirkungen (bei grossen Massen in der Erdumlaufbahn) komplexer zu simulieren sind«, als man ursprünglich annahm, berichtete der Beamte der Raumstation Mike Hawkes.

Die für jede Außenbordtätigkeit oder Spaziergang im All geplanten Tätigkeiten werden von den Astronauten in einem 40 Fuß tiefen neutralen Bouyancy-Tank im Johnson Space Center geprobt. Die Schwierigkeit, die die Astronauten mit der Befestigung einer Querstange an der Unterseite des Satelliten Intelsat-6 hatten, so daß er von dem Roboterarm des Shuttle erfaßt werden konnte, beleuchtete den Unterschied zwischen Unterwasser-Physik und Physik in der Erdumlaufbahn.

Unterwasser war die 162-Pfund schwere Fangstangenkonstruktion leicht an einem Satellitenmodell zu befestigen. Im Raum reichte die Kraft, die erforderlich war, um die verhältnismäßig kleine Stange an dem 4,5 Tonnen schweren Satelliten zu befestigen aus, um diesen aus der Position zu drängen und zum Rotieren oder Taumeln zu bringen. Es gibt soviel weniger Widerstand im Raum, daß die von jedem Stoß ausgehende Schwungkraft größer ist. Die Astronauten hielten den Satelliten 90 Minuten lang ruhig, um sicherzugehen, daß sie ihn bewegungslos hatten.

Während der Nachrichtenkonferenz in der Umlaufbahn hob die Endeavour-Mannschaft hervor, daß Ausbildungsvorgänge neu bewertet werden müssen. Der Astronaut Pierre Thuot, der mehrere Tage versucht hatte, den Satelliten zu erfassen, sagte: »Es war etwas, für das wir nicht ausgebildet werden konnten. Wir haben keinen Simulator, der alle Bestandteile zusammenfügen kann – den Orbiter, den Roboterarm, die Fangstange und den Satelliten, im Grunde genommen fünf Körper, die alle dynamisch sind, und sie übungshalber zusammenzufügen.«

Diese Beobachtungen sind alle von entscheidender Bedeutung für die Mehrfach-Einsätze des Shuttle bei Außenbordtätigkeiten, die alle notwendig sein werden, um Space Station Freedom zu montieren, die vom Shuttle Stück für Stück nach oben gebracht und in der Umlaufbahn zusammengesetzt werden soll. □

USA

Indien fordert eine Untersuchung der Menschenrechte

Ein indischer Parlamentarier forderte, daß eine offizielle indische Delegation in die Vereinigten Staaten entsandt wird, um die Verletzung der Menschenrechte während der Aufstände in Los Angeles zu untersuchen, berichtete die »Hindustan Times«.

Als Fernsehbilder von den Unruhen international ausgestrahlt wurden, »wurde in wenigen Tagen der Inbegriff der Ersten Welt zu einem Methapher der Dritten Welt herabgewürdigt«, schrieb die Zeitung. Parlamentarier warfen die Frage auf, daß, wenn sich derartige Aufstände in einer indischen oder einer anderen Stadt der Dritten Welt zugetragen hätten, die Vereinigten Staaten Delegationen entsandt hätten, um die »Menschenrechte« zu schützen. Der Parlamentarier Arangil Sreedharan sagte, daß die Medien »dies aufgebläht und die bloße Existenz des Landes in Frage gestellt hätten.«

»Fernsehzuschauer in Indien waren darüber belustigt, als ein Offizieller von Los Angeles im Fernsehen die Medien inständig darum bat, der Außenwelt nicht das Image zu vermitteln, als stehe die ganze zweitgrößte Stadt Amerikas in Flammen«, heißt es in dem Artikel. »Dem aufgeblasenen und selbstgerechten Amerika wurde eine Lektion aus seiner eigenen Geschichte erteilt.« □

Kambodscha

Rote Khmer blockieren Friedensplan

Indem sie behaupten, daß die Übereinkunft über den Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kambodscha nicht eingehalten worden sei, weigern sich die Guerillas der Roten Khmer, Truppen der Vereinten Nationen auf ihr Gebiet zu lassen. Phase zwei der Vereinbarung, die einer Phase eins der Etablierung eines Obersten Nationalrats unter Prinz Sihanuk und einer Übergangsbehörde der Vereinten Nationen (UNTAG) in Kambodscha folgte, sollte die Entwaffnung und Demobilisierung der vier Armeen sein.

China brachte öffentlich seine Unterstützung für die Vereinbarung zum Ausdruck und forderte die Roten Khmer dazu auf, mitzuziehen. Thailands Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, General Charan Kulvannich, weigerte sich, eine besondere Initiative zu ergreifen, um die Roten Khmer auf Vordermann zu bringen. »Es ist schwierig für Thailand, Druck auf die Roten Khmer auszuüben, um deren Waffenstillstand zu honorieren, weil wir lediglich kambodschanische Parteiungen als unsere Nachbarn betrachten«, sagte er. »Wir sind weder ein Verhandlungsausschuß für die Vereinten

Nationen, noch Kambodschas oberster Nationalrat, daher sollte die Völkergemeinschaft nicht erwarten, daß Thailand sehr viel in dieser Sache unternehmen kann.« □

Saudi-Arabien
Bedienstete klagen Königsfamilie an

Der »Houston Chronicle« berichtete, daß zwei weibliche Bedienstete aus der Residenz von Prinz Saad Bin Abdul-Aziz al-Saud in Houston, im Ritz-Carlton, entflohen seien und behauptet hätten, die königliche Familie habe ihnen die Pässe abgenommen, sie körperlich und geistig gepeinigt, ihnen nicht gestattet, sich außerhalb der Residenz zu bewegen, und sie oft nicht bezahlt. Örtliche Hilfspolizisten, die als Leibwächter für die königliche Familie arbeiteten, halfen den Frauen, zu entkommen, nachdem sie die diesen zuteilgewordene Mißhandlung überprüft hatten.

Den aus Sri Lanka und den Philippinen stammenden Frauen wurde von örtlichen Behörden geholfen, in dem sie ihnen verborgene Unterkunft gewährten und versuchten, ihre Pässe wieder herbeizuschaffen. Ein Houstoner Anwalt, der ihren Fall übernahm, erklärte: »Ich beabsichtige, diesen Menschen zu helfen, sich aus dieser Sklaverei zu befreien... Das größte Problem besteht darin, daß unser Außenministerium der saudischen Regierung helfen zu wollen scheint.«

In dem Artikel heißt es weiter: »Das Außenministerium informierte die saudische Botschaft, daß der Prinz in einen Zwischenfall in Houston verwickelt ist, setzte aber nicht die Botschaften von Sri Lanka oder den Philippinen davon in Kenntnis, daß ihre Staatsbürger sich ohne Pässe versteckt halten.«

Am Tage, nachdem der Bericht im »Houston Chronicle« erschienen war, leitete der Immigration und Naturalization Service (Einwanderungsbehörde) die notwendigen Verfahren ein, um die Frauen zu deportieren. Ein INS-Sprecher bestätigte, daß sich die Pässe schon seit einiger Zeit in Gewahrsam der Behörde befinden, nachdem sie von den Saudis an diese übergeben wurden.

Der Deputy Constable Ronnie Smith aus Harris County wurde gefeuert, nachdem er sich einem Befehl der Prinzessin Noora, die entlaufenen Bediensteten zu entführen und sie zur Residenz der königlichen Familie zurückzubringen, widersetzt hatte. Er sagt, es sei auf ihn geschossen worden, und er habe eine Todesdrohung erhalten, nachdem er dem »Chronicle« Mitteilungen über die Tätigkeiten der königlichen Familie gemacht habe. □

Indien
Kein Interesse an Bushs »Neuer Weltordnung«

»Heading For a Fall?« (»Läuft er auf einen Sturz zu?«) lautete die Schlagzeile zu einem Bericht über George Bush des Washingtoner Korrespondenten der »Hindustan Times«, N.C. Menon. Menon verkehrte seine frühere begeisterte Unterstützung für Präsident Bushs »Neue Weltordnung« ins Gegenteil.

»Kein Land, wie mächtig es auch immer sein mag, kann es sich leisten, die ganze Welt gegen sich aufzubringen, wenn es überleben will«, schrieb er. »Präsident Bush und andere Entscheidungstreffer in Amerika täten gut daran, sich an das alte Sprichwort zu erinnern: Je größer sie daherkommen, desto härter werden sie fallen.« Indem er die Krise in der amerikanischen Wirtschaft beschrieb, zitierte Menon die Zeugenaussage des Wirtschaftswissenschaftlers der Deutschen Bank Tokio, Kenneth Courtis, der dem US-Kongreß gesagt habe, daß Japan in nur fünf Jahren die Nachfolge der Vereinigten Staaten als größtes Industrieland antreten werde.

Menon nannte die amerikanischen Handelsgesetze gegen Indien eine »seltsame Mischung aus Willkür, Dämlichkeit und Dreistigkeit.« □

Ecuador
Indianer erhalten Land von der Regierung

Ecuadors sozialdemokratischer Präsident Rodrigo Borja hat zugestimmt, Ecuadors »einheimischen Gemeinden« drei Millionen Acre in der ölreichen Region des Landes abzutreten, berichtete die »Washington Post«. Dies bringt die Gesamtfläche des während der Borjas Regierung abgetretenen Landes auf sieben Millionen Acre.

Wie der indianische Führer Luis Macas sagt, ist der Akt von »transzendenter Bedeutung für Ecuador und die eingeborenen Bevölkerungsteile, nicht nur hier sondern quer durch das Amazonasgebiet hindurch«. Die Handlung fand statt am Vorabend des Erd-Gipfeltreffens in Brasilien, wo die Frage der Rechte der Indianer auf der Tagesordnung stand.

Ecuadors bewaffnete Streitkräfte klagen an, daß die Bewilligung der Regierung ein Verstoß gegen die nationale Sicherheit sei, da das betreffende Gebiet an der umstrittenen Grenze zu Peru liege. Borja hat versprochen, daß das Militär unbegrenzten Zugang zu dem Gebiet haben werde. Weitere Meinungsverschiedenheiten wurden von der Tageszeitung »El Comercio« zum Ausdruck gebracht, die feststellte, daß »die Gruppen reiner Aborigines sehr klein sind und Mestizen in einem Land vorherrschen, wo sich die Rassen vor Jahrhunderten vermischt hätten. Eine Gruppe gegen eine andere aufzuwiegeln ist destruktiv und gegen das nationale Interesse.« □

Serbien
Kirche fordert Milosevic zum Rücktritt auf

Die serbische Orthodoxe Kirche erließ einen Aufruf an Slobodan Milosevic, als Präsident dessen, was er »das neue Jugoslawien« nennt, zurückzutreten, und unterstützte gleichzeitig Aufrufe von Führern der Opposition zu einem Boykott von Wahlen für das Parlament des »neuen« Jugoslawien. Milosevic ist der kommunistische Herrscher Serbiens. Der Aufruf lautete teilweise: »Die serbische Kirche nimmt ultimativ Anstoß an und distanziert sich von dieser und solchen Behörden und deren Standartenträger, von der Verfassung die ohne Zustimmung des Volkes angenommen wurde sowie von den geplanten Wahlen.«

In der Erklärung wird auch die Europäische Gemeinschaft kritisiert, weil sie auf Sanktionen gegen Serbien hinarbeitet: »Die Europäische Gemeinschaft identifiziert anscheinend das serbische Volk mit dem Regime, das herrschte und größtenteils immer noch herrscht.«

»Es wäre unehrenhaft und kurzsichtig, einem Volk, speziell dem serbischen Volk, die in unseren Tagen von Josip Broz Titos Generalen auf beiden Seiten der Front begangenen Untaten zuzuschreiben.« □

China
Wurde katholischer Bischof zu Tode geprügelt?

Die italienische katholische Zeitung »Avvenire« veröffentlichte ein Bild der Leiche des 85jährigen chinesischen Bischofs Peter Joseph Fan Xueyan, der im April dieses Jahres starb. Das Foto, das von einer christlichen Untergrundgruppe aus China herausgeschmuggelt wurde, zeigt Hautabschürfungen auf seinem Gesicht und ein gebrochenes Bein. Ein Sprecher für die von der Regierung kontrollierte Chinesische Patriotische Vereinigung bestritt, daß Bischof Fan gefoltert worden sei.
Die Regierung in Peking gab jedoch im Mai bekannt, daß drei ältere römisch-katholische Priester aus dem Gefängnis entlassen wurden, unter einer Regelung, nach der Häftlingen über 70 Gnade gewährt werden kann. Einer von ihnen Monsignore Francis Wang Yijun, verbrachte anscheinend die meisten der letzten 35 Jahre im Gefängnis. □

Briefe

Betr.: Internationalismus »Die neue Weltordnung«, Nr. 7/92.

Churchill soll einmal geäußert haben, die Deutschen habe man entweder an der Gurgel oder an den Füßen. Nun, seit Kriegsende gehört kontinuierliche Bodennähe sicherlich zu den hervorstechendsten Charakteristika deutscher Außenpolitik. Wann immer unsere Verbündeten – voran England und die USA – es für opportun halten mit bewährten Versatzstücken antideutscher Propaganda zu operieren können sie sicher sein, daß unsere Regierung darauf nach Art bedingter Reflexhandlungen Pawlowscher Hunde reagiert, sich das Büßerhemd überziehen läßt und zahlt.

Wer erinnert sich nicht ähnlicher Töne und verhaltenen Zähneknirschens seitens unserer alliierten Freunde als Begleitmusik zur Vereinigung von DDR und BRD, die nun leider nicht mehr aufzuhalten war. Und zu welchem Preis – unter Freunden! – mußte sie dann erkauft werden, unsere fragwürdige Souveränität, die, kaum verliehen, bereits wieder als Nötigungstitel für ein aktives Engagement im Golfkonflikt mißbraucht wird.

Wie kann, ketzerisch gefragt, unser Land gegen Völkerrechtsverletzungen in anderen Ländern kämpfen, wenn unsere Regierung noch nicht einmal verbal gegen die völkerrechtswidrige Annektion deutscher Gebiete Einspruch erhebt und die Okkupanten obendrein mit Wirtschaftshilfe belohnt?

Schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Selbstachtung wäre sie im Auftrag ihrer Bürger gehalten, der Anti-Saddam Streitmacht eine aktive Unterstützung zu versagen und sich in diesem Konflikt auf humanitäre Hilfe zu beschränken. Souveränität desavouiert sich selbst, wenn sie die automatische Verpflichtung impliziert, sich jedweder atavistischen Strafexpedition der sogenannten Völkergemeinschaft anzuschließen. Japan führt uns vor, daß man als besiegtes Land durchaus anders handeln kann.

Ohne Zweifel ist die Kuwait-Annektion eine innerarabische Angelegenheit, sie zu lösen ist Sache der arabischen Staaten. Trotz gegenteiliger Behauptungen ist davon weder die USA, noch Europa, noch die Sowjetunion noch die Welt insgesamt bedroht. Die ständige Einmischung der Weltmächte in dieser Region ist Relikt einer obsoleten Hegemonialpolitik, deren Kukukseier Israel und die ehemalige britische Kronkolonie Kuwait ebenso sind, wie es die heutige Militärmacht Saddam Husseins ist. Um nachzuvollziehen, daß dieser sich als der Betrogene fühlt – vom Westen und Kuwait/ Saudi Arabien –, muß man keineswegs mit ihm sympathisieren: denn für sie hatte er acht Jahre gegen Khomeinis Fundamentalisten gekämpft, um am Ende in einem teilverwüsteten Land auf einem Schuldenberg von 100 Milliarden Dollar zu sitzen, zu schweigen von den 500000 Gefallenen. Nicht nur lehnte Kuwait einen von Saddam gewünschten Schuldenteilerlaß ab, vielmehr steigerte Kuwait gleichzeitig seine Ölproduktion über die festgelegten OPEC-Raten hinaus, was zu fallenden Weltmarktpreisen und für den Irak zu rückläufigen Exporterlösen führte.

Sicherlich wäre die Besetzung Kuwaits durch Saddam nicht erfolgt, hätte es zuvor seitens der USA und Sowjetunion eindeutige Warnungen gegeben. Doch gerade dies unterließ man und ließ ihn dadurch voll ins Messer laufen. Denn offenbar war zu diesem Zeitpunkt seitens der USA – von England und Israel wohlwollend verfolgt – die Vernichtung des irakischen Militärpotentials bereits beschlossene Sache. Dafür sprechen die geschickte Instrumentalisierung der UN für eine entsprechende Resolution, erkauft durch finanzielle Zugeständnisse an Ägypten, Syrien, Türkei und andere sowie China, das daraufhin sein geplantes Veto zurückzog –; der Verzicht auf die Wirkung des gegen den Irak verhängten Wirtschaftsembargos –; der unmittelbare Übergang der Aktion »desert shield« in »desert storm« –; die Rigidität der an den Irak gerichteten Forderungen im Sinne bedingungsloser Kapitulation.

An der Militäraktion im Golf ist nahezu alles unglaubwürdig. Schon die Inanspruchnahme des Völkerrechts als Feigenblatt zu deren Rechtfertigung ist besonders in dieser Region blanker Zynismus, liegt doch für jedermann offen, daß ihm nur dort Geltung verschafft wird, wo es bei eigenen kalkulierbaren Minimalrisiken auch etwas zu holen gibt. Und in der Tat verhandeln bereits seit Wochen – nachdem man zuvor an den Waffenlieferungen verdiente – US- und englische Unternehmen emsig mit Kuwait und anderen über den Wiederaufbau, wobei es zum Teil um Objekte geht, die noch gar nicht zerstört wurden. Schon deshalb hat man es mit einem Waffenstillstand nicht so eilig: So ein »Bombengeschäft« bietet sich einer rezessionsbedrohten US-Wirtschaft nicht alle Tage, es winken Milliarden-Aufträge mit zahlungskräftigen Kunden. Allein Saudi Arabien hat 1990 24 Milliarden Dollar zusätzlich durch den Golfkonflikt aus Ölexport erzeilt.

Nur selten wird Kalkül hinter vordergründigem Wortgeklingel von einer neuen Weltordnung ebenso transparent wie die Unverfrorenheit, mit der die USA und England sich ihr Unternehmen obendrein von anderen bezahlen lassen. Dabei würde in den USA lediglich eine Anhebung der Mineralölsteuer auf europäisches Niveau bereits zweistellige Steuermilliarden pro Jahr zusätzlich ergeben (pro-Kopf-Energieverbrauch ist das Doppelte der BRD, Benzinpreis liegt ungefähr 60 Prozent unter BRD-Preisen). Doch ist der Benzinpreis als Barometer der Volksstimmung und Garant des american way of life für die US-Regierung leider sakrosankt. Deshalb hat auch die Bundesregierung voller Mitgefühl nun hierzu ihrerseits einen Plan entwickelt, dem unsere Mitbürger schon ob seiner dem Ei des Komunbus ähnelnden Genialität den Respekt kaum versagen können, nämlich: Stattdessen einfach die Steuern bei uns zu erhöhen! Denn wenn schon unseren Mitbürgern in den neuen Bundesländern, so soll es doch wenigstens den braven US-Bürgern an nichts mangeln.

Wer schlichten Gemüts nur »Nieder mit Saddam!« ruft übersieht, daß in einem globalen Prozeß der Ressourcen-Umverteilung, der das 21. Jahrhundert beherrschen wird, Diktatoren notwendige Integrationsfiguren mit Katalytfunktionen sind, die wie die Köpfe der Hydra nachwachsen. Der Golfkonflikt ist hierzu nur ein Vorspiel. Diesen Prozeß mit Strafexpeditionen im Kolonialstil oder künftig mittels Waffenembargo aufhalten zu wollen ist illusorisch; noch mehr ist es die abstruse Idee multikultureller Wortführer hierzulande – meist selber gut abgesichert gegen die Folgen –, die die Bundesrepublik kurzerhand als Sozialamt und Einwanderungsland der übrigen Welt empfehlen: Hier wird das Amalgam aus Ignoranz und Demagogie unmittelbar gemeingefährlich.

Nur eine echte Weltressourcen-Umverteilung kann hoffen, diesen irreversiblen globalen Prozeß wenigstens mit einem Minimum an Kontrolle zu steuern. Andere Lösungen hält unsere Erde ökologisch ohnehin nicht aus. Diese Dimension der Ursachen des Golfkonflikts zu ignorieren dürfte der verhängnisvolle Fehler der Bush-Regierung sein. Sie mögen militärisch siegen und werden doch verlieren. Wer wahrhaft proamerikanisch ist, sollte alles daransetzen seine Freunde vor diesem Fehler zu bewahren, anstatt, wie unsere Bundesregierung, mit ihnen in höriger Kumpanei täglich erneut Schulterschluß zu demonstrieren.

Wie sagt doch Max Liebermann – sit venia verbo: »Ick kann jarnich so schnelle fressen, wie ick kotzen muß!«

Dr. Rainer H. Höllinger, Hannover

Betr.: Deutschland »Dichter als Hoffnungsträger des Volkes«, Nr. 5/92.

Franz Grillparzer »Die politische Untugend«: »Daß die Deutschen diesen schaukelnden Träumen, dieser bild- und begriffslosen Ahnungslosigkeit, einen so hohen Wert beilegen, ist eben das Unglück dieser Nation. Daher kommt es, daß sie sich so gern jedem Irrtum in die Arme werfen, wenn er nur irgend einen Halt darzubieten scheint, an den sie jenes flatternde, verworrene Gewebe anknüpfen können. Daher kommt es, daß von zehn zu zehn Jahren die ganze Nation mit einem Schlage ihr geistigen Glaubensbekenntnis ändert und die Götzen des gestrigen Tages heute wie Schatten von Verstorbenen umherwandeln.

Unmännlich! Herabwürdigend! Sie glauben, das sei etwas ihrer Nation Eigentümliches, aber andere Völker kennen diesen Zustand auch – nur werden bei ihnen die Knaben endlich Männer.«

Erhard Neumann, Sindelfingen

Betr.: Europa »Der Vertrag von Maastricht«, Nr. 7/92.

In einem Artikel über die wahre Natur des Vertrages von Maastricht schreibt Roberto de Mattei, daß es für Einwanderer möglich werde, die politischen Strukturen zu erobern. Das ist auch im Blick auf einen Beitritt zum EWR zu beachten, da eine freie Einwanderung auch in die Schweiz möglich würde. Der Autor ist Professor für moderne Geschichte an der Universität Cassino.

Nach Roberto de Mattei wird ein Einwanderer aus einem Land außerhalb der EG dort einwandern, wo er die Unionsbürgerschaft am leichtesten erhält.

Dann wird er aufgrund des Rechtes der Freizügigkeit an den Ort seiner Wahl übersiedeln und dort die zu gewährenden politischen Rechte ausüben.

Ein Großteil der Einwanderer von außerhalb der EG werde dem Islam angehören. Die Exponenten des Islam würden bereits heute Religionsfreiheit fordern. Im Blick auf die Zahl und die finanziellen Mittel könnte eine islamische Partei zu einer führenden Organisation werden.

Die westliche Wirtschaft, welche auf einer riesengroßen Schuldenpyramide stehe, zeige täglich stärker ihre äußerste Verwundbarkeit; soziale Probleme wie Kriminalität und Drogen offenbarten die große kulturelle und moralische Leere unserer Gesellschaft; von Osten her komme als Folge der Selbstauflösung des Kommunismus eine übermächtige Welle des Zerfalls auf den Westen zu und verbreite den Keim der Auflösung; der Islam werfe einen besorgniserregenden Schatten auf Europa; das Chaos bedrohe unseren Kontinent wie nie zuvor in der Geschichte der Völkerwanderung.

»Ist es da sinnvoll, in dieser Lage die Abschaffung der Nationalstaaten zu planen, um einer Europäischen Union mit nebelhaften und unklaren Konturen entgegenzugehen?« fragt de Mattei.

Wollen wir Schweizer, die wir in einer Wohnung im großen Europahaus daheim sind und allseits gute Kontakte pflegen, unsere Wohnungstüren abnehmen lassen, so daß jedermann ein und ausgehen kann und wir zu einer Eurokommune werden, in der andere auch zu bestimmen haben, was wir als reiche Bewohner beizusteuern haben? Und haben unsere Politiker, die eine »Fünfer-und-Weggli-Politik« betreiben wollen, aus der Geschichte nichts gelernt?

Zu große Freiheit hat immer zu Überbordungen geführt, was umsomehr Reglementierung durch den Staat, ja Diktaturen zur Folge hatte, wohin sich auch die EG entwickeln könnte. Glaubt jemand, der alles zu Ende denkt, die Schweiz könnte – durch einen EWR total verflochten – sich da noch heraushalten?

Emil Rahm, Hallau

Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH · D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54